Der
Aufruhr in Dresden

am

3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Mai 1849.

Nach amtlichen Quellen geschildert

von

Dr. Carl Krause.

Vierte, mit einem Nachtrage vermehrte Auflage.

Dresden,
Verlag von Adler und Dietze.
1849.

I.

Alle diejenigen, welche nicht wie die Thiere den Gang durch das irdische Dasein gehen, sondern mit Aufmerksamkeit den Wechsel der menschlichen Dinge in seinen Ursachen und Wirkungen verfolgen, werden schon oft beobachtet haben, wie der Inhalt unseres Daseins zum großen Theil der Kampf des guten Wesens mit dem bösen Wesen ist, im einselnen Menschen ebenso, wie inmitten der Völker in ganzen Ländern und Staten.

Denn einen Willen haben auch die Thiere, — ob sie Verstand haben, mag bestritten werden, aber die heilige Stimme in uns, welche uns gebietet, das Gute zu thun und das Böse zu lassen, welche uns verbietet, das Böse zu thun und das Gute zu lassen, und die wir Vernunft nennen, hat unter dem, was sterblich ist, nur das Vernunftwesen, — der Mensch.

So steht der Kopf dem Herzen, der Verstand dem Gefühle, die ruhige Ueberlegung der blinden Leidenschaft, die Pflicht der Neigung, die Vernunft dem Willen gegenüber und wo der Wille — sei es der Wille eines Einzigen, oder der von Mehreren — anstatt der Vernunft herrscht*); da hat das Böse über das Gute gesiegt im einselnen Menschen wie im einselnen State. Denn, was die Vernunft sagt, das soll unser Gebot sein, und wenn das Gebot von der Statsgewalt mit einer Strafe für die Uebertreter ausgesprochen und als etwas Heiliges und Unverletzliches Allen kund gethan ist; so haben wir ein Gesetz. Also: die Vernunft der Statsgewalt (**la raison d'état**)**) ist Gesetz!

Ihr Alle, die Ihr die Freiheit liebt, befolgt die Gebote der Vernunft in Euerem Inneren und die Gesetze der Statsvernunft im öffentlichen Leben, dann wird in unserem Lande tugendhaft gelebt werden, und das ist schön, und es wird Niemand verletzt und in seinem Rechte gekränkt werden, und das ist gut, und es wird Jedem das Seine werden und bleiben, Lob und Tadel, Lohn und Strafe, Genuß und Last, und das ist recht.***) Wo das geschieht, da ist Ordnung, und wo

---

*) Stat pro ratione voluntas.

**) Demosthenes (in der ersten Rede gegen Aristogiton).

***) Juris praecepta haec sunt: honeste vivere, alterum non laedere, suum cuique tribuere. Inst.

Ordnung ist, da ist Freiheit. Ordnung und Freiheit sind die Töchter der Vernunft.

Für diese Freiheit, welche Glück und Segen verbreitet, zu leben und zu wirken, — im Kampfe für diese Freiheit, welche das Land, wo wir geboren sind, zum Vaterlande heiligt, gegen Vaterlandsverräther und Aufrührer zu fallen und zu sterben, ist ein Ziel für jedes brave und edle Herz auf's innigste zu wünschen.

Weil es jetzt und zu allen Zeiten Viele giebt, welche an die Stelle der Vernunft, wie die Geschöpfe, denen Gott die Vernunft versagt hat, den unbotmäßigen Willen und welche sich selber an die Stelle der Statsgewalt setzen; und indem sie wähnen oder zu glauben vorgeben, daß sie selber das Volk sind, erheben sie das Feldgeschrei: Des Volkes Wille ist Gesetz!

Thoren und Frevler, welche den Frieden ihres Vaterlandes brechen und das allermeiste Verderben sich selbst bereiten, denn früher oder später erwacht die Stimme des Gewissens und kommt das Blut, das sie verschuldet haben, über sie. Ihre Freiheit schreitet mit Blut und Flammen, mit dem Brüllen wahntoller Rotten und Banden, unter dem Heulen der Sturmglocken und Feuerhörner durch die volkreichen Gassen und über die blühenden Fluren. Rauchende Brandstätten, in Trümmer zerfallene Straßen, zertretene Felder, verstümmelte Leichname, jammernde Wittwen und Waisen, — Thoren und Frevler, das ist das Werk Eurer Freiheit. An Euern Früchten wird man Euch erkennen! Eure Freiheit ist ebensowenig die Freiheit, jene himmlische Tochter der Vernunft, als der Fetisch oder das Götzenbild der Wilden, an dessen Altar geschlachtete Menschenopfer bluten, die Gottheit ist.

Der Mensch beugt sich vor der Gewalt der Gründe, so lange als er auf die Vernunft hört; allein wo im Menschen die Vernunft aufhört, da fängt das Thier an; das unvernünftige Geschöpf aber unterwirft seinen Willen nicht dem Gebote der Pflicht, sondern dem rohen Naturtriebe, — nicht der Gewalt der Gründe, — sondern den Gründen der Gewalt. Brechen Frevler und Thoren (die Stimme der Vernunft erstickend oder überhörend) den Landfrieden, erheben sie die Fahne des Aufruhrs mit dem Rufe: des Volkes Wille ist Gesetz! so ist die Frage: Sein oder Nichtsein des States? — Vernunft oder toller Wahn? Ordnung oder Zerstörung? Freiheit oder Pöbelherrschaft? Die Rettung alles dessen, was gut, schön und recht ist, macht es der Statsgewalt zur traurigen Pflicht, die Gründe der Gewalt entscheiden zu lassen; wehe denen vor dem Richterstuhle ihres eigenen Gewissens, welche diese Nothwendigkeit verschuldet haben!

II.

Der Aufruhr, welchen wir in diesen Maitagen erlebt haben, ist in seinen Ursachen weder der neuesten, noch der neuern Geschichte eigenthümlich. Die Democratie in Athen und in Rom lange vor unserer Zeitrechnung, in Paris zu Ende des letzten Jahrhunderts, in Wien im vergangenen Herbst und bei uns in diesem Jahre ist eine und dieselbe geistige Krankheit. Kleon in Athen, Catilina in Rom, Marat in Paris, Robert Blum in Wien und Tzschirner in Dresden haben auf eine überraschende Weise die gleiche Sprache geführt und die nämlichen Mittel angewendet. Man schlage die Geschichtsbücher auf, um zu sehen, wohin die erschrockenen Völker aus den Umarmungen solcher Männer geflohen sind.

Fassen wir die sächsische Democratie bis zu ihrer offenen Empörung kurz in's Auge.

Es ist eine offenkundige Thatsache, in Zeitschriften oft besprochen und selbst an früheren Landtagen schon zur Sprache gebracht, welche namentlich bei der Wahl zu Stadtverordneten, zu Stadtrathsmitgliedern und Landtagsabgeordneten seit 1840 und vorher entschieden und auch für den weniger aufmerksamen Beobachter erkenntlich hervortrat, daß es in Sachsen schon vor 1848 eine Anzahl Männer gab, welche einen weniger durch äußere Formen als durch geheime Bande zusammengehaltenen Bund bildeten, dessen eigentliche Seele der Rheinländer Robert Blum von Köln war, mit welchem Hand in Hand sein Gevattersmann, der Bürgermeister zu Adorf Karl Todt aus dem sächsischen Voigtlande und Andere gingen. Die Trümmer der Bürgervereine und Handwerkervereine von 1830, 1831 und 1832 und anderer politischer Verbindungen, namentlich in Chemnitz und Leipzig, lieferten zur Gründung dieses Bundes brauchbare Beiträge. Um den engern geheimen Bund sammelte man in buntem Gemisch den größern Troß von Anhängern und Mitläufern, und erlangte auf solche Weise das Ansehen einer politischen Partei, während der Kern Nichts war, als eine Bande von Verschworenen.

Bei einem solchen Unternehmen ist Nichts mehr zu fürchten, als die Verschiedenheit der Meinung über Statsform und Kirchensatzung. Es ist höchst selten, daß eine Anzahl von zehn oder mehr Männern ganz dieselben Ansichten über Politik und Religion hätten, und sobald Jeder von ihnen gezwungen würde, offen sein politisches und religiöses Glaubensbekenntniß abzulegen, würde (namentlich in Deutschland) der Streit über die Grundsätze sofort die größte Gesellschaft auseinandersprengen. Daher haben Blum und seine Genossen bis auf den heutigen

Tag, durch den dunkeln Trieb der Selbsterhaltung geleitet, vermieden, ein klares und deutliches Bekenntniß ihrer politischen Meinungen abzulegen. Waren sie Anhänger der constitutionellen Monarchie oder Republikaner? waren sie Anhänger des Socialismus oder des politischen Systems der Neuhegelianer? Niemand wußte es, als vielleicht sie selbst und ihre Allervertrautesten. Sie waren Nichts als Gegner der bestehenden Regierungen, während sie sich als Vorfechter von Ideen, von Principien, von einem politischen Systeme gebärdeten, denn vergeblich wird man in allen ihren Schriften und Reden suchen, daß klar und deutlich ausgesprochen wäre, welche Ideen, welche Principien, welches politische System sie verfochten hätten.

Wie alle Führer großer Volkshaufen fühlten und erkannten sie wol, daß es außerordentlich schwierig ist, wenn man selbst nicht von einer großen Ueberzeugung durchdrungen ist, eine große Masse durch eine übereinstimmende Meinung zu beseelen; sie waren der Ansicht, daß der gemeinsame und entschiedene Wille das festeste Band knüpfe, daß ein fester Bund nur aus denjenigen bestehe, welche dasselbe wollen, und dasselbe nicht wollen*), gleichviel ob sie verschieden denken und meinen, wenn nur nicht davon gesprochen wird. Der Fortbestand der bestehenden Regierung, das war es, was sie nicht wollten, sich in Besitz der öffentlichen Gewalt setzen, das war, was sie wollten; diesen Willen nannten sie Freisinnigkeit, und weil sie das ganz entschieden wollten, nannten sie sich die Partei der entschieden Freisinnigen.

Folgendes waren die Mittel zur Erreichung ihres Zweckes. Vor allen Dingen suchte man in Rede und Schrift dem Lande durch Verdächtigungen den Glauben und das Vertrauen an die Regierung und überhaupt an alle bestehenden Behörden zu rauben, mit Ausnahme derjenigen, welche aus Wahlen hervorgehen. Man gründete zu dem Ende theils besondere Zeitschriften, theils arbeitete man dahin, die Redactionen bestehender Blätter mit Eingeweihten zu besetzen. Auf diese Weise verbreitete man gleichzeitig im ganzen Lande den Glauben, die Regierung sei reactionär, und Alle, welche dem Bunde nicht angehörten, seien Rückschrittsmänner, Dunkelmänner, Feinde des Volkes, Aristocraten, feile Servile, Apostaten, Ueberläufer, Ultramontane, Jesuiten und Anderes dergleichen.

Eine bestimmte und deutliche Erklärung von allen diesen Ausdrücken gab man nicht, um die eigentlichen Verhältnisse in ein geheimnißvolles Halbdunkel zu hüllen, in welchem ein geheimer Bund am besten wirken kann.

---

*) Nam idem velle atque nolle, ea demum firma amicitia est, sagt Catilina bei Sallust Cap. 20.

Es wurden „Demonstrationen gegen die Regierung“ — so nannten es die Verbündeten selbst — verabredet und veranstaltet; dahin gehörten die Adressen, Protestationen, Petitionen und Becherreden bei öffentlichen Gastmählern; — es wurden Wahlumtriebe organisirt, um den Verbündeten, die sich als tüchtige Gegner der Regierung bewährten, zum Sitz in Stadtverordnetenversammlungen, am Landtage, in Stadträthen, in Stadtgerichten, zu Bürgermeisterstellen, überhaupt zu Gemeindestellen, wozu auch geistliche und Schulstellen gehören, zu verhelfen, wodurch eine die wahre politische Ueberzeugung verläugnende Stellenjägerei und die damit verbundene Corruption im Lande herrschend wurden. Denn abgesehen davon, daß dadurch die Verbündeten in Besitz von politischer Macht kamen, hatten die Erfolge der Wahlumtriebe die weitere Wirkung, daß die Verbündeten bereits als über Macht und Ehre verfügend erschienen, und daß daher die Stellenjäger um die Gunst des Bundes buhlten. Auf diese Weise wurden namentlich viele junge Leute geködert und in das Interesse der Verbündeten gezogen. Eine fernere Wirkung war, daß Adressen, Protestationen und Petitionen, gegen die Regierung gerichtet, welche weit über das Gebiet einer Gemeindeverwaltung hinausgingen, der öffentlichen Meinung gegenüber mit der Autorität von Stadtverordnetenversammlungen und Stadtbehörden bekleidet werden konnten, und dadurch ein größeres Gewicht erhielten, — endlich daß Anhänger des Bundes, welche nicht hinlängliches Vermögen besaßen, um als Privatleute zum Landtage gewählt zu werden, als Stadtverordnete die Wählbarkeit erlangten.

Damit in Verbindung standen die Ehrenbezeigungen und Belohnungen. Denjenigen, welche sich als Gegner der Regierung besonders ausgezeichnet hatten, und welche man in den Bund einzuweihen wünschte, wurden Dankadressen beschlossen, Ehrenbecher überreicht, Fackelständchen und Ehrenessen veranstaltet, zu denen, wie sogar die öffentlichen Blätter mehrmals meldeten, die im Lande zerstreuten, in organischem Zusammenhange stehenden Abtheilungen der Verbündeten „Abgeordnete“ sendeten. Es wurden ihnen sogar Gemeindeämter als Belohnung gegeben, wenn der Bund darüber verfügen konnte. Hierher sind ferner zu rechnen die Belobungen derjenigen, die sich um den Bund verdient gemacht hatten, in Zeitungsartikeln, Broschüren und Lebensbeschreibungen, die zu den servilsten Schmeicheleien hinabsanken.

Aber es genügte nicht, neue Anhänger zu werben und die alten Verbündeten zu ermuntern und zu belohnen, es mußten auch rechtliche Männer, welche das Clubwesen durchschauten, das Unglück einer Gewaltherrschaft der Clubisten vom Lande abzuwenden trachteten, oder die Theilnahme an dem geheimen Bunde, als von einem gemeinverderblichen Unternehmen, mit Entrüstung von der Hand wiesen, eingeschüchtert, unschädlich ge-

macht und wo möglich ihre bürgerliche Stellung vernichtet werden. Mit den Belobungen und Belohnungen der Anhänger des Bundes gingen daher Hand in Hand die Schmähungen und geheimen und öffentlichen bis in die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens eindringenden Verfolgungen solcher, die sich entweder nicht für oder geradezu und offen nach ihrem besten Wissen und Gewissen gegen das Treiben der Verbündeten aussprachen und ihm entgegenwirkten. Wie auf ein Commandowort erschienen plötzlich in allen Blättern und Blättchen Sachsens und des übrigen Deutschlands, die dem Bunde durch seine Redacteure und Correspondenten zu Gebote standen, die heftigsten Schmähartikel, — man suchte sie aus den Gemeindeämtern zu drängen, die sie bekleideten, ja man ging soweit, Männer, die sich als die tüchtigsten städtischen Beamten bewiesen hatten, bei der Wahl zu städtischen Aemtern als „nicht hinlänglich befähigt" zurückzuweisen, um Anderen, die zum Bunde gehörten, den Platz offen zu erhalten und sie hineinzuschieben. Eines der auffallendsten Beispiele dieser Art lieferte im Herbst 1846 die Bürgermeisterwahl zu Chemnitz, wo zwei städtische Beamte, deren Tüchtigkeit allgemein anerkannt war und ist, von dem Stadtverordnetenausschusse mit dem Webermeister Rewitzer aus Bayern an der Spitze als „nicht hinlänglich befähigt" zurückgewiesen, und dagegen der damalige Bürgermeister des kleinen Adorf Karl Todt gewählt wurde, über dessen Amtsführung die Adorfer Stadtverordneten wegen einer ganzen Reihe von Thatsachen bei der vorgesetzten Behörde sehr begründete und noch nicht widerlegte Beschwerde geführt haben.

Schon vor dem Jahre 1848 bestand dieser geheime Bund, welcher durch die Anhänger, die er äußerlich um sich gesammelt hatte, in Stand gesetzt war, als politische Partei aufzutreten, aus einer Menge größerer und kleinerer über das ganze Land verbreiteter Clubs, die in einem organischen Zusammenhange mit einander standen, und welche die geheime Verbindung zu Leipzig mit dem Kölner Robert Blum an der Spitze als ihr Haupt anerkannten.

Wie die katholische Kirche ausschließlich den anderen Kirchen gegenüber nur sich als Kirche anerkennt und sich ausschließlich die Kirche nennt, so nannten die Verbündeten sich und ihren äußeren Anhang ausschließlich die Partei und noch jetzt erklären Mitglieder dieses Bundes in Frankfurt bei Gelegenheit des Aufruhrs in Dresden, es gäbe keine politischen Parteien in Sachsen, sondern nur eine einzige politische Partei, nämlich die der Vaterlandsvereine.

Außer der Thätigkeit der Verbündeten in Stadtverordnetenversammlungen, in Gemeindestellen, am Landtage, in den Zeitungen und bei öffentlichen Gastmählern, sogenannten Zweckessen, und bei Festen oder auch später in öffentlichen Versammlungen, in Lesevereinen, Turnvereinen, Handwerkervereinen wurde die

Wirksamkeit des Bundes durch vertrauliche Zusammenkünfte vermittelt, welche man durch irgend eine öffentliche Festlichkeit ebenso verschleierte, wie man den eigentlichen Zweck des Bundes, (die öffentliche Gewalt, hohe und niedere Aemter, Gesetzgebung und Verwaltung in die Hände einer Clique zu bringen,) vor den Augen der Menge hinter dem äußerlich vorgehängten Streben nach Fortschritt, hinter sogenannter Freisinnigkeit und anderen schön klingenden Redensarten verbarg. Man veranstaltete zum Beispiel am 4. September eine Feier zu Ehren der Verfassung von 1831, obwol man sie zu beseitigen eifrig bemüht war, mit öffentlichen Aufzügen, Gesang und Zweckessen. Während diese öffentlichen Handlungen die Aufmerksamkeit beschäftigten, versammelten sich die „Abgeordneten" (wie sie ausdrücklich in den öffentlichen Blättern bezeichnet wurden) der im Lande zerstreuten Clubs des Bundes zu „vertraulichen Besprechungen," oder wenn man es deutsch sagen will, zu geheimen Umtrieben in der Privatwohnung eines Eingeweihten. Bei Wahlumtrieben fanden in den letzten Jahren vor 1848 wol auch geradezu Conferenzen statt, zu welchen durch besondere Schreiben nur Anhänger und Mitwisser eingeladen und von welchen dann, wenn die Gegner darauf aufmerksam machten, öffentlich durch die Blätter des Bundes verkündigt wurde, es habe Jedermann dazu Zutritt gehabt. Bei außerordentlichen Gelegenheiten, als vor oder nach einem Landtage und sonst, fanden auch Rundreisen von besonders Beauftragten oder besonders thätigen Verbündeten statt.

Die öffentlichen Blätter der vierziger Jahre bis 1848 sind überreich an einselnen Thatsachen, welche nur zusammengestellt zu werden brauchen, um die unwiderleglichen Belege zu dem, was hier gesagt worden ist, zu liefern. Die hier geschilderte Thätigkeit des Bundes wurde bereits am Landtage 18$\frac{45}{46}$ und später durch die Blätter der Gegner von geheimen Verbindungen und Cliquenwesen, die als Conservative und Reactionäre oder als bestochene Schriftsteller verschrien wurden, obwol sie sich mit Gefahr ihrer bürgerlichen Stellung und sogar ihres Lebens, wenn der Bund siegte, dem Strome der irregeleiteten öffentlichen Meinung entgegenwarfen, — öffentlich zur Sprache gebracht. Die Regierung mußte also davon Kenntniß haben und nehmen*). Allein eines-

*) Alles, was hier gesagt worden ist, wurde in der Hauptsache und mit einselnen Belegen bereits im Verfassungsfreunde von 1846 der Oeffentlichkeit übergeben, namentlich in einer größeren Darstellung in Nr. 37 und 38 dieser Zeitschrift vom 24. Decbr. 1846. Daß das Endergebniß offene Empörung sein würde, ist ausdrücklich dort vorhergesagt und war nach den Ereignissen der Jahre 1831 und 1832 in Süddeutschland und der Geschichten der schweizer Eidgenos-

theils bewegte sich die Wirksamkeit des geheimen Bundes und seines öffentlichen Anhanges, wenigstens bis zum 12. August 1845 in Leipzig in Formen, die nicht in Vergehen und Verbrechen ausarteten, und also auch keine Veranlassung zu gerichtlichem Verfahren darboten, und anderntheils war unsere von den Verbündeten als tyrannisch und reactionär verschrieene Regierung viel zu mild, edel und großmüthig, als daß sie die von der Gesetzgebung des deutschen Bundes und des eigenen Landes dargebotenen Mittel, auf dem Wege der Verwaltung entgegen zu wirken, in Anwendung gebracht hätte, und endlich wurde auch die Kraft der Regierung und ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung durch den Fortbestand der Censur, des Concessionswesens auf dem Gebiete der Zeitschriften, des Inquisitionsprozesses und anderer Institutionen gelähmt, die nicht blos deshalb, weil sie bei den gänzlich veränderten Verhältnissen der Neuzeit abgestorben waren, sondern eben deshalb weil sie die Kraft der Regierung schwächten, statsgefährlich waren, welche aber zu beseitigen bis zur Mitte des Jahres 1847 nicht in der Macht unserer Regierung lag. Es sei hier übrigens nur beiläufig bemerkt, daß es bei uns eines Märzes 1848 nicht bedurft hätte. Die Gesetzentwürfe, welche die von der Neuzeit geforderten Institutionen ins Leben rufen sollten, waren schon mehrentheils ausgearbeitet, theils in der Ausarbeitung begriffen, um dem ordentlichen Landtage von 1848 vorgelegt zu werden. Die Möglichkeit dazu war aber erst dann gegeben, als wenigstens die eine deutsche Großmacht seit 1846 entschieden auf dem Wege der politischen Reform im Sinne der Neuzeit vorschritt. Daß ein einselner kleiner deutscher Bundesstat auf eigene Hand dies zu thun nicht im Stande gewesen wäre, vielmehr, wenn er es hätte thun wollen, die beschränkte Freiheit, welche wir unbestritten genossen, nur dadurch gefährdet hätte, beweist das Beispiel von Baden im Jahre 1832 unwiderleglich.

Nur zwei Dinge hätten dem hochverrätherischen Unternehmen, auf welches die Thätigkeit der Verbündeten bewußt und unbewußt lossteuerte, Halt gebieten können: die öffentliche Besprechung dieses Treibens in der Presse und die Stimme des eigenen Gewissens der Mitglieder des geheimen Bundes. Allein die Wirksamkeit selbst derjenigen Zeitschriften, welche eben deshalb, weil sie aufrichtig und ohne eine andere Absicht als derjenigen der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt der constitutionellen Monarchie ergeben, den geheimen Umtrieben entgegentreten mußten, war ebenfalls gelähmt, weil es den Verbündeten trotz besserem Wissen gelang, die irrige Meinung zur herrschenden zu erheben, als ob diese Zeitschriften für Censur, Inquisition,

---

senschaft in der That nicht schwer vorherzusehen, weil die gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen hervorbringen.

Jesuitismus, Pfaffen, Ritter auf hohen Burgen und wer weiß, was Alles, was man unter dem Namen der Reaction zusammenfaßte, schrieben und von diesen bestochen würden. Die Stimme des Gewissens aber war verstummt. Hätten die Verbündeten sich sonst nicht zu Herzen nehmen müssen, was ihnen oft gesagt worden ist? daß jede geheime politische Verbindung ein Verbrechen an der ersten Grundbedingung an dem heiligsten Principe jedes freien States — an der Oeffentlichkeit ist, — daß es schlimm um einen Stat steht, wo die Statsgewalt ausschließlich in den Händen eines Geburtsadels ist, daß aber eine weit größere Tyrannei daraus entsteht, wenn die Statsgewalt in die Hände einer geheimen politischen Gesellschaft, einer in sich abgeschlossenen Clique fällt, — und daß es daher die Pflicht jedes rechtschaffenen Mannes ist, der sein Vaterland liebt und mehr noch in der allgemeinen Wohlfahrt als in seinem eigenen Vortheil das Glück seines Herzens findet, mit Rath und That, in Wort und Schrift, mit Gut und Blut dahin zu wirken, daß ein solches Unglück verhütet, und wenn dies zu spät, — daß es geheilt wird.

Auffallend ist es, daß die meisten und genanntesten Führer des geheimen Bundes und seiner Partei bis zum Jahre 1848, mit Ausnahme Robert Blums, auf der Universität der Burschenschaft angehört haben. Es ist aus früheren Jahren bekannt, wie beharrlich die Mitglieder der Burschenschaft den Cliquengeist, den sie während des Universitätslebens eingesogen haben, ins bürgerliche Leben mit hinübernahmen und in der That ist es namentlich eine Art burschenschaftlichen Cliquengeistes, welcher sich in dem ganzen Wesen und Treiben der geschilderten Partei offenbarte. Allerdings hatten schon lange viele andere Elemente, die nicht das Mindeste mit der Burschenschaft gemein haben, ja geradezu verschiedenartig sind, sich beigemischt; aber der Stamm war burschenschaftlich, insofern er nämlich aus alten Burschenschaftern bestand, sich aus gewesenen Mitgliedern burschenschaftlicher Verbindungen ergänzte und vermehrte und stets mit Studentenvereinen*) die zwar nicht mehr Burschenschaft hießen, aber burschenschaftliche Zwecke verfolgten, in einem solchen Verkehr stand, daß er ihre politischen Parteiführer lieferte und bei außerordentlichen Gelegenheiten selbst auf ihren bewaffneten Beistand rechnen konnte, wie sich das auch in der neuesten Zeit wieder herausgestellt hat. Die Stammverwandtschaft der Verbündeten mit der Burschenschaft gab sich auch kund durch ihre wahre Todesangst vor der Oeffentlichkeit und vor der öffentlichen Besprechung ihrer vertraulichen Wirksamkeit zum Heile des Vater-

---

*) Sed maxime adolescentium familiaritates adpetebat: eorum animi molles et aetate fluxi, dolis haud difficulter capiebantur. Catilina Sallustius, 14.

landes, welche, wie sich nunmehr für alle Welt herausgestellt hat, uns an einem schönen Morgen mit der angenehmen Ueberraschung einer provisorischen Regierung der Republik Sachsen erfreuen sollte.

Daher kam es denn auch, daß der geheime Bund, wie früher die alte Burschenschaft, durch Gründung von Turnvereinen und Turnanstalten auf die körperliche Ausbildung junger Männer hinzuwirken suchte, welche durch ihre Gesinnung und Thatkraft geeignet erschienen, im Falle einer Schilderhebung den Kern der bewaffneten Macht des Bundes zu bilden. Auch dieser Plan wurde hinter den, an und für sich lobenswürdigsten, Bestrebungen verschleiert. In der That sind Turnanstalten, wenn sie als ergänzende Bestandtheile von Gymnasien und Universitäten unter der Oberaufsicht und Leitung der Statsgewalt stehen, für die Kräftigung einer Volksgenossenschaft ebenso nothwendig als nützlich; aber wenn die in den Anstalten gebildeten Turner, unter der Oberaufsicht und Leitung einer geheimen Verbindung, in Zusammenhange stehen mit andern Turnvereinen in fast allen Gegenden Deutschlands; so ist dies stets eine öffentliche Macht, welche früher oder später der Statsgewalt gefährlich werden muß. Es hat sich dies auch diesmal gezeigt, und war bei den sogenannten Turnfahrten und andern politischen Demonstrationen, zu welchen die Turner von dem Bunde verwendet wurden, nicht schwer vorauszusehen, obwol wir sehr wol wissen, daß dies nicht im Sinne aller derer geschah, welche den Turnvereinen vorstanden, und obwol von Seiten der Turner häufig in öffentlichen Blättern betheuert worden ist, daß die Turner mit der Politik durchaus Nichts zu thun hätten, und daß diejenigen, welche die traurigen Folgen voraussagten, nichts wären als falsche Verdächtiger und Verläumder.

Rechnet man hierzu noch die lockere Verbindung, in welcher die Verbündeten mit einselnen Handwerkervereinen und Bürgervereinen, namentlich in Chemnitz, standen, und daß Robert Blum, selbst dem Stande der Handwerker früher angehörend, namentlich in Leipzig auch einselne Anhänger unter Meistern und Gesellen geworben und gewonnen hatte; so war Dies ungefähr am Schlusse des Jahres 1843 die Macht, über welche der Bund mehr oder weniger gebieten konnte. Einen entscheidenden Einfluß auf die Richtung der öffentlichen Meinung hatte er noch nicht gewonnen, tiefere Wurzeln in den Hauptschichten der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht geschlagen.

Allein der Anfang dazu wurde bald darauf gemacht. Auf dem Landtage von 1843 hatte sich die zweite Kammer mit einer großen Mehrheit aller Parteien, die erste Kammer mit einer Achtung gebietenden Minderheit gegen den bestehenden Inquisitionsprozeß, und für Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafverfahren ausgesprochen. Die Regierung beging den Fehler, dieser Kundgebung schroff entgegenzutreten. Die öffent-

liche Meinung wurde dadurch verletzt und der geheime Bund benutzte die Blöße, welche die Regierung sich dadurch gab, um einen geschickten Fechterhieb dagegen zu führen. Es wurde eine Sammlung freiwilliger Beiträge zu einer Reise in die Länder der Geschwornengerichte ausgeschrieben, und die Ausführung dieser Reise dem Vorkämpfer der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit Dr. Braun von Plauen zugedacht. Es geschah dies — (es muß bemerkt werden, um Braun's Stellung zum Bunde zu bezeichnen) — gegen Wissen und Willen Braun's; indeß machte er später gute Miene zum bösen Spiel und nahm die Sendung an. Die Sammlung, im Anfang von schwachem Erfolg, hatte nach Verlauf von ein paar Wochen überraschenden Fortgang. Der geheime Bund lernte dadurch, auf welche Weise auf die große Masse einzuwirken sei, lernte seine Kraft kennen und erfuhr zugleich, daß seine Thätigkeit bereits mehr Anhänger zählte, als er vielleicht selbst zu hoffen gewagt hatte.

III.

Unzufriedenheit wurde Freisinnigkeit genannt, und wer die Unzufriedenheit gegen die Statsgewalt hegte und pflegte, als ein Mann belobt, der dem Fortschritte huldige. Die Unzufriedenheit aber wurzelt entweder in wirklichen Uebelständen oder in eingebildeten. Die wirklichen Uebelstände fallen entweder der Statsgewalt zur Last und können von ihr beseitigt werden, oder aber sie sind die Folge von Umständen und Verhältnissen, über welche die Statsgewalt nicht gebieten kann, — die eingebildeten aber wachsen auf dem Boden der Unwissenheit und des Irrthums, des politischen und religiösen Aberglaubens.

Hierzu kommt, daß in der menschlichen Gesellschaft Uebel sind, die aus der Schwachheit des menschlichen Wesens hervorgehen, und daß die Menschen zu allen Zeiten einen Sündenbock gesucht haben, dem sie alle Schuld beimessen, um sich von dem Gefühl der Qual ihrer Schwäche zu befreien.

Statt die öffentliche Meinung aufzuklären, wurde aber die Schuld aller wirklichen und eingebildeten Uebelstände auf die Schultern der Regierung gewälzt. Ja man ging weiter: Dinge, die entweder an und für sich ganz unschuldig oder dem allgemeinen Besten sogar förderlich sind, wurden als verwerflich und freiheitsgefährlich dargestellt und der Regierung zur Last gelegt, daß sie zur Förderung derselben die Hand biete. Es fand dies namentlich in Bezug auf die Zeitschriften statt, denn als im Jahre 1845 und 1846 sich das Bedürfniß geltend machte, die Blätter des geheimen Bundes durch Blätter entgegengesetzter Richtung zu bekämpfen, Männer aus der Mitte des bürgerlichen Le-

bens solche gründeten, und, indem sie in großer Zahl Probeblätter unentgeltlich überall — warum nicht auch im Heere? — verbreiteten, nur Dasjenige thaten, was bei solchen Gelegenheiten jedesmal geschehen muß; wurde von Seiten der Verbündeten diese Ausübung staatsbürgerlicher Rechte zum Gegenstande des Volkshasses gemacht und sogar am Landtage damit die Zeit vergeudet, daß man der Regierung den gänzlich unbegründeten Vorwurf machte, sie unterstütze die von dem geheimen Bunde gefürchtete Oeffentlichkeit und die Benutzung der Presse durch Mittel aus der Statscasse.

Allerdings waren auf den Landtagen seit 1833 manche Gesetze zu Stande gekommen, welche bald in dieser bald in jener Classe der bürgerlichen Gesellschaft böses Blut machten, allein die Verantwortlichkeit trifft die Kammern so gut als die Regierung. Das Recht, Gewerbe zu betreiben, seit uralter Zeit in Deutschland den Städten eigenthümlich, war zum Theil dem platten Lande gewährt worden; dadurch wurde die Nahrung des Handwerkerstandes gefährdet und der Mittelstand (das gute Element der Democratie, die Stütze gegen Uebergriffe des monarchischen ebensowohl als des aristocratischen Princips) — in seinen Interessen beeinträchtigt. Die Städter klagten, daß auf den Landtagen die Bauern zu sehr begünstigt würden, daß die Zahl der städtischen Abgeordneten den ländlichen gegenüber zu klein sei, daß die Regierung eine Richtung nach Gewerbefreiheit hin habe und die Emancipation der Juden anbahne.

Auf dem platten Lande beschwerten sich die Bauern dagegen über die Jagd, und seit 1840 über die Erschwerung der Ablösung des Pfarrzehnten, — seit 1846 über die zu theuere Ablösung der Lehngelder.

Nach einem früheren Gesetze war die Gebundenheit der Güter gelöst und die unbeschränkte Theilbarkeit des Grundeigenthums — die Quelle der Uebervölkerung und der gräßlichsten Verarmung ganzer Landstriche, wie die Geschichte nachweist — ausgesprochen worden. Der fluchwürdige Golddurst bemächtigte sich dieser Quelle. Habsüchtige kauften Gemeindegüter und große Rittergüter auf und machten kleine Grundstücke daraus, die sie einseln mit großem Gewinne wieder verkauften. Man nannte sie Gutsausschlächter. Der Landtag von 1843 im Verein mit der Regierung gab der lauten Stimme des Unwillens, der sich darüber im Lande erhoben hatte, nach, und beschränkte durch Gesetz die Theilbarkeit der Güter. Die Gutsausschlächter über den Verlust der Hoffnung zukünftigen Gewinns ergrimmt, erhoben das Geschrei über Reaction und schlossen sich mit bedeutenden Geldmitteln dem Blum'schen Bunde an.

Die Fabrikanten im Gebirge und in der Lausitz beschwerten sich über den Mangel an Zöllen zum Schutz der Fabrikarbeit und beschuldigten die Regierung, daß sie die sogenannte Freiheit des Handels vertheidige und verfechte zum Verderben des Landes,

der Handelstand dagegen namentlich in Leipzig war schon wegen des Zollvereins unzufrieden und besorgte Vermehrung der Schutzzölle. Neuer Zuzug für die Verbündeten Blum's.

Diese und andere Quellen der Unzufriedenheit wurden von den Verschworenen eifrig ausgebeutet. Man bestärkte die Leute in ihrem Mißvergnügen und belobte sie wegen ihres Freisinns. Man versprach den Bauern Gewerbefreiheit und den Städtern Aufrechthaltung der Zünfte und Innungen, — den Städtern durch ein neues Wahlgesetz die Vermehrung der Zahl ihrer Abgeordneten auf dem Landtage, — den Bauern, daß ihre zwei Drittel der Bevölkerung auch zwei Drittel der Abgeordneten liefern würde, wenn freie Wahl wäre; — während Robert Blum, um in Leipzig gewählt zu werden, für Handelsfreiheit in die Schranken trat, schrieben und sprachen die Mitverschworenen für Schutzzölle und bildeten Vereine von Fabrikanten zur Herbeiführung von Schutzzöllen. Auf diese Weise sammelte man die Unzufriedenen der verschiedensten Art unter die gemeinsame Fahne gegen die Regierung. Wer dieses Treiben nicht für Freisinnigkeit hielt, wurde geschimpft. *)

Allein alle diese kleinen Unzufriedenheiten ergriffen nicht die große Masse im Allgemeinen. Noch war also keine besondere Aussicht auf großen Erfolg. Die Besonnenen und Pfiffigen unter den Uebelwollenden, mochten sie noch so sehr im Herzen sich zu den Verschwörern hinneigen, vermieden noch sorgfältig ihre Gesinnung zu verrathen und sich jenen zu nähern, bis die religiösen Wirren im Jahre 1844 der Thätigkeit Robert Blums ein wahres Californien goldener Unzufriedenheit eröffneten, welches ihm Gelegenheit gab, zum ersten Male in dem glücklichen Anstiften einer politischen Demonstration höherer Bedeutung seine Kräfte zu versuchen, welche vielleicht wider seinen Willen in einen kleinen Aufruhr ausartete. Der 12. August 1845 in Leipzig ist nur das Vorspiel zu der schrecklichen Katastrophe in Dresden 1849 gewesen. Vorspiel und Katastrophe begannen beide mit einer politischen Demonstration und endeten beide mit einem Aufruhr, — beide sind aus derselben Werkstätte hervorgegangen.

Der Religionshaß, welcher in dem protestantischen Sachsen schon so oft gegen den Katholicismus Volksunruhen hervorgerufen hat, war seit 1831 ziemlich eingeschlummert. Regierung und Stände hatten sich bei den Streitigkeiten, welche in Bayern und Preußen und in andern deutschen Ländern zwischen der katholischen und protestantischen Kirche geführt wurden, nicht betheiligt, sondern vielmehr eine zeitgemäße Toleranz gegen beide Theile bewiesen. Der aufgeklärte und milde Sinn des Königs hatte dazu jedenfalls beigetragen. Nichtsdestoweniger suchten Blum

*) Ad hoc maledictis increpat omnes bonos. Sallust. Catil.

und Genossen bei Gelegenheit der Ausstellung des „heiligen Rockes" in Trier dem Religionshaß neue Nahrung zu geben und in der That das Kunststückchen, daß man einen gewesenen katholischen Geistlichen in Schlesien, Johann Ronge, einen offenen Brief an den Bischoff Arnoldi zu Trier concipiren ließ, welcher mit Verbesserungen und Zusätzen in dem Hauptorgane des geheimen Bundes, den Vaterlandsblättern, abgedruckt wurde, gelang über die Maßen. Metternich hatte Deutschland auf politische Diät gesetzt. Deutschland langweilte sich gräßlich und dieser heilige Rock zu Trier und dieser Brief von Johann Ronge waren doch wieder einmal etwas Anderes. Das war eine Saite, welche einen Ton angab, wie ihn Robert Blum schon lange gewünscht hatte. Alles, was in Sachsen die Katholiken haßte, klatschte ihm Beifall, und was Beifall klatschte, das — so rechnete Blum — ließ sich wohl auch zu politischen Zwecken verwenden. Zum Unglück war Blum selbst katholisch. Sollte er übertreten? Das hat einen schlechten Klang. So drängten ihn die Verhältnisse zur Rolle eines kirchlichen Reformators und Mitstifters einer neuen christlichen Confession, der im Anfange wenigstens sogenannten Deutschkatholiken. Dowiat, einer der thätigsten Deutschkatholiken, hat im Jahre 1848 in Berlin in öffentlichen Blättern erklärt, daß der Deutschkatholizismus nur eine Maske gewesen sei, und daß er wirklich bei den Hauptpersonen nur eine Vermummung gewesen ist, um die politische Verschwörung darunter zu verbergen, geht aus dem Umstand hervor, daß Blum und Genossen den Deutschkatholizismus seit dem März 1848 in die Rumpelkammer der Geschichte geworfen haben.

Im J. 1845 aber war er noch nicht abgenutzt. Es handelte sich ja nur darum, die Statsgewalt unter den Willen der Masse zu beugen, die man leitete. Ob mit Hilfe der Preßfreiheit, oder der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichte, oder religiöser Streitigkeiten, wie zur Zeit des byzantinischen Reiches, glorreichen Andenkens, — das war gleich viel. Man warf sich aufs religiöse Gebiet, weil es am ergiebigsten war. Man steckte in Sachsen das Schreckbild des Jesuitismus auf, welches in Annaberg erschienen sein sollte. Der Jesuitismus bestand in einer neuen katholischen Kirche mit ein paar lateinischen Buchstaben, die man für ein Jesuitenzeichen angesehen hatte, weil man den wahren Sinn nicht verstand. Man forderte zu Sammlungen für den Gustav-Adolph-Verein auf, dessen Zweck ist, den Protestantismus zu schützen und aufrecht zu halten, und gründete deutschkatholische Gemeinden, deren Stifter ganz offen erklärten, daß die neue Confession die Sendung habe, den Katholizismus ebensowohl wie den Protestantismus zu vernichten und in sich aufzunehmen. Nebenbei förderte man die Bestrebungen Uhlig's und seiner Lichtfreunde, der ebenfalls wieder allen Uebrigen mit seinem Lichte voranleuchten wollte. Und als die-

jenigen Minister, welche durch ihren Eid verpflichtet waren, die protestantische Kirche in ihrem Bestande unverletzt zu erhalten, die gegen dieselbe gerichteten feindseligen Schritte verboten und ohne Beirath der Stände die Anerkennung der deutschkatholischen Confession nicht aussprechen wollten, wurden von Blum und Genossen Volksversammlungen in Leipzig veranstaltet, um dagegen zu protestiren. Zu einer größeren Demonstration bot die Waffenschau Gelegenheit, die Prinz Johann über die leipziger Communalgarde am 12. August 1845, wie alljährlich, abhielt. Da sollte dem Prinzen gezeigt werden, daß auf der Seite der Verbündeten nicht blos eine Handvoll Leute, wie man sagte, stünde, sondern das ganze sächsische Volk. Die versammelte Menge sollte Abends vor dem Hotel des Prinzen dem Johann Ronge ein Lebehoch bringen und das Lied: Eine feste Burg ist unser Gott! singen. Allein der große Haufen war durch mancherlei geflissentlich ausgestreute Gerüchte aufgereizt worden und fing an mit Steinwürfen das Hotel des Prinzen zu stürmen. Es mußte bewaffnete Macht zu Hilfe gerufen werden, und als eine von der Stadtpolizei herbeigezogene militärische Patrouille angegriffen wurde und in Folge dessen feuerte, wurden mehrere Unschuldige erschossen, deren Tödtung allgemeine Trauer und Mißbilligung nach sich zog. Die Verbündeten benutzten Dies als neue Quelle, um die öffentliche Meinung feindselig gegen die bestehende Statsgewalt zu stimmen. Unter solchen Anzeichen wurde der Landtag von 1845 eröffnet. Es gelang ihm nicht, die drohenden Gewitterwolken, welche in Verbindung mit der europäischen Gewitterschwüle am politischen Horizonte Sachsens standen, vollkommen zu zerstreuen, obwol man sich dieser Hoffnung hingab. Die Mehrheit, welche die Regierung am Landtage bei der Verhandlung über den leipziger 12. August erlangte, war eine sehr kleine. Der Schwerpunkt der öffentlichen Meinung Sachsens lag schon nicht mehr in Dresden, sondern in Leipzig in den Händen der Verbündeten. Derjenige Abgeordnete, welcher am beredtesten in der leipziger Angelegenheit der Regierung entgegen getreten war, Adv. Klinger von Dippoldiswalda, wurde von den Verbündeten zur Belohnung zum Bürgermeister Leipzigs erwählt. Immer neue Vereine bildeten sich im Gegensatz zur bestehenden Statsgewalt. Die Maßnahmen der Regierung wurden immer schwankender und nachgiebiger. So näherten wir uns dem Jahre 1848.

IV.

Das Könneritzministerium war im März 1848 zurückgetreten und **Dr.** Braun vom König beauftragt worden, ein neues zu bilden. Blum und Genossen wußten sehr wohl, daß Braun nur

halb und halb einer der Ihrigen war, aber die Verbündeten und namentlich der Bürgermeister Todt hielten es für angemessen, öffentlich glauben zu machen, Braun sei ganz der Ihrige, weil seine Haltung am Landtage dem achtungswerthesten Theile des Landes am meisten zugesagt hatte, und Braun hat es unterlassen, diesem öffentlich zu widersprechen. Beide Theile schienen einen stillschweigenden Vertrag gemacht zu haben, sich gegenseitig, Jedes zu seinem Zwecke, so lange als möglich zu benutzen; beide Theile wußten, daß ihre Richtungen auseinandergingen, aber man vermied, es öffentlich zu zeigen, so lange man es vertuschen konnte. Es war ein Vertrag des Löwen, der mit andern Thieren auf die Jagd geht, von Seiten Braun's ein Mangel an Ehrlichkeit ebensowohl als ein Mangel an Klugheit, wodurch er von Anfang an in eine schiefe Stellung gerieth, denn da der geheime Bund der stärkere Theil war, so wurde Braun gern oder ungern in der Wirklichkeit sein Werkzeug, während er der Lenker der Dinge werden und sein sollte. Unser König hatte Braun mit Bildung eines Ministeriums beauftragt nach dem Rathe alter und bewährter Statsmänner; die Verbündeten breiteten dagegen aus, Blum und Genossen seien es eigentlich gewesen, die Braun zum Minister gemacht hätten, und Braun hat die Schwäche gehabt, diese irrige Meinung niemals zu berichtigen. Demnach mußte das Volk wähnen, die höchste Macht ruhe nicht mehr in den Händen des Königs, sondern in denen der Partei der Verschwörer. Das war es, was man wollte, denn der Wahn eines ganzen Landes ist wahrer als die Wahrheit.

Die Wirkung einer so schiefen Stellung zeigte sich gleich bei der Zusammensetzung des Ministeriums selbst; es wurde aus den verschiedenartigsten Stoffen zusammengesetzt, enthielt Männer von der verschiedensten Fähigkeit und politischen Färbung: v. d. Pfordten, ein geistvoller Professor der byzantinisch-römischen Pandecten, der auf seinem Katheder in Erlangen und Leipzig gewiß nicht die äußeren Verhältnisse der Staten zu einander kennen gelernt hatte, Minister des Aeußern und des Cultus; — v. Oppell, Kriegsministerium, aus dem alten Ministerium herübergenommen; — Georgi, Finanzminister, der kräftigste und entschiedenste Geist unter ihnen, aber ohne alle statsmännische Erfahrung und Bildung; — Oberländer, Minister des Innern, ein gutes Herz, ein schwacher Kopf, der von dem Unheil, was er angerichtet, keine Ahnung hatte, ein Liebling des großen Haufens, der etwas hören will, ohne dabei denken zu müssen, ein Freund aller Bummler, die größte Hoffnung der Verschworenen, weil seine schwächliche Gutmüthigkeit am leichtesten zu mißbrauchen ist; endlich Braun selbst, Minister der Justiz, kein schöpferischer Geist, der aber mit vielem Fleiße die Kenntniß der französischen Criminaljustiz sich angeeignet und von jeher die beklagenswerthe Lieblingsidee gehabt hat, Sachsen mit einer sclavischen Nachahmung französischer Institutionen beglücken

zu wollen, ein doctrinärer Advokat, kein Statsmann, — das war das neue Ministerium, ein Bündel ohne Zusammenhalt außer demjenigen, daß man sich versprochen hatte, in Principfragen mit einander zu stehen und zu fallen, — Einer für Alle und Alle für Einen.

Das Ministerium gab ein Programm aus, allein die Verschworenen wollten kein Programm haben, sondern die Statsgewalt selbst; indeß das Land war damit befriedigt und man mußte vorläufig gute Miene zum bösen Spiele machen. Man begnügte sich mit dem Schein, die Gewalt in den Händen zu haben, die Minister zu machen, wenn das Land ihn nur für Wirklichkeit hielt. Nichtsdestoweniger würde es zwischen dem Braunministerium und der Blum-Verschwörung sehr bald zum offenen Bruche gekommen sein, wenn nicht die Ereignisse in Frankfurt am Main für Sachsen ein glücklicher Abzugscanal gewesen wären. Die Häupter der Verschwörung, mit Robert Blum an der Spitze, eilten nach Frankfurt, oder wurden vom Ministerium veranlaßt hinzugehen. Bürgermeister Todt, eines der gefährlichsten Häupter der Verschwörung, dessen Tüchtigkeit als Beamten eines Städtchens kurz vorher nicht den besten Ruf erlangt hatte, ein Mann, dessen Geist weit hinter seinem Willen nachhinkt, wurde auf gute Art aus Sachsen entfernt, indem er mit dem Titel eines Geheimrathes als Gesandter Mitglied des Deutschen Bundestages wurde, den er so oft als Abgeordneter verhöhnt hatte. So endete Todt die Rolle des Volksmannes und begann die Rolle des Verräthers.

Da trat der außerordentliche Landtag von 1848 zusammen. Die Verschworenen hatten Abgeordnete hineingesandt, die weder durch ihre Zahl noch durch ihren Geist Achtung geboten, aber durch ihre Frechheit jeden zartfühlenden Gegner aus dem Felde schlugen. Zudem lastete noch der panische Schreck auf allen Gemüthern. Ein Blitz aus heiterem Himmel hatte in Paris eine stolze Eiche zerschmettert und die Splitter vor unsere Füße geworfen. Was war da noch fest? Die Tollkühnheit des Verbrechens konnte auf Erfolg hoffen, und einer der verschworenen Abgeordneten zeigte gleich in den ersten Sitzungen, daß er sie hatte.

Es war der Abgeordnete Tzschirner aus Bautzen, derjenige Jünger Robert Blum's, der seinen Meister am besten verstanden und ihm die meiste Ehre gemacht hat, — für die Lausitz das, was Robert Blum für Leipzig und Altenburg. Er hatte die Lausitz unterwühlt, die dem Einfluß der Verschwörung am längsten widerstand, so daß Blum im Jahre 1846 triumphirend bei einem Zweckessen in Bautzen ausrufen konnte: nunmehr sei auch die Lausitz erobert. Wie Robert Blum hatte er Ideen, Principien, Grundsätze nur auf der Zunge, heute diese, morgen jene, — sein Herz wußte Nichts davon; Ideen waren nicht sein Zweck und er das Mittel, — sie waren nur sein Mittel und er der Zweck. Von kleinem Wuchs aber untersetzt hatte er

eine ausgiebige Stimme; in einer Versammlung von verständigen Männern konnte er nicht auf dauernden Beifall rechnen, aber wenn die Galerie überfüllt war, hätte ein Demosthenes eben so wenig gegen ihn, wie gegen einen Kürschnermeister Kleon ausrichten können. Sein Vortrag war eben so ungebunden wie sein Lebenswandel. Wenn er mit vorgebeugtem Haupte die Hände, nach Art Friedrichs des Großen von Preußen, auf dem Rücken, mit seitwärts lauerndem Blicke durch die schönen Straßen Dresdens schlenderte, hätte ein geübter Menschenkenner vielleicht voraussagen können, welche unheilvolle Plane unter diesem weißen Demokratenhute ausgebrütet wurden.

Dieser Mann, einer der Leiter des geheimen Bundes, übte bald — unter dem Eindruck der überall in Deutschland und auch in Sachsen mit Mord und Brand wüthenden Volksaufstände — eine Schreckensherrschaft in der zweiten Kammer aus. Unterdeß waren überall, wo bisher die Verschwörer geheime Clubs gehabt hatten, von ihren Häuptern sogenannte Vaterlandsvereine gebildet worden, welche in ihren Versammlungen einen großen Zulauf von Unzufriedenen aller Classen und von solchen hatten, welche bei einer wahrscheinlich siegreichen Sache ihr Glück machen wollten. Die Oeffentlichkeit war nur scheinbar, da nur Männer des gleichen Willens sich darin sehen lassen durften, und die freie Rede war von vornherein unterdrückt, da der leiseste Widerspruch mit Geschrei beseitigt wurde. Die Ausnahmsgesetze des deutschen Bundes waren von demselben selbst aufgehoben worden und demnach politische Vereine zu bilden nicht gesetzlich verboten. Die Minister sahen ruhig zu, wie die Verbündeten ein Netz von Vaterlandsvereinen über das ganze Land ausbreiteten, die unter einander in organischem Zusammenhange und unter der Leitung eines Hauptvereines standen. Sie zogen in den Kreis ihrer Berathung das gesammte Gebiet der Regierungsform, der Gesetzgebung und Verwaltung und faßten darüber Beschlüsse. Bei besonders wichtigen Angelegenheiten wurden Generalversammlungen, wozu alle Vaterlandsvereine Abgeordnete sandten, ausgeschrieben und abgehalten. Zum Vollzug der gefaßten Beschlüsse standen allerdings viele Gemeindebehörden, deren Beamten dem Bunde angehörten, zu Gebote; auch verließen sich die Häupter der Verschworenen auf den Einfluß, den sie auf Minister Oberländer ausübten. Stand dieser doch fortwährend im vertrautesten Umgange mit ihnen und theilte ihnen die Beschlüsse des Gesammtministeriums mit, wenig Stunden, nachdem sie gefaßt. Allein zum gewaltsamen Vollzug derselben, wenn der König oder die übrigen Minister oder die noch nach dem alten Wahlgesetz zusammengesetzten Kammern nicht damit einverstanden wären, fehlte doch noch die bewaffnete Macht. Das Heer war treu, die Communalgarde, nur in den größeren Städten vorhanden, hatte sich, namentlich in Dresden und Leipzig, dem König und der Gesetzlichkeit ergeben, dem Aufruhre entschieden

abhold gezeigt. Es mußte also das Heer zur Abtrünnigkeit und zum Treubruch vorbereitet, die Communalgarde neu gebildet und mit aufrührerischen Elementen vermengt und angefüllt und wo möglich noch eine besondere Leibgarde der Verschwörer in's Leben gerufen werden, welche als die Zuverlässigsten und Tüchtigsten den Kern des Aufruhrs bilden konnten. Zu dem Ende hatte Robert Blum eine Ansprache an's Militär verfaßt, die in vielen Exemplaren im Heere verbreitet wurde, und außerdem wurden die Soldaten veranlaßt, in die Vaterlandsvereine zu gehen, um dort bearbeitet zu werden.

Durch eine Verordnung des Gesammtministeriums vom 11. April wurden die Communalgardengesetze mannichfach abgeändert, namentlich aber die Verpflichtung zum Dienste bis zum erfüllten 50ten Jahre ausgedehnt, sodann angeordnet, daß die bereits bestehenden Communalgarden im Wege besonderer von der städtischen Obrigkeit ergehender Aufforderung zum freiwilligen Beitritte zu verstärken seien und außerdem wurde örtlicher Bestimmung vorbehalten, wenn man etwa beabsichtigte besondere Abtheilungen bei der Communalgarde, sogenannte Freicorps, zu bilden, was jedoch zur Genehmigung dem Generalcommando der Communalgarden anzuzeigen sei. Die Folge davon war, daß nicht nur sogenannte Turnerwaffenscharen — nach dem Vorbilde in den Rheingegenden Deutschlands — gebildet wurden, sondern auch Scharfschützencorps und andere bewaffnete Corps, zu deren Hauptleuten man wo möglich der Sache der Verschwörer ergebene Männer bestellte.

In gleichem Sinne wurden die wichtigsten Gesetze dem außerordentlichen Landtage von 1848 vom Gesammtministerium vorgelegt und von diesem beschlossen: das Gesetz, die Entschädigung der im Dienste verletzten Communalgardisten betr., über Vereins- und Versammlungsrecht, — über einige Abänderungen der Verfassung, über die Wahl der Gemeindevertreter, sodann die Gesetze die Communalgarde und die Preßfreiheit betreffend, das Gesetz über das öffentliche Strafverfahren vor Geschwornen und über die Wahl der Geschwornen und endlich das wichtigste von allen: das neue provisorische Wahlgesetz.

Durch alle diese Gesetze wurde die Macht der Vaterlandsvereine und somit der Verschwörer, die sie leiteten, vermehrt. Namentlich würden die jetzt bestehenden Geschwornengerichte durch die Bestimmung über die Wahl der Geschwornen reine Justizcommissionen und Prevotalhöfe der Vaterlandsvereine geworden sein, die nach den in den Blättern und Vereinen der Verschwörer ausgesprochenen Grundsätzen vom Parteistandpuncte aus alle Willensgenossen freigesprochen, alle Gegner verurtheilt hätten; eine Art von Justiz, wie sie in der Geschichte irgend eines Landes kaum vorgekommen sein dürfte! Durch das Wahlgesetz war aber auch die Gesetzgebung den Hochverräthern und Feinden des Vaterlandes überantwortet, weil es darauf berechnet war den

von den Vaterlandsvereinen bearbeiteten großen Haufen zu Wählern zu machen. Der einzige schwache Schutz dagegen war nur das sogenannte absolute Veto der Regierung oder das Recht, den von dem Landtage beschlossenen Maßregeln die gesetzliche Bestätigung zu verweigern. Gegen Ende des Landtags traf auch die Nachricht ein von der Hinrichtung Robert Blums in Wien. Tzschirner canonisirte ihn bei dieser Gelegenheit zum Volksheiligen Sachsens und die zweite Kammer sprach über unseren Gesandten in Wien das Verdammungsurtheil, ohne nur seine Vertheidigung angehört zu haben!

Dieses Gesetzgebungswerk wurde damit beschlossen, daß von dem Minister Oberländer zu Regierungscommissären für die Landtagswahlen in vielen Bezirken Männer ernannt wurden, wie Tzschucke, Tzschirner, Schmidt, Bertling, Bernhardt, Thieme-Garmann, Meier und andere Genossen.

V.

Der neue Landtag kam im Januar zusammen. Es war kein Landtag, sondern eine Hauptversammlung von Abgeordneten der Vaterlandsvereine. Ungefähr vier Fünftel der Abgeordneten waren von Vaterlandsvereinen in's Ständehaus gesandt worden. Nicht die Wohlfarth des Landes, sondern die Macht der Vaterlandsvereine war ihr Ziel. Sie haben ihren Eid: die Staatsverfassung treu zu bewahren und in der Ständeversammlung das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes nach bestem Wissen und Gewissen allenthalben zu beobachten, — zehnfach und hundertfach gebrochen. Hatten doch die Vaterlandsvereine vorher ausdrücklich die Monarchie aus ihren Statuten weggestrichen. Es ist von dieser Versammlung geradezu und offen die Verfassung gebrochen worden; denn während in der Verfassung (§. 152.) steht, daß Anträge auf Abänderung der Verfassung nicht eher an den König gebracht werden können, als bis in zwei ordentlichen unmittelbar auf einander folgenden Ständeversammlungen deshalb übereinstimmende Beschlüsse gefaßt worden sind, — enthält allein die Landtagsschrift vom 1. März d. J. vier Anträge auf Abänderung der Verfassung an den König; — diese Versammlung hat §. 89. und 102. der Verfassung gebrochen, indem sie die Bewilligung des Beitrags zur deutschen Marine an die Bedingung der Anerkennung der deutschen Verfassung knüpfte; — sie hat endlich §. 97. der Verf. gebrochen, indem sie nicht für Aufbringung des ordentlichen und außerordentlichen Statsbedarfes durch Aussetzung der hierzu erforderlichen Deckungsmittel gesorgt hat, wozu die Verfassung sie verpflichtet. Verfassungsbruch war dieser Versammlung so zur andern Na-

tur geworden, daß die Aeußerung eines Abgeordneten: es sei gleich ob eine Maßregel verfassungsmäßig oder verfassungswidrig sei, nicht einmal die Aufmerksamkeit des Präsidenten Joseph erregte.

Allerdings hatte die zweite Kammer die Steuern und Abgaben, welche nur bis zum 30. April bewilligt worden waren, wieder in der vorletzten Woche Aprils bis zu Ende Septembers bewilligt, und man hoffte der Landtag werde am Ende doch noch eine weisere Richtung einschlagen; allein die Hauptversammlung der Abgeordneten aller Vaterlandsvereine im Reußischen Garten am 22. April scheint das Zeichen zum Aufruhr gegeben zu haben. Von diesem Tage an wurde sichtlich in den Kammern und außerhalb von den Verschwörern darauf hingearbeitet, entweder die Ministerplätze mit Männern der Vaterlandsvereine und ihren Werkzeugen zu besetzen, oder daß die Regierung zu einer Auflösung des Landtags schreite.

Ueber die Versammlung im Reußischen Garten erzählte das Organ der Aufrührer, die Dresdner Zeitung, es hätten sich über zweihundert Abgeordnete von Vaterlandsvereinen aus allen Theilen des Landes eingefunden gehabt und der bekannte Jäkel aus Leipzig im Namen des Centralausschusses unter Anderm berichtet, daß sechszehn Bezirksvereine beständen, welche zweihundertundachtzig Vereine in sich schlössen, mit einer Mitgliederzahl von ungefähr 75,000 Mann*). Hierauf beantragte Tzschirner, die Kammern zu ersuchen, keine Steuerbewilligung auszusprechen, und der Dresdner Ausschuß: daß die Kammern durch ein Mißtrauensvotum die Minister zum Rücktritte zwängen. Dann hält Tzschirner eine längere Rede.

Die Mehrheit der Kammern, sagt er, besteht sämmtlich aus Vaterlandsvereinsmitgliedern, die auf das Programm des Vaterlandsvereins gewählt worden sind, aber man hat sich auf verschiedene Weise bemüht, diesem Programm gerecht zu werden. Drei Fractionen haben sich gebildet, eine Linke, eine äußerste Linke und neuerlich noch eine sozial-demokratische Linke. Die äußerste Linke bestrebt sich, die Bestimmungen des Programms sobald als möglich zur Geltung zu bringen. Schon bei der Thronrede haben sich zwei Fraktionen gebildet, damals schon ist es an der Zeit gewesen, offen an den Thron zu bringen, was man will, man hat aber Seitens der Linken die Adresse abgelehnt. Gleiche Unentschiedenheit und gleiches Zaudern hat die Linke bei der Kollectivinterpellation und in Betreff des auf die höhnende Antwort des Ministeriums zu erlassenden Mißtrauensvotums bewiesen. Wird man auf solche Weise dem Programm

*) Die Zahl der Mitglieder ist stets übertrieben worden; im Herbste sollten 27,000 sein. Daß die siegreichen Landtagswahlen noch Andere herbeigezogen, ist wahrscheinlich.

des Vaterlandsvereins gerecht? Dasselbe schreibt vor, den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen. Wie kann das geschehen, wenn ein Ministerium an der Spitze steht, das nicht mit der Majorität der Kammern (also der Vaterlandsvereine) geht? Hat man bis jetzt auf unsere Beschlüsse Rücksicht genommen; ist etwas zur Sühne der Ermordung Robert Blums geschehen? Nein, man will den Gesandten Könneritz nicht abberufen. Wir traten auf und sagten, ein solches Ministerium besitzt unser Vertrauen nicht, man entgegnete von der andern Seite, die Blumsche Sache sei noch nicht reif. Die Vertagung des Mißtrauensvotums hat seine Früchte getragen. Die neuesten Gesetze sollen wir mit ins Land hinausnehmen? Wir müssen sie mit Abscheu zurückweisen. Die Regierung verlangt ein Steuerprovisorium, ohne daß man wisse, wozu die Steuern verlangt werden. Man will vielleicht die Truppen vermehren, die ungeheuern Pensionen fortgewähren, die Gesandten forterhalten. Man lacht uns aus und verhöhnt uns. In der ersten Kammer beschließt man ein Mißtrauensvotum, während die zweite Kammer die Steuern bewilligt. Nächsten Montag werden wir auch ein Mißtrauensvotum beschließen, das Ministerium wird aber bleiben, es wird uns langsam verbluten lassen an unserer eignen Inconsequenz. Das ist die Absicht des Ministeriums. Es ist Thatsache, daß dahinter die Kamarilla steckt. Noch kann die erste Kammer die Steuern verweigern und diesem Beschlusse die zweite beitreten. Dann wollen wir erwarten, ob das Ministerium, wenn es nicht weiter über die Steuern verfügen kann, bleiben wird.

Die Versammlung stimmte mit großer Mehrheit dem Antrage Tzschirners bei. Man beschloß, daß der leitende Zentralausschuß (oder die Regierung der verschworenen Vaterlandsvereine) ferner nur aus drei Mitgliedern bestehen, vorläufig seinen Sitz in Dresden haben solle, denselben aber nach Befinden verlegen könne. Man wählte dazu Tzschirnern, Jäkeln und Böttchern und zu ihren Stellvertretern: Wehnern, Weißflogen und Hirscheln.

Indeß hatte in dieser Versammlung der gefährliche Riß, der in den Vaterlandsvereinen schon im letzten Sommer und Herbst entstanden war, entschiedene Fortschritte gemacht. Man hatte sich in deutsche Vaterlandsvereine, unter der Leitung Josephs, Hensels, Schaffraths, Bertlings, Hitzscholds und Anderer und in democratische Vaterlandsvereine unter der Leitung Tzschirners und der obengenannten Genossen gespalten. Jeder Freund des Vaterlandes mußte sich darüber freuen, daß auf solche Weise die Verschwörer sich ihre eigne Grube gruben. Sie rieben sich selbst gegenseitig auf. Zu gleicher Zeit war in der zweiten Kammer von der Mehrheit offen bekannt worden, daß man die Steuern nicht verweigern könne, weil man, wie in Preußen, durch eine Steuerverweigerung

die Mehrheit des Landes gegen sich bekommen werde. Damit bekannte man aber auch, daß das Land dem Ministerium vertraute. Endlich konnten sich die Verschwornen wol selbst nicht bergen, daß die Verhandlungen dieser Hauptversammlung von Vaterlandsvereinen im Landhause, welche man Landtag nannte, täglich mehr Mißbilligung im ganzen Lande hervorriefen und daß sich die Vaterlandsvereine in den Kammersitzungen zu ihrem eigenen Verderben, aber zur Rettung des Landes, abnutzten.

Die Führer der Verschwörer erkannten dies sehr wohl. Die Dresdner Zeitung (Nr. 99.) beklagt die geschehene Spaltung besonders um deswillen, weil sie das Ansehen, und die Kraft der democratischen Partei namentlich nach außen sehr schwäche und weil sich unter den Führern beider Parteien mit Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit nach Vorwärts strebende Männer fänden, die sich nun feindlich gegenüberständen: „leider nicht der Grundsätze, sondern einiger Persönlichkeiten wegen, die um jeden Preis danach ringen, sich an die Spitze zu bringen."

Der Fortbestand des Rabenhorst-Beust-Ministeriums und die Fortdauer des Landtages waren also der schmachvolle Untergang der Verschwörung durch die eigene Uneinigkeit und das Verdammungsurtheil des Landes in Betreff des Unverstandslandtags der Vaterlandsvereine. Die Verschwörer waren darüber in Verzweiflung. Vergeblich hatte man der öffentlichen Meinung durch die Aussprengung des Gerüchtes an den Puls gefühlt, daß der König den Kreisamtmann Heubner zu sich habe rufen lassen, um diesen in Verbindung mit Joseph, Todt und wer weiß wen? noch, ein neues Ministerium zusammensetzen zu lassen; die öffentliche Meinung hatte dieses Gerücht mit dem Stillschweigen des Grauens und der Verachtung aufgenommen. Die Verschwörer sagten, eine constitutionelle Verfassung verlange eine parlamentarische Regierung; so wenig kannten sie das constitutionelle Statsleben, daß sie nicht wußten, daß die erste und einzige Bedingung einer parlamentarischen Regierung eine parlamentarische Volksvertretung ist. Wer will aber behaupten, daß der aufgelöste Landtag eine Volksvertretung oder gar eine parlamentarische Volksvertretung gewesen sei? Die Dresdner Zeitung (Nr. 101.) gestand ein, daß die Gerüchte über einen Ministerwechsel ausgestreuet seien, denn das Ministerium habe noch keine Miene gemacht zu gehen. Es fügte die Drohung hinzu: „dazu werden andere Mittel nöthig und hoffentlich auch angewendet werden."

Das Ministerium wurde in beiden Kammern öffentlich beschimpft. Während die Abgeordneten der Vaterlandsvereine auf den Galerien Beifall oder Mißfallen schrieen, wurde in beiden Kammern die Blum'sche Angelegenheit nochmals aufgewärmt. In einer Rede, welche der Abg. Jahn ablesen mußte, die er

aber so wenig verstand, daß er sie falsch ablas, hieß es unter Anderm: diese Verhandlung muß der Schluß, die Auflösung des Landtags sein, wenn der Erdboden nicht etwa gar Menschen (die Minister) tragen sollte, in denen der letzte matte Funken des Scham- und Ehrgefühls verloschen ist. Das jetzige Ministerium muß fallen. Will es sich noch hinschleppen wie ein polizeiwidriges Mitleiden Aller, die es sehen, so mag es dies, um das Maß voll zu machen, — die Kammern sollen sich nicht um seinetwillen zu einem längeren Zusammenleben mit ihm erniedrigen. Wir werden und wollen mit einer Regierung brechen, die sich so gezeigt, wie Oesterreich in der Deutschen Sache. Der Minister Beust kennt das Volk, über welches herrschen zu sollen eine schadenfrohe Verlegenheit ihn verurtheilt, schlecht. Weiß er nicht, daß dem sächsischen Volke die Vernichtung der deutschen Soldaten in Italien als eine Siegesnachricht klingt? (Mittheilungen I. K. Nr. 45.)

Diese abgelesene Rede erinnerte lebhaft an den Styl der früheren Kammeräußerungen und Zeitungsartikel des D. Joseph, der als Präsident auf solche Weise denselben Saal entweihen ließ, der wenige Monate vorher durch die Reden eines Ammon, Großmann, v. Biedermann und Anderer für jedes vaterländische Herz ein Ort der Verehrung gewesen war.

Und als in der zweiten Kammer Minister D. Held am 26. April auf eine Anfrage des Abg. Gruner (später während des Aufruhres Secretär der provisorischen Regierung) eine Antwort ertheilte, welche von dem Eifer und der Thätigkeit der Regierung die ehrenvollsten Beweise lieferte; erhebt sich der Abg. Gruner mit den Worten: „Ich kann einem Ministerium gegenüber, dem Seiten der Kammern das Mißtrauen auf eine so entschiedene Weise erklärt worden ist, einen anderweiten Wunsch nicht aussprechen, als daß dieses Ministerium durch seinen baldigsten Rücktritt einem wahrhaft volksthümlichen, dem Majoritätswillen der Kammern entsprechenden Platz mache."

Außerdem machte sich in der letzten Woche Aprils innerhalb des Landhauses und außerhalb eine auffallende Bewegung unter den Verschwörern bemerklich, wie in einem Heerlager am Tage vor dem Aufbruche zur Schlacht. In den Vorzimmern erschienen politische Flüchtlinge und andere Fremdlinge in eifrigem Geflüster mit Abgeordneten. Fremde, mit Unheil verkündenden Mienen, gingen ab und zu, wie Leute, die Befehle einholen und weitertragen. Die Gänge und Galerien des Landhauses wimmelten von Männern aus Leipzig, Chemnitz und anderen Orten des Gebirges, die als Theilnehmer oder Beförderer des Waldenburger und Chemnitzer Aufruhres und anderer Unruhen im vorigen Jahre genannt worden waren.

Eine gleiche Bewegung zeigte sich gleichzeitig in der bewaffneten Macht der Verschwörer, die seit Schluß des außerordentlichen Landtages noch durch die Bildung sogenannter

democratischer Bürgerwehrvereine verstärkt worden war. Von den Häuptern der Vaterlandsvereine gebildet, liefen sie mit diesen parallel und standen unter deren Befehl. Bereits in der vergangenen Osterwoche hatte der democratische Bürgerwehrverein Dresdens eine Generalversammlung der Bürgerwehrvereine Sachsens zusammenberufen und nach dem Berichte der Dresdner Zeitung (Nr. 88. u. 89.) hätten sich in der That am 8. April im Odeumsaale zu Dresden dazu gegen 50 Abgeordnete aus allen Theilen des Landes zusammengefunden. D. Meding, Obmann des democratischen Wehrvereins und D. Minkwitz, Obmann des Vaterlandsvereins von Dresden, Oelkers und Schindler aus Leipzig, Advocat Stremel aus Löbau waren die Leiter. Der Abg. Heinze, im kön. griechischen Dienste gewesener Oberstleutnant, Vorstand eines Wehrausschusses, den die erste Kammer niedergesetzt hatte, leistete Beistand. Man beschloß eine Gesammtorganisation der Bürgerwehr in folgender Weise:

1) Das Königreich Sachsen wird in fünf Wehrkreise, fünfundzwanzig Wehrbezirke und Wehrorte eingetheilt. 2) Die Bürgerwehrmänner dieser einselnen Landestheile bilden demgemäß in Regimentern, Divisionen und Brigaden abgetheilte Wehrscharen, denen eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Zahl Reiterei und Artillerie beigegeben ist.

Die Unabhängigkeit dieser democratischen Bürgerwehr von den Kreisdirectionen und Amtshauptleuten wurde ausdrücklich verlangt.

Es wurde ferner beschlossen:

3) Dem Generalcommandanten ist als berathende und beschließende Behörde ein Landesbürgerwehrausschuß beizugeben, welcher mit der Organisation der gesammten sächsischen Bürgerwehr sich zu befassen hat. Der Landesbürgerwehrausschuß soll seinen Sitz in Dresden haben.

4) Diese Beschlüsse sowohl an den Landtag, als an die Regierung gelangen zu lassen.

Hierauf beantragte D. Minkwitz einen leitenden Ausschuß für alle democratischen Bürgerwehrvereine zu ernennen; Einige hielten es für unnöthig, weil der Zentralausschuß der Vaterlandsvereine das Nöthige besorgen könne, indeß ernannte man zuletzt den Ausschuß des democratischen Bürgerwehrvereins zu Dresden zum Zentralausschusse der dem. Bürgerwehrvereine.

Aus einer Bekanntmachung dieses Centralausschusses, gezeichnet: Dresden, am 20. April 1849. Dr. Meding. A. Schorp. L. Hünig. Mühlhaus — erfahren wir, daß diese Versammlung nur von Dresden, Leipzig, Zittau, Marienberg, Lommatzsch, Crimmitzschau, Oberoderwitz und Wilsdruf, wo democratische Bürgerwehrvereine bestanden, beschickt worden ist. Alle übrige Bürgerwehrvereine wer-

den zur Vereinigung mit den obengedachten Vereinen aufgefordert.

Neben diesen „democratischen Bürgerwehrvereinen" bestand in Dresden abgesondert ein „allgemeiner Bürgerwehrverein," der sich in einer Bekanntmachung vom 29. April d. J., gezeichnet: Heinz, Vorsitzender. Küntzel, Schriftführer, vorbehielt, die Vereine, welche sich auf Grund der von ihm über seine Einrichtung mitgetheilten Bestimmungen anderwärts gebildet haben, zur gemeinsamen Berathung zusammenzuberufen.

Zu gleicher Zeit drängten die Häupter der democratischen Horden am Rhein zur Theilnahme an der Ausführung eines Planes, wonach mit Hilfe der Reichsverfassung die Republik eingeführt werden sollte, welche mit Gewalt der Waffen zu erzwingen, mehrmals mißlungen war. Vier Haupthindernisse hatten entgegengestanden: der gesetzliche Sinn des Deutschen, die Achtung vor dem Eid, das stehende Heer, das Bedürfniß der Ruhe zu Arbeit und Erwerb. Den gesetzlichen Sinn wollte man mit einer Verfassung noch dazu eines Reiches zufrieden stellen, die Achtung vor dem Eid auf die Landesverfassung unter dem Eide auf die Reichsverfassung zu Grabe legen, das stehende Heer (allen Verlockungen zum Trotz seiner Fahne und seinem Vaterlande treu) hatte man in der Hand, sobald es den Eid auf die Reichsverfassung ablegte, und wegen des Bedürfnisses der Ruhe, das man anfänglich als Fanatismus der Ruhe verspottet hatte, führte man jetzt — (man erkannte den Fehler!) — eine ganz andere Sprache. Seit Monden war, sogar von meineidigen Abgeordneten, welche auf die Erhaltung der constitutionell-monarchischen Verfassung geschworen hatten, dem Handwerker und Landmanne vorgesagt worden: Ihr seht die Macht, welche wir, die Democraten, haben. Wir geben nicht eher Ruhe, als bis wir haben, was wir wollen. Ihr seht, die Regierung ist schwach, sie hat keine Kraft, uns zu widerstehen, oder zu besiegen, — und selbst, wenn sie uns einmal besiegt hat, muß sie uns doch wieder frei lassen, kann sie uns doch nicht unsere Macht nehmen. Ihr seht also, ihr werdet nicht eher Ruhe bekommen, als bis wir, die Democraten, gesiegt haben. Darum helft uns! Ihr sagt, daß eine Republik nicht mehr Wohlstand gewährt und gewähren kann, als eine constitutionelle Monarchie, — daß eine constitutionelle Monarchie ebensowohl eine beschränkte Monarchie als eine beschränkte Republik, ebensowohl eine monarchische Republik als eine republikanische Monarchie ist; das kann Alles wahr sein, aber die Democraten wollen nun einmal eine Republik und wenn ihr aus diesen unsichern Zuständen, welche Arbeit und Erwerb hindern, zur Ruhe gelangen wollt, so müßt ihr den Democraten und der Republik helfen.

So wurde versucht, das Land zu betrügen! Als wenn nicht

die Geschichte aller Zeiten und Staten lehrte, daß nicht eher Ruhe möglich ist, als bis die Democratie in die von der constitutionellen Monarchie gezogenen Schranken gebannt wurde, und daß die von der reinen und unbeschränkten Democratie heimgesuchten Völker keine andere Rettung gekannt haben, als sich in die Arme der reinen und unbeschränkten Monarchie zu flüchten. Auf den Kürschnermeister Kleon in Athen folgte König Philipp von Macedonien, auf Catilina ein Julius Cäsar, auf Marat und Robespierre der Kaiser Napoleon. Ihr, die ihr die reine und unbeschränkte Monarchie liebt, erhebt euch und helft, daß ein Tzschirner, ein Struve die Fahne der Democratie siegreich durch Deutschland trägt, daß Ströme von Blut an die Stelle des Rechtes eine verwildernde Gleichheit setzen. Je schneller die Democratie reitet, desto eher langt sie bei der unumschränkten Monarchie an. Ihr aber, die ihr Vernunft und Freiheit liebt, lest die Geschichte Cromwells und lernt wie er auf der einen Seite die Democratenrotte züchtigte und auf der andern Seite England groß, mächtig und frei machte, denn die Größe Englands ist Cromwells Werk. Lernt von ihm, daß jede Schonung und Milde gegen die Schlechten eine Grausamkeit ist, die ihr an den Guten begeht, — lernt von ihm, lernt von den Gründern der amerikanischen Freiheit, daß jede Straflosigkeit für den Schlechten die wirksamste Aufforderung zu neuen Verbrechen ist.*)

Dies also war der Plan, die Republik durchzusetzen, ohne diesen, bei vielen anstößigen, Namen auszusprechen; denn der gewöhnliche Mensch sieht nicht, daß er in einer Republik lebt, wenn Aufrührer den König zur Flucht genöthigt, und aus ihrer Mitte eine provisorische Regierung ernannt haben. Der Name Republik steht ja nicht auf dem Siegel der aufrührerischen Regierung!

Aber noch waren die Verschworenen um einen Vorwand verlegen. Man wußte, daß die Regierung beschlossen hatte, die Kammern aufzulösen, wenn bis zum 30. April die erste Kammer der Steuerbewilligung der zweiten nicht beigetreten wäre; man wußte aber auch, daß das Land der Regierung in diesem Falle beistimmen würde. Man hatte also in der Hand die Kammerauflösung zu erzwingen, aber man mußte den wahren Grund vor den Augen des Volkes verschleiern. Man sprengte in der letzten Woche Aprils die Gerüchte aus: die erste Kammer will bewilligen, aber nur nicht so viel, obwohl von einer Be-

---

*) L'espérance de l'impunité encourage puissament l'esprit de révolte; la crainte des punitions l'affaiblit dans la même proportion, heißt es in dem von Hamilton, Madisson und Gay, Bürgern in Neuyork, herausgegebenen Fédéraliste I, 27 der franz. Uebers.

willigung in der Kammer gar nicht die Rede gewesen ist. In den Volksblättern Röckels, eines Landesfremden, der hier Wohlthaten genossen hat, erschien ein Aufsatz voll Erdichtungen und Entstellungen über die Staatsfinanzen, die Viele für wahr hielten, weil er gedruckt war. Zugleich sagte man im voraus: wenn der Landtag aufgelöst würde, so sei nur die Regierung schuld, und das Land habe die Kosten wieder umsonst gezahlt.

Und um den Betrug voll zu machen, wurde von den Verschwörern beschlossen, die Steuern in der ersten Kammer nicht zu bewilligen, aber die Bewilligungsforderung der Regierung gar nicht auf die Tagesordnung zu bringen, nicht darüber zu verhandeln, nicht darüber zu beschließen.

Wurde man also von Leuten aus dem Volke zur Rechenschaft gezogen, so antwortete man: die erste Kammer hat die Steuern nicht verweigert. Das ist wahr, aber sie hat die Steuern nicht bewilligt. Die Politik der Klugheit der Verschwörer hat den Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel.

So rückte die Entscheidung heran.

Der Präsident Joseph schloß die Sitzung der ersten Kammer am Sonnabend Mittag den 28. April mit den Worten: die nächste Sitzung findet statt Montag 11 Uhr; außer einer dem Abg. Oehmichen vorzubehaltenden Begründung eines früher eingebrachten Antrags stelle ich auf die Tagesordnung nur die Berathung des von Hitzschold eingereichten Antrags, die deutsche Verfassung betreffend. Damit waren die Steuern verweigert und jede Steuerverweigerung ist unzertrennlich mit Empörung verbunden.

Abends wurde im Gesammtministerium die Auflösung des Landtages beschlossen, in der Nacht die Bekanntmachung gedruckt und am folgenden Tage, Sonntags, bereits in weiteren Kreisen bekannt.

Die Minister sagten unter Anderem darin:

Auch das Zustandekommen wahrer und dauernder Einheit und Freiheit des deutschen Volkes wird bei dem Ministerium wahrlich keinen Widerstand, sondern die thätigste und aufrichtigste Mitwirkung finden, während die Kammern bis zu dieser Stunde noch keine Landtagsschrift deshalb an die Regierung gebracht haben.

Schon am Sonntag Nachmittag entwickelte die Verschwörung ihre in Bereitschaft gehaltenen Mittel zur Entzündung des Aufruhrs; an allen Ecken der Hauptstraßen erschienen Knaben und Mädchen, welche in Massen einen Aufruf an Deutschland zur schleunigen Empörung gegen die Fürsten feilboten mit der Ueberschrift: Feuer! Feuer! Die Nachrichten von den Vorgängen in Würtemberg, von der Auflösung der zweiten Kammer in Hannover und Berlin, Gerüchte, der König von Würtemberg sei erschossen, der König von Hannover sei todt, in Berlin eine blutige Empörung ausgebrochen, setzten die Gemüther in Bewegung.

Die Nachricht von der Auflösung unseres Landtags befriedigte vielfach und blieb als sich von selbst verstehend und längst gewünscht bei der großen Masse unbesprochen.

Am Montag Vormittag, den 30. April, trat die erste Kammer noch folgenden Beschlüssen der zweiten Kammer bei:

1) Die zweite Kammer wolle in Gemeinschaft mit der ersten Kammer an die Statsregierung den Antrag stellen: daß sie die von der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung in Frankfurt in zweimaliger Lesung beschlossene und am 29. März d. J. als „Reichsverfassung" bereits verkündigte, von ihrem Gesammtvorstande und ihren Mitgliedern unterschriebene „Verfassung des deutschen Reichs" nebst dem am 28. März in zweiter Lesung gleichfalls angenommenen „Reichswahlgesetze" für das Königreich Sachsen als endgültig und verbindlich im verfassungsmäßigen Wege bekannt mache; 2) daß auch sie, die Staatsregierung, wie die Kammern jeder Aenderung dieser „Verfassung des deutschen Reichs" und dieses „Reichswahlgesetzes," welche auf andere, als die in jener selbst bestimmte Weise etwa versucht werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetze; 3) rücksichtlich des Abschnitts **VII.** der Reichsverfassung jedoch mit der beziehendlich wiederholten Erklärung, daß die in diesem Abschnitte enthaltenen Grundrechte des deutschen Volks das geringste Maß der Rechte und Freiheiten des sächsischen Volks enthalten, und daß ungeachtet der Publikation derselben alle Gesetze fortbestehen, welche dem Volke größere Rechte und Freiheiten gewähren, und mit Hinweisung auf die Bestimmungen des unterm 2. März d. J. im Gesetz- und Verordnungsblatte S. 39 bekannt gemachten Einführungsgesetzes.

Und es wurden in beiden Kammern die Präsidenten beauftragt, diesen Beschluß als Landtagsschrift an die Regierung zu bringen. Geheimrath Todt erklärte in jeder Kammer einseln die Kammern für aufgelöst. Präsident Joseph rief in der ersten Kammer:

Es lebe Deutschlands Einheit und Freiheit, es lebe die deutsche Reichsverfassung!

Und in der zweiten Kammer Präsident Hensel: Mitbürger! Scheiden wir von hinnen mit dem Rufe: Es lebe der Wille des Volkes! Es lebe die Einheit und Freiheit Deutschlands! Es lebe die deutsche Reichsverfassung!

Todt hatte bleich und mit bebender Stimme gesprochen!

Die überfüllten Galerien stimmten mit endlosem Gebrüll in den Ruf ein und schrien Schimpfwörter und Drohungen gegen ein Mitglied der Rechten in den Saal hinunter.

Dieser selbe Ruf war das Losungswort bei den ersten Schüssen am 3. Mai Nachmittags bei Ausbruch des Aufruhrs.

Nach dem Schluß der Kammern rannte einer der Verschworenen, Dr. Haußner aus Pirna, wie ein Besessener durch die Straßen und ließ folgenden Aufruf an die Straßenecken anheften:

Mitbürger von Stadt und Land seid wach!

Noch lebt Metternich und seine Politik!

Die fluchwürdige Politik Metternichs steht nach dem Erlaß des Ministeriums Held vom 28. d. M. deutlich vor uns! — Nachdem der östreichische Reichstag in Kremsier durch die Bajonette aus einander gejagt, nachdem die Kammern in München vertagt, nachdem die Kammern in Hannover — nachdem dieselben in Berlin aufgelöst, hat auch das Ministerium Held den Muth bekommen, unsere dermalen versammelten sächsischen Kammern aufzulösen. Leset den Erlaß des Ministeriums Held, welches das Vertrauen des sächsischen Volkes nie besessen und verdient hat, beachtet die neuesten Vorgänge in den übrigen deutschen Staaten und urtheilt selbst, ob nicht die eingeschlagene Politik der größeren deutschen Fürstenhöfe, der berüchtigten, volksfeindlichen Politik Metternichs ähnelt oder gleicht, wie ein Ei dem andern.

Männer des Volks! Lasset unter euren Augen den bereits bebrüteten Basiliskeneiern die Brut nicht entschlüpfen; sondern vernichtet sie, ehe noch die werdenden Ungethüme Kraft erlangen, euch und eure Freiheit zu verschlingen! —

Ein Ministerium Held hat es gewagt, an die Stimme des sächsischen Volks noch Berufung einzulegen, nachdem das Volk durch seine ersten Wahlen bereis deutlich genug geredet!

Mitbürger! Ihr werdet gewiß, wenn es gilt, als deutsche Männer antworten.

Pirna, am letzten April 1849.

Neue falsche Gerüchte wurden ausgesprengt. Der österreichische Minister Fürst Schwarzenberg sei in Dresden und habe eine Conferenz mit den Ministern gehabt. Die siegreichen Ungarn ständen vor Wien und 900 Mann Ungarn seien bereits von Böhmen aus in Freiberg angelangt, um den sächsischen Demokraten zu helfen.

An den Straßen erschien folgende

Protestation.

Die Regierung löst die Kammern auf. Die Dynastie verwirft die Volksvertretung. Die verantwortlichen Minister wagen gegen die Beschlüsse der Volksvertretung Abgaben zu erheben und die Statsgelder zu verwenden. Sie handeln verfassungswidrig. Und warum?

Die „Handlungsweise" der Kammern soll den Grund abgeben, der doch in dem Widerstreben der Dynastien und der ihnen dienenden Büreaukratie gegen die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung zu suchen wäre.

Ueber die Handlungsweise der Kammern wird das Volk richten und dessen Geschichte.

Es wird auch richten über die Wahrhaftigkeit dieses Ministeriums, welches bisher so wenig gethan für Ausführung der deutschen Grundrechte und der deutschen Reichsverfassung und doch aufrichtige und thätige Unterstützung dazu von der Volksvertretung fordert!

Aber dieses Verfahren der Krone und der Räthe derselben gefährdet das Wohl des Volkes und des Vaterlandes.

Wir machen sie verantwortlich für die Folgen ihres Schrittes.

Er ist, wenn schon nach dem Buchstaben der Verfassung zulässig, doch nicht einmal ordnungsmäßig eingeleitet; er ist durch die Zeitverhältnisse nicht gerechtfertigt; er widerspricht dem ausdrücklichen Beschlusse der Reichsversammlung vom 26. April d. J.; er hindert die Erledigung so vieler Beschwerden der Staatsbürger; er stört die Ordnung des Stats und die Aufrechthaltung der Verfassung!

Wir verwahren uns feierlichst gegen diesen Schritt!

Wir wahren dem Volke das Recht, die ohne verfassungsmäßige Bewilligung aus den Statskassen gemachten Ausgaben von der Regierung zurückzufordern!

Wir wahren dem Volke das Recht, Steuern und Abgaben, welche nicht verfassungsmäßig ausgeschrieben sind, nicht abzuführen!

Möge nun das Volk entscheiden!

Der Konstitutionalismus hat der Demokratie den Fehdehandschuh hingeworfen: — er wird aufgehoben werden.

Das Volk aber, möge es mannhaft und siegreich den Kampf bestehen, den Kampf um sein **Recht,** um seine **Freiheit!**

Dresden, 30. April 1849.

Finke. Gruner. Haustein. Joh. Hnr. Floß. Hnr. Herz. Reimann. Benseler. Ahnert. Jahn. Unger. Päßler. Haußner. Segnitz.

Abends war Versammlung des demokratischen Vaterlandsvereins unter Obmann Minkwitz. D. Hirschel belehrte die Versammlung in gehässigen Worten über den eigentlichen Sinn der Auflösung der Kammern und reizte gegen die Regierung auf. Man erklärte sich mit den Beschlüssen der Kammern allenthalben einverstanden, namentlich mit dem Mißtrauensbeschlusse gegen das Held-Ministerium. Dies giebt einem Mitgliede Veranlassung zu dem Antrage, den Ausschuß zu ermächtigen, mit den democratischen Vereinen der übrigen deutschen Länder in Verbindung zu treten, damit größere Kraft und Einheit in die democratische Bewegung käme. Dieser Antrag wird angenommen. Ferner werden folgende zwei Erklärungen beschlossen:

In Erwägung, daß einzig und allein dem Volke das Recht zusteht, die von seinen Bevollmächtigten ausgearbeitete Verfassung zu prüfen und nach Befinden durch einen Ukraft seiner Souveränität wieder aufzuheben, dieses Recht aber niemals den Fürsten zugestanden werden kann, hat die Hauptversammlung des demokratischen Vaterlandsvereins zu Dresden beschlossen, die Nationalversammlung zu Frankfurt ihres vollen Beistandes bei Aufrechthaltung der Volksherrschaft gegen die Uebergriffe der Fürsten zu versichern, sodann auch die hohe Versammlung aufzufordern, mit Nachdruck die Vereidung des Mili-

tärs und der Bürgerwehr auf die Reichsverfassung in ganz Deutschland zu betreiben.

An das Gesammtministerium. Der unterzeichnete Verein erklärt dem k. Gesammtministerium, daß er die von den Vertretern des deutschen Volks beschlossene und verkündete deutsche Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkennt, seine Kräfte zu deren unbedingter Durchführung der Nationalversammlung zu Frankfurt zu Gebote stellt, jeden Widerstand gegen diese Verfassung von Oben als revolutionären Akt betrachtet und das k. Gesammtministerium für die Folgen einer solchen Revolution von Oben allenthalben verantwortlich macht. Dresden, 30. April 1848. Der Ausschuß des demokratischen Vaterlandsvereins.

Man kam überein die letzte Erklärung als Sturmadresse durch den Verein in Masse am folgenden Tage dem Ministerium zu überreichen.

Diese Beschlüsse der Aufrührer wurden am 1. Mai Dienstags früh mittels öffentlichen Anschlags bekannt gemacht und zur Theilnahme an dem Zuge aufgefordert. Es versammelten sich wirklich in Folge dessen gegen elf Uhr auf dem pirnaischen Platze eine ziemliche Anzahl von Menschen, die jedoch den wenig großen Platz nicht füllte. Man bemerkte darunter viele Abgeordnete beider Kammern und sonstige hochgestellte Democraten, als es aber zur Bildung des Zuges kam und dieser sich in Bewegung setzte, ging zwar der Obmann Minkwitz mit noch zwei Hochgestellten, die deutsche Fahne voraus, an der Spitze, aber der Zug selbst, höchstens 500 Mann, bestand zum Theil aus jungen Leuten und größtentheils aus Arbeitsleuten. Die Hochgestellten blieben mit einer Masse von Männern, Frauen und Kindern auf den Trottoirs — (man sagt in anderen deutschen Städten Bürgersteg) — als Zuschauer stehen. Der Zug ging nach dem Justizministerium über den Neumarkt, um Aufsehen zu erregen. Im Justizministerium erklärte D. Held, er habe bereits seine Entlassung und verwies die Deputation an die danebenstehenden Minister v. Beust und Rabenhorst. Minkwitz theilte die Beschlüsse des Vaterlandsvereins mit und überreichte schriftlich die Erklärung wegen der Reichsverfassung. Min. v. Beust entgegnete, die Minister würden sie dem Könige vorlegen. Auf dem Neumarkt wurde der Menge der Rücktritt Held's mitgetheilt, und dies als ein Sieg des Vaterlandsvereins dargestellt und betrachtet. Man brachte dem Willen des souveränen Volkes ein Lebehoch aus. Allein die Arbeitsleute hielten ihre Aufgabe nicht für beendigt und richteten die einmal begonnene Bewegung nach dem Schloß. Nur das Versprechen der Aufrührer, daß, wenn nicht bis morgen eine befriedigende Antwort über die Anerkennung der Reichsverfassung Seiten des Volkes erfolgt sei, man sofort eine neue Versammlung des Vaterlandsvereins zusammenberufen wolle, brachte die Leute zum Auseinandergehen. Dennoch blieben Massen vor dem Schlosse stehen und begannen die Wache zu verhöhnen. So

macht man Ende Blutvergießen, sagt der Deutsche Freimüthige vom 2. Mai, und die ganze Bürgermasse, deren Wohlstand damit ruinirt wird, sieht aus Fenstern und Thüren ruhig zu.

Mittags verbreitete sich in der Stadt die Nachricht, daß nicht blos D. Held, sondern auch die Minister D. Weinlig und v. Ehrenstein ihre Entlassung eingereicht und erhalten hätten und zwar, weil sie die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung verlangt, der König aber dieselbe versagt habe, — ferner daß der weimarische Minister von Watzdorf als Reichscommissar in Dresden sei und daß ein Generaladjutant des Königs von Preußen. der Fürst Lacroix am 30. April bei dem Könige eine Audienz gehabt habe, endlich daß Bayern, Sachsen und Hannover in einer gemeinschaftlichen Note an Preußen sich mit dem Verhalten der preußischen Regierung einverstanden erklärt hätten. Zugleich wieder ausgesprengte Gerüchte: Die Nationalversammlung in Frankfurt sei von preußischen und bayerischen Soldaten auseinandergesprengt worden, und es bestände eine Fürstenverschwörung, um mit Hülfe der Russen die deutsche Verfassung umzustürzen. Das Röckel'sche Volksblatt, in diesem Sinne geschrieben, wurde an vielen Orten vorgelesen.

Der gewesene Justizminister v. Carlowitz wurde zur Ergänzung des Ministeriums zum König gerufen, lehnte aber ab.—

Die Nachricht, sagt die Dorfzeitung, daß der König Anstand nehme die Reichsverfassung anzuerkennen, ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt, welche eine Zeit lang ein ziemlich bewegtes Ansehen gewann. Indeß fielen keinerlei Unordnungen vor und gegen 2 Uhr Nachmittags hatte die Stadt ihr ruhiges Ansehen wieder gewonnen. Eine Deputation des hiesigen deutschen Vereins begab sich denselben Nachmittag noch zum Könige, um ihre auf die Anerkennung der Reichsverfassung bezüglichen Wünsche vorzutragen.

In der Versammlung des deutschen Vereins, welche Abends stattfand, berichtete Eduard Devrient: Mit Bewegung und Wärme habe sich der König dahin geäußert, daß er, fern von jedem persönlichen Interesse, zu jedem Opfer für das Wohl des sächsischen Volkes und des deutschen Gesammtvaterlandes bereit sei, daß er aber von der jetzt vorliegenden deutschen Reichsverfassung die Ueberzeugung habe, daß sie nicht zum Heile des Volkes dienen werde; er gedenke in dieser Sache mit Preußen zu gehen.

An demselben Abend noch beschloß auch der Communalgardenausschuß sich der Bewegung für Anerkennung der Reichsverfassung anzuschließen.

Zu derselben Zeit bearbeiteten die Verschwörer die Stadtverordneten. D. Hirschel beantragte, im Vereine mit dem Stadtrathe eine Adresse an den König mit der Aufforderung, daß er die Reichsverfassung sofort anerkenne, zu erlassen. Es wurde eine solche Adresse beschlossen und dem Stadtrathe zum Beitritte mitgetheilt, auch ein Hoch auf die Reichsverfassung gebracht.

Schon am Dienstag hatte sich der democratische Vaterlandsverein erboten jetzt mit dem deutschen Verein über die in dieser Angelegenheit zu thuenden Schritte in Verbindung zu treten, und am Mittwoch, den 2. Mai spöttelte die Dresdner Zeitung: „Das Barrikadenwetter und der Revoluzionshimmel wirken Wunder. Heute hat der deutsche Verein durch seine Vorstände sich an den Vaterlandsverein in allen Maßnahmen für sofortige Durchsetzung der Reichsverfassung angeschlossen!"

Am Mittwoch früh war auch an allen Straßenecken ein Anschlag, durch welchen die Commandanten der Communalgarde an sechs verschiedenen Orten abzuhaltende Urversammlungen ausschrieben, um sich über die Reichsverfassung auszusprechen.

Gleichzeitig erschienen folgende Anschläge:

Mitbürger!

Die von dem Volke gewählte verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Reichsverfassung vollendet und als Reichsverfassung verkündet. Sie mißfällt den deutschen Fürsten, eben weil sie lediglich kraft des der Nationalversammlung übertragenen Volkswillens geschaffen ist. Die „mächtigsten deutschen Fürsten," wie sie sich nennen, der österreichische Kaiser und der König von Preußen, widersetzen sich der Einführung dieser Reichsverfassung. — Die österreichische Regierung hat die Abgeordneten, die nicht sie, sondern das Volk gewählt, aus der Nationalversammlung zurückberufen, Preußen will einen Fürstencongreß der Nationalversammlung entgegenstellen und sammelt Truppen in Frankfurts Nähe, offenbar um einen Gewaltstreich gegen dieselbe auszuführen und den alten Bundestag wieder herzustellen. Mit Friedrich Wilhelm IV. und seinem Ministerium Brandenburg handelt im Einverständniß die Krone von Hannover, der König von Baiern mit seinem Ministerium v. d. Pfordten, und Friedrich August von Sachsen mit dem Ministerium Beust. Auch sie wollen die Reichsverfassung nicht anerkennen, auch sie, auch der König von Sachsen, treten der Souveränität des Volkes entgegen. In 28 Staaten wurde bis jetzt die Reichsverfassung freiwillig verkündet. Gegen die widerspenstigen Regierungen erhob sich das Volk zuerst in Würtemberg wie Ein Mann, und Militair und Bürgerwehr erklärten: mit Gut und Blut die Reichsverfassung durchsetzen zu wollen, und der König hat sich dem Volkswillen beugen müssen. Die Reichsverfassung ward in Kraft gesetzt. Mitbürger! Wir Sachsen haben seit dem Beginn der deutschen Revolution festgehalten an dem Grundsatze der Volkssouveränität. Wollen wir ihn jetzt verlassen — in dem Augenblicke, wo es gilt, entweder ihn zur Geltung zu bringen oder uns wiederum zu beugen unter das Joch fürstlicher Willkür oder fürstlicher Gnade mit all ihrem Gefolge des vormärzlichen Druckes und Elendes! Wie in Preußen, wie in Hannover, hat man unsere Kammern aufgelöst, die dieser Souveränität, die der Reichsverfassung Geltung verschaffen wollten. Schon erhebt das Volk in Baiern, in Schlesien und Hannover

seine Stimme für sein Recht, das es sich durch seine Revolution erworben, für die höchste und heiligste seiner Errungenschaften, die alle andern in sich schließt, für seine Selbstherrlichkeit. Soll Sachsen zurückbleiben? Soll es sich des Rufes unwürdig zeigen, den es sich durch sein Freiheitsstreben in Deutschland erworben? Die Stunde hat geschlagen, wo das Volk durch die That beweisen muß, daß es ein einiges, souveränes deutsches Volk sein will, es koste was es wolle. Bürger, in solcher Stunde müssen wir stehen Alle für Einen, Einer für Alle. Männer der Bürgerwehr, Männer vom Militär, erinnert Euch, daß die Waffen, die Ihr tragt, alle Volkswaffen sind, vereinigt Euch in dem heiligen Streben nach dem gemeinschaftlichen Ziele. Stehet fest auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes!

Es lebe die Souveränität des deutschen Volkes! Es lebe die Reichsverfassung!

Dresden, am 2. Mai 1849.

Der Ausschuß des Vaterlandsvereins.
Dr. jur. Minkwitz, Obmann. H. Lindemann.

Erklärung.

Obgleich die von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossene und publizirte Reichs-Verfassung nicht der Art ist, daß wir derselben in allen ihren Punkten beizustimmen vermöchten — obgleich wir den Wunsch nicht unterdrücken können, daß unsere Vertreter in Frankfurt in dem langen Jahre ihres Beisammenseins dem allgemeinen Volkswillen hätten besser Rechnung tragen sollen — obgleich in Hinblick darauf und in Bezug auf die materielle Wohlfahrt des Volkes für die Zukunft viel, sehr viel zu thun bleibt: so können wir doch auch nicht gleichgültig ansehen, wenn an dem Wenigen, was uns die frankfurter Professorenweisheit bot, noch gemäkelt und gemarktet werden soll, wenn uns die Herren von Gottes Gnaden dieses Wenige ganz vorenthalten wollen, wenn auf diese Art der glorreichen Erhebung des vorigen Jahres offen ins Gesicht geschlagen, der Contrerevolution die Krone aufgesetzt wird. Wir erklären uns daher, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen unserer Vertreter in den deshalb aufgelösten sächsischen Kammern, in Uebereinstimmung mit den Erklärungen von politischen Vereinen der verschiedensten Farbe aus allen Gauen des Vaterlandes, in Uebereinstimmung endlich mit der Ueberzeugung jedes ehrlichen Deutschen, für unverweilte und unverkürzte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, und werden, in Gemeinschaft mit unsern Mitbürgern, Alles aufbieten, diesen ersten Grundstein der deutschen Einheit vor den zerstörenden Eingriffen despotischer Willkür zu wahren, und — wenn es sein muß — selbst unsere einzigen und höchsten Güter, unser Blut und Leben, auf dem Altare des Vaterlandes und der Freiheit zu opfern nicht scheuen.

Dresden, am 2. Mai 1849.

Der Arbeiter-Verein.
Friedrich Grille, Obmann.

Von Seiten der Regierung wurde bekannt gemacht, daß der König Geheimrath Dr. Zschinsky zum Statsminister ernannt und ihm das Departement der Justiz neben dem Vorsitz im Gesammtministerium übertragen habe.

Im Stadtrathe wurde beschlossen der Adresse der Stadtverordneten an den König beizutreten.

Nachmittags 3 Uhr fanden an sechs verschiedenen Orten die Versammlungen der Bürgerwehrbataillone statt. Ueberall beschloß man mit geringer Minderheit einer Adresse beizustimmen, welche sich für Anerkennung der deutschen Reichsverfassung erklärt. In einzelnen Bataillonen hatte man sich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß man trotzdem die Ruhe aufrecht halten und für die Reichsverfassung die Waffen nicht gebrauchen werde. In anderen war es anders hergegangen, am lebhaftesten auf dem Gewandhause, wo das erste Bataillon und die Scharfschützencompagnie versammelt war. Die Gemäßigteren, erzählt der deutsche Freimüthige, darunter besonders von Brandenstein, kamen überein, Nachmittags 5 Uhr eine Deputation zum König zu senden und von diesem die unbedingte Annahme der Reichsverfassung nicht zu erbitten, sondern zu fordern. Das war aber nicht genug für die entschieden Freisinnigen. Die Deputation, sagte man, nütze Nichts, wenn dem Könige, im Falle er verweigere, nicht gesagt würde: „Sie sind kein deutscher Mann! deswegen müssen wir uns Ihrer versichern und Sie für Alles, wenn fremde Truppen hierher kommen, verantwortlich machen." Die Versammlung ging mit dem Rufe auseinander: „Es lebe die Nationalversammlung, es lebe die deutsche Reichsverfassung, es lebe das sächsische Volk!"

Im Communalgardenausschuß wurde beschlossen, die Adresse der Bürgerwehr (Communalgarde) am folgenden Vormittag dem König zu überreichen und zugleich Donnerstag Nachmittags um 1 Uhr die Bürgerwehr durch Appell zu versammeln, um die Antwort des Königs zu vernehmen, und (dieselbe möge ausfallen wie sie wolle) der Reichsverfassung am Freitag in Parade durch ein feierliches Hoch zu huldigen.

Während alles Dies in Dresden geschah, waren die Verschwörer und die von ihnen Bethörten überall namentlich da, wo ihre Genossen in Gemeindeämtern standen, schon vor der Bekanntmachung der Auflösung des Landtags geschäftig gewesen. So hatte schon am 29. April mit Zuzug von Turnern eine große Volksversammlung bei Meißen stattgefunden. Deshalb trafen von vielen Orten des Landes Deputationen an den König für Anerkennung der Reichsverfassung ein.

Aber auch die Regierung schien Kenntniß von dem Plane eines Aufruhrs zu haben, denn schon am Sonntag den 29. April durften die Soldaten die Stadt nicht mehr verlassen und trat Casernenbeschränkung ein, und am Dienstag hatte man Alles zu einem Straßenkampfe vorbereitet. In den Casernen mußten sich

die Soldaten von 6 Uhr Abends in Bereitschaft halten, die Kanonen standen zum Abfahren bereit, und höhere Offiziere und Adjutanten waren in's Schloß beschieden.

Man hörte in jenen Tagen häufig die Klage; der König möge um Unglück zu verhüten, nachgeben, ja, man hörte sogar die Verläumdung, der König habe dadurch, daß er die Reichsverfassung nicht anerkenne, sein Wort gebrochen. Der beste Beweis, daß die Anerkennung der Reichsverfassung nur eine Schlinge der Aufrührer war, um damit wo möglich das Heer zu fangen, liefert gegenwärtig Baden. Der Großherzog hat die Reichsverfassung anerkannt, die Kammern haben darauf geschworen, das badische Heer ist darauf vereidet, und — der Großherzog ist jetzt auf der Flucht und Struve und Genossen an der Spitze der Republik Baden. Hätte unser König nachgegeben, so lebten wir wahrscheinlich jetzt noch in den Schrecken einer siegreichen Empörung. Unser König hat stets, auch bei unserer Verfassung von 1831, den Grundsatz des Vertrages, der Vereinbarung zwischen Fürst und Volk festgehalten, – auch im vorigen Jahre wieder in Bezug auf die frankfurter Nationalversammlung. In der Verordnung vom 18. April 1848, die Wahl der Reichsabgeordneten betreffend, ist das deutsche Verfassungswerk ausdrücklich als ein „zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringendes" bezeichnet. Braun, Pfordten, Georgi, Oberländer haben diesen Grundsatz anerkannt, der außerordentliche Landtag hat ihm beigepflichtet, die zuletzt aufgelösten Kammern haben sich mit Entschiedenheit gegen die Reichsverfassung, gegen die Souveränität der Nationalversammlung und dagegen erklärt, daß die Nationalversammlung, wie v. Trützschler sagte, uns eine Reichsverfassung octroyire, und nunmehr, da unser König an dem ausgesprochenen Grundsatz festhält, festhält an dem Worte, was er gegeben, da König und Heer und Volk feststehen gegen diejenigen, welche mit Hilfe jener Reichsverfassung die beschworene Landesverfassung umstürzen wollen; nunmehr spricht man vom Wortbruch des Königs deshalb, weil die Kammern wie die Wetterfahnen sich seit dem April plötzlich nach einem andern Winde gedreht und für den Erbkaiser, das Statenhaus und alle übrigen Einrichtungen (mit Ausnahme des weggefallenen Reichsrathes) sich ausgesprochen und sich gebärdet haben, als ob das Heil Deutschlands von der Annahme dieser selben Verfassung abhänge, welche dieselben Kammern ein par Wochen vorher mit entschiedenem Widerwillen als unheilvoll von der Hand wiesen! Und was sollen wir vollends von einem Tzschirner, Böttcher, Röckel sagen, welche am 3. Mai angeblich für die Annahme der deutschen Reichsverfassung von Seiten des Königs die Fahne des Aufruhrs erheben, während ihre Namen noch unter einem Bericht an die Wähler (gez. Dresden den 21. April 1849, Dresdner Zeitung Nr. 100) stehen, worin es

heißt: „Die äußerste Linke erklärte sich (am 14. April in der 2. K.) gegen die Annahme (der Reichsverfassung). Sie ging dabei von der Ansicht aus, daß eine Verfassung, welche zwar einige leidliche Bestimmungen enthalte, aber doch in der Hauptsache ganz undemocratisch sei, dem Gesammtvaterlande unmöglich frommen könne. Oder sollte die democratische Kammerpartei sich jetzt für den Erbkaiser erklären und damit das beschämende Geständniß ablegen, sie habe früher blos Worte gemacht, nicht eine feste Meinung vertheidigt?" Diese Erklärung wurde freilich vor der Hauptversammlung der Abgeordneten der Vaterlandsvereine im Reußischen Garten, die am 22. April statt fand, abgegeben!

Aber auch aus Gründen der höheren Politik, die nicht blos heute und morgen, nicht blos heuer und künftiges Jahr, sondern das europäische Statensystem und ganze Menschenalter in's Auge zu fassen hat, mußte sich unser König in dieser Frage an Preußen anschließen. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein Sachsens als selbständigen Einselstates innerhalb des deutschen Bundesstates.

VI.

Als wenn eine Geisterstimme die Aufrührer von ihrem Beginnen hätte abmahnen wollen, war Donnerstags früh angekündigt:

Königliches Hoftheater.
Donnerstags den 3. Mai 1849.
Nehmt ein Exempel daran!
Lustspiel in Alexandrinern in einem Act von Carl Töpfer.

Die Regierung hatte folgende Worte zur Verständigung veröffentlichen lassen:

Bekanntmachung.

Von verschiedenen Seiten sind sowohl an S. M. den König, als an das Gesammtministerium Adressen eingegangen, in welchen die sofortige Anerkennung der von der deutschen Nationalversammlung verkündeten Reichsverfassung beantragt wird. In gleichem Sinne hatte sich eine von den Kammern nach deren Auflösung eingereichte Landtagsschrift ausgesprochen. In Erwiderung dieser Kundgebungen sieht sich das Ministerium zu nachstehender Erklärung veranlaßt.

Nachdem gemäß der Verordnung vom 10. April v. J. die Wahlen von Nationalvertretern für das zwischen den Regierungen und dem Volke zustandezubringende deutsche Verfassungswerk erfolgt waren, blieb der Regierung das Recht der freien Zustimmung zu den Beschlüssen der zu solchem Endzweck zusammengetretenen Nationalversammlung selbstverstanden vorbehalten. Die Regierung hat seitdem je-

derzeit ihre Bestrebungen dahin gerichtet, daß eine Vereinbarung zwischen den Regierungen Deutschlands und der Nationalversammlung ermöglicht werde, sie hat aber auch, und zwar in Uebereinstimmung mit den sächsischen Kammern, bei mehrfacher Gelegenheit jenes Recht der Zustimmung gewahrt. Indem nun die Regierung sich berufen sah zu erwägen, in wie weit sie von diesem Rechte gegenüber der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung Gebrauch zu machen habe, konnte sie sich zunächst erheblicher Zweifel darüber nicht enthalten, ob diese Verfassung in allen ihren Theilen geeignet sei, die Einheit Deutschlands auf dauerhafter Grundlage aufzurichten und für das wahre Heil des weitern und engern Vaterlandes beruhigende Bürgschaften zu gewähren. Gleichwohl würde sie, in Berücksichtigung der im eigenen Lande erfolgten vielfachen Kundgebungen zu Gunsten einer raschen Anerkennung der Verfassung, sich allerdings die Frage haben stellen müssen, ob sie nicht diese ihre ernsten Bedenken der Erreichung des Einen großen Zieles, nämlich der thatsächlichen Herstellung der deutschen Einheit unterzuordnen habe, hätte es sich wirklich darum gehandelt, daß die Lösung dieser Aufgabe nicht durch das Zurückhalten ihrer Entschließung verzögert werde. Allein es war und ist diese Bedingung nicht erfüllt. Für die einheitliche Gestaltung Deutschlands haben S. M. der König wiederholt die nöthigen Opfer zu bringen Sich bereit erklärt. So lange aber von Seiten der größten deutschen Staaten die entschiedene Weigerung besteht, die in Frankfurt verkündete Verfassung anzunehmen, so lange insbesondere der ausgedehnteste deutsche Stat, so lange Preußen, ohne welches ein deutsches Reich nicht gedacht werden kann, mit seinem Eintritt in den Bundesstat auf Grund dieser Verfassung zurücksteht, kann bei ruhiger Erwägung der Verhältnisse kaum ernstlich erwartet werden, daß die sächsische Regierung schon jetzt unbedingt auf ihre bisherige Selbstständigkeit verzichte. Die Regierung Preußens hat die Nationalversammlung zu einer Vereinbarung über einige ihr nothwendig scheinende Abänderungen der Verfassung aufgefordert und die Hoffnung ausgesprochen, zu einem Einverständniß mit ihr zu gelangen. Die sächsische Regierung wird aber ihrerseits den Beweis zu liefern wissen, daß sie die thatsächliche Herstellung der deutschen Einheit nicht aufzuhalten bestrebt ist und sobald nur das Anerkenntniß der Reichsverfassung von Seiten Preußens erfolgt ist, in gleicher Weise dazu verschreiten.

Dresden, den 3. Mai 1849.

Gesammtministerium.

Dr. Zschinsky. v. Beust. Rabenhorst.

Vergebens! Schon in den ersten Vormittagsstunden verbreitete sich die Nachricht, um ein Uhr werde für die Bürgerwehr Appell geschlagen und dann werde losgeschlagen, wenn der König nicht nachgäbe. Die gewöhnlichen Marktbuden wurden auf dem Altmarkte nicht aufgestellt und es wurde auf dem Neumarkte verkauft. Niemand wußte, warum? wer es angeordnet hatte? Alles war in fieberhafter Aufregung und ängstlicher Spannung.

Die Verschwörer hatten mit Erfolg die leichtgläubige Menge bearbeitet. Fragte man einen Arbeitsmann, einen kleinen Bürger, was denn eigentlich sei? so erhielt man zur Antwort: Der König habe nun auch sein Wort gebrochen, — er habe versprochen die Reichsverfassung anzunehmen, und nun weigere er sich; die preußischen Truppen ständen schon in Großenhain oder in Görlitz, um auf das Volk zu schießen, — Andere wollten sie schon in der Neustadt gesehen haben. Von der andern Seite sollten Bayern anrücken. Es stände in der Bibel, daß Deutschland eine Republik werden müsse; das habe schon 1815 geschehen sollen, aber die Fürsten hätten es 1819 noch einmal unterdrücken können und den Sand hinrichten lassen. Nun aber sei der Zeitpunct da, und eher werde nicht Ruhe, als bis Republik sei. Solche und ähnliche Reden, deren Quelle leicht zu erkennen ist, waren unter die Menge ausgestreut worden. Alles rannte hin und her oder stand in Gruppen auf den Straßen zusammen und steckte die Köpfe zusammen. Man sah hie und da eilig Communalgardisten vorübergehen, Waffen aller Art da und dort tragen und auf den größeren Straßen zogen schon Vormittags Banden von Gesindel, mit Geschrei und gellendem Pfeifen herum, was an den Tagen vorher auch, aber nur Abends, stattgefunden. Die Kaufläden waren bereits großentheils geschlossen, die Truppen von den Wachtposten ab und zusammengezogen.

Um halb 10 Uhr überreichte eine Deputation von drei Stadträthen und drei Stadtverordneten dem Könige ihre Adresse folgenden Inhaltes:

Majestät!

Die ehrerbietigst Unterzeichneten fühlen sich als die gesetzlich berufenen Vertreter hiesiger Gemeinde gedrungen, in einer Zeit, wo das gemeinsame Vaterland in Gefahr ist, ehrfurchtsvoll dem Throne Ew. Majestät sich zu nahen. Ew. Majestät Regierung hat von Beginn der Erhebung des deutschen Volkes an die bündigsten Versicherungen ausgesprochen, daß es ihr Ernst sei um die Verwirklichung der deutschen Freiheit und Einheit und daß Ew. Majestät bereit sei, die Opfer zu bringen, welcher dieser hohe Zweck erheischt.

Die freudige Anerkennung des Reichsverwesers, mit welcher Sachsen allen andern deutschen Staten vorangegangen ist, und die bereitwillige Ausführung aller Beschlüsse der Centralgewalt und der Nationalversammlung sind hinreichende Beweise dafür. Auch von den dermaligen Räthen der Krone sind bereits die Grundrechte, als ein Theil der deutschen Verfassung, in unserem Vaterlande als Gesetz in der Maaße verkündet worden, wie sie von der Nationalversammlung berathen und beschlossen worden sind. Jetzt aber, wo es gilt, den Schlußstein der bisherigen Thätigkeit dieser Versammlung als einen festen Grundstein für den Bau von Deutschlands Einheit, Freiheit, Wohlfahrt niederzulegen, jetzt, nachdem auch die bisherigen Volksvertreter fast einstimmig sich für die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen

haben, müssen wir mit Schmerz bemerken, daß Sachsen in seiner leidigen Sonderstellung hinter den 29 deutschen Regierungen zurückbleibt, welche bereits die Reichsverfassung unumwunden anerkannt haben; wir beklagen es tief, daß die Krone auch dermalen noch von Männern berathen wird, welche weder die Unabhängigkeit der sächsischen Nation gegenüber den andern deutschen Regierungen zu wahren, noch insbesondere in den deutschen Angelegenheiten im Sinne der großen Mehrzahl des sächsischen Volks zu handeln verstehen. Indem wir ehrfurchtsvoll Unterzeichnete die Rechtsgültigkeit der deutschen Verfassung, wie sie aus der zweiten Lesung der Frankfurter Nationalversammlung hervorgegangen ist, auch für Sachsen anerkennen und jeden Widerstand gegen dieselbe als ein Auflehnen gegen den, durch seine freigewählten Vertreter ausgesprochenen Willen des deutschen Volkes betrachten, bringen wir den dringenden Antrag an Ew. Majestät:

> Höchstdieselben wollen dahin Anordnung treffen lassen, daß diese deutsche Reichsverfassung in den sächsischen Landen unverweilt und unverändert als Gesetz verkündet werde.

Der allenthalben rege und begeisterte Sinn für das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes wird dadurch befriedigt, die Einheit und Freiheit Deutschlands wird dadurch um einen bedeutenden Schritt ihrem Ziele näher gebracht und Ruhe und Glück eines jeden einzelnen Staatsbürgers mittelbar durch die Sicherheit festbegründeten Rechtszustandes gefördert werden.

Unser Gewissen gebietet uns, Ew. Majestät auf die traurigen Folgen und die dringende Gefahr aufmerksam zu machen, in welche eine längere Verweigerung der gerechten Forderungen des Volkes, das ganze Vaterland und auch insbesondere unsere Stadt stürzen würde.

Hoffen wir, daß das Band des Vertrauens, welches bisher Sachsens Fürsten und Volk umschlang, nicht auf alle Zeiten zerrissen werde.

Ehrfurchtsvoll verharren wir

Dresden, den 2. Mai 1849.

Der Rath zu Dresden.
Das Stadtverordneten-Collegium.

Das Dresdener Journal erzählt, S. K. Majestät habe anfänglich mit bewegter Stimme erwidert: Er sei immer und mehr als jeder andere deutsche Fürst zu Opfern bereit gewesen und noch bereit, werde aber nie den Boden des Rechtes verlassen und könne auch die Reichsverfassung nicht als Gesetz anerkennen, so lange nicht die größeren Staten Preußen und Bayern sie angenommen. Auf verschiedene Einwendungen der Abgeordneten bemerkte der König: Die Nationalversammlung sei von keiner deutschen Regierung als eine souveräne anerkannt worden, man habe von Anfang bis jetzt auch in Sachsen den Grundsatz der Vereinbarung zwischen Nationalversammlung und Regierungen aufgestellt und bis jetzt festgehalten; die deutsche Verfassung, wie sie vorliege, werde ein zerstückeltes, uneiniges Deutschland hervorrufen, kein großes, mächtiges; bis jetzt sei noch kein Zwiespalt

zwischen Volk und Regierung in Preußen; daß von Radowitz die preußische Politik leite, thue Nichts zur Sache. Aehnlicher Bescheid war den vorher zugelassenen Deputationen von Zwickau gegeben worden und wurde andern Deputationen (von Freiberg, Leipzig), auch der Deputation der Dresdener Bürgerwehr zu Theil, welche ebenfalls halb 10 Uhr folgende Adresse dem Könige überreichte:

Königliche Majestät!

Bei der hohen Wichtigkeit, welche die in diesem Augenblicke in allen Theilen des deutschen Vaterlandes verhandelte Frage über die endliche lang ersehnte Gestaltung eines mächtigen und freien deutschen Bundesstaates auch für Sachsen gewonnen hat, bei den lauten Besorgnissen, welche über einen gefahrdrohenden Widerstreit der Ansichten über diese Frage hervorgetreten sind, hält es die Dresdner Bürgerwehr für eine heilige Pflicht, Ew. Königl. Majestät gegenüber hierdurch ehrerbietigst aber offen zu erklären, daß die Bürgerwehr die Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit der sofortigen Anerkennung der Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung wegen der deutschen Reichsverfassung theilt und daß sie ihrer Pflicht zu Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung jederzeit eingedenk, doch gegen ihre Mitwirkung zu Maßregeln, welche die Gültigkeit der deutschen Reichsverfassung in Frage stellen sollten, sich feierlichst verwahrt.

Dresden, den 2. Mai 1849.

Der König gab auch dieser Deputation die gleiche Antwort, verwies aber zugleich auf die von der Communalgarde übernommene Pflicht, die allgemeine Sicherheit, die gesetzliche Ordnung, die öffentliche Ruhe aufrecht zu halten. *)

Als diese Antwort dem Ausschuß der Dresdener Communalgarde, in welchem bekanntlich der Commandant der Dresdener Communalgarde (Lenz) den Vorsitz führte, bekannt wurde, verhandelte man lebhaft, was nun geschehen sollte. Mit Mehrheit von einer Stimme wurde beschlossen, durch Appell um 1 Uhr die Bürgerwehr auf den Sammelplätzen zu versammeln, um die Antwort des Königs zu vernehmen und sodann die bereits am Tage vorher beschlossene Parade abzuhalten, um der Reichsverfassung ein Hoch auszubringen.

Dieser Beschluß wurde durch Anschlag sofort bekannt gemacht.

Allein Commandant Lenz, der mit seiner Meinung im Ausschuß in der Minderheit geblieben war, richtete Meldung von dem Vorfallenden an den Generalcommandanten, unter dessen

---

*) Durch das Communalgardengesetz vom 22. November 1848 ist ausdrücklich die fortdauernde Geltung des Mandates vom 29. November 1831 und des Disciplinarregulativs vom 5. Februar 1831 ausgesprochen. In ersterem heißt es in dem dazu gehörigen Regulativ §. 2.: Der Zweck derselben (Communalgarde) ist durch eine ehren-

Oberbefehl sämmtliche Communalgarden im Königreiche stehen, von Mandelsloh, und gab zugleich seine Entlassung ein. *)

Durch Schläge vom Kreuzthurme und Trommelschlag rief wirklich der Appell die Bataillone der Bürgerwehr zusammen. Die großen Straßen, namentlich die Schloßgasse und Wilsdruffer Gasse, der Altmarkt, der Postplatz, der Schloßplatz, der Neumarkt in der Nähe der Klepperställe und des Zeughauses füllten sich immer mehr mit Menschen, die mit banger Erwartung, hoffend und fürchtend, mit verstörten Mienen wilder Leidenschaft oder ängstlicher Besorgniß, oder mit Blicken der Entschlossenheit und der Kampfeslust bei dem nahenden Augenblick der Entscheidung sich durcheinander drängten, und namentlich an den verschiedenen Thoren des königlichen Schlosses sich anhäuften, während die Bürgerwehr auf ihre Sammelplätze eilte.

Noch war der laute Tumult nur an einselnen von einander entfernten Orten. Die Stadt glich einem Bienenstock, der anfängt zu schwärmen. Einzelne Volksredner hatten sich auf Ecksteine und offene Treppen gestellt und beredeten die herumstehenden Haufen, indem sie Schmähungen gegen die Verschwörung der Fürsten und den Wortbruch des Königs schreiend unter die Menge warfen. Namentlich zeichnete sich ein junger hagerer Mensch aus, als Bergstudent gekleidet mit langen rothen Haaren und einem Hut nach des Mörders Strehle Art, der zu den Schmähungen die Aufforderung fügte, das Proletariat zu bewaffnen und das Zeughaus zu stürmen. Es wurde das Gerücht ausgesprengt, der König wolle fliehen.

Um 12 Uhr war folgendes Placat angeschlagen worden:

„Mitbürger! Der König hat mehren Deputationen eine ablehnende Antwort ertheilt und sich namentlich auf Preußen und Baiern berufen. Nach der neuesten preußischen Note steht uns die Besetzung des Landes mit preußischen Truppen bevor. Die Stadtver-

---

volle Vereinigung von Einwohnern aller Stände die öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung zu erhalten, sowie das öffentliche und Privateigenthum zu sichern. Ferner in der Dienstvorschrift zum Regulativ §. 1: Der Zweck der Communalgarde, die Erhaltung der gesetzmäßigen Ordnung und Sicherheit im Vaterlande, muß jedes Mitglied dieses Vereins vorzugsweise verpflichten, den Vorschriften der Landesgesetze und der allgemeinen Sittlichkeit stets genaue Folge zu leisten.

*) Den Befehl über sämmtliche Communalgarden im Königreiche Sachsen führt der von Se. Majestät dem Könige ernannte Obercommandant. Seinen Befehlen haben alle Communalgardenausschüsse und Commandanten Gehorsam zu leisten, sowie, erforderlichen Falls, Meldungen, Vorträge und Anfragen an ihn zu richten. Dienstvorschrift §. 11.

ordneten zu Dresden werden deshalb heute in außerordentlicher Sitzung Nachmittags vier Uhr die Niedersetzung eines Landes-Vertheidigungsausschusses gegen fremde Truppen beantragen.

Dresden, den 3. Mai 1849.

Blöde. Minkwitz. Seidenschnur.

Der Aufruhr sollte diesemnach ganz in dieselbe Bahn geleitet werden, auf welcher er namentlich in Rheinbaiern fast zu gleicher Zeit begonnen und fortgeführt worden ist.

Bei diesen drohenden Anzeichen war das Schloß vollständig von Infanterie besetzt und die Eingänge verschlossen worden; an allen Fenstern blitzten Bajonette. Im Zeughause standen 200 Mann vom Regiment Prinz Albert und 60 Mann Artillerie mit Geschütz. Auf dem Neumarkt war eine Abtheilung Cavallerie aufgestellt. Sechs Geschütze wurden in der neustädter Cavalleriecaserne aufgestellt und eine Abtheilung Artillerie ging mit Hurraruf über die Brücke.

Der Obercommandant v. Mandelsloh hatte die Entlassung des Commandanten Lenz nicht angenommen und dieser den Befehl einstweilen bis zu neuer Besetzung der Stelle behalten; zugleich war vom Obercommandanten die angeordnete Parade der Communalgarde für ungesetzlich erklärt worden. Dieser Befehl des Obercommandanten und die Antwort des Königs wurde den Bataillonen der Bürgerwehr auf ihren einselnen Sammelplätzen mitgetheilt und die Bataillone gingen auf Befehl des Commandanten Lenz auseinander mit Ausnahme von zweien, die er, um dem wachsenden Auflauf zu steuern, beisammen behielt. Die Turnerschar allein rückte auf den Schloßplatz, marschirte jedoch, da sie sich allein sah, auch wieder ab.

Es war kurz nach drei Uhr. Die Altstadt nahm ein immer bedrohlicheres Aussehen an. Man machte an mehreren Orten Anstalt die Straßen zu sperren und die Schloßthore und Klepperställe zu verrammeln. Ein königlicher Stallbedienter mit vier Reitpferden will in das Schloß einreiten, die Menge schreit, der König wolle fliehn, und hindert den Eingang. Die Lust zu Gewaltthätigkeiten schien sich in dem Maße zu steigern, als das Gerücht immer mehr Glauben fand, daß preußische Truppen einrücken sollten. Mehrere ruhige Bürger, welche die Gefahr nicht kannten, glaubten, die Ruhe werde zurückkehren, wenn das Militär sich zurückzöge. Obercommandant v. Mandelsloh begab sich mit mehreren Bürgern zum König, wie man sagte, um zu erklären, daß die Communalgarde für Aufrechthaltung der Ruhe sorgen werde. Inmittels wurden bereits Barrikaden gebaut, und als der Commandant die Bürgerwehr aufforderte, Dies zu hindern und die Menge auseinanderzutreiben, und die Bürgerwehr den Gehorsam verweigerte, legte er nochmals sein Commando nieder. Ebenso dankte der Commandant des ersten Bataillons v. Brandenstein ab.

In einem Bülletin der Dresdner Zeitung Nr. 106. steht unter der Aufschrift: Dresden, 3. Mai, 2 Uhr Nachmittags, folgende bemerkenswerthe Stelle:

„Man fürchtet eine Abreise des Königs und die Eingänge des Schlosses werden daher sorgfältig bewacht. Vom Lande und aus der Provinz hofft und erwartet man bewaffneten Zuzug."

Kurz nach vier Uhr häufte sich die Menge auf dem Neumarkt. Ein großer Haufe, anscheinend Handwerksburschen, an der Spitze vier verwogene Gesellen mit weißen Strohhüten und rothen Hahnfedern, schrieen nach Waffen und versuchten eine Waffenniederlage zu erbrechen. Zugleich wurde ein Angriff aufs Zeughaus gemacht, wobei die Infanterie zum ersten Male feuerte und einige Personen theils tödtete theils verwundete.

Dies war das Zeichen zum offenen Aufruhr. Man schlug Generalmarsch auf dem Kreuzthurme an.

Die Kirchthüren wurden erbrochen und Sturm geläutet, von Neuem die Communalgarde durch Trommelschlag zusammenberufen. Droschken, Kutschen, Wagen und Karren rasselten eilig davon, um nicht zu Barrikaden verwandt zu werden. Alles eilte auf den Kampfplatz oder zu den Seinigen, um sie zu schützen. Wohin man sah, wurde Pflaster aufgerissen, die Trottoirs von Granit ausgehoben und die Bohlen, womit die unter den Straßen laufenden Abzugsschleußen gedeckt sind, weggenommen, um die Bewegungen der Reiterei zu hindern. Auf dem Altan des altstädter Rathhauses wurde die schwarz-roth-goldne Fahne aufgepflanzt, an die Stelle des abgetretenen Commandanten Lenz sodann vorerst der älteste Bataillonscommandant Advocat Heinz zum Commandanten ernannt. Steinwürfe zertrümmerten einige Fenster der königlichen Wohnzimmer. Das litterarische Museum wird von einer Abtheilung Turnerschar besetzt. Eine andere Abtheilung der Turnerschar rückt gegen das Zeughaus vor und besetzt das dem Zeughause gegenüber befindliche klinische Institut, von wo aus ein Theil des Hofes vor dem Zeughaus beherrscht wird. Man stößt mit einem Wagen gegen das eine Thor des Zeughauses, um es zu erbrechen. Das 5. Bataillon der Communalgarde rückte inzwischen ohne Schießbedarf zu haben in der Absicht heran, die tobende Menge von dem Zeughause zu vertreiben, aber gleich der erste Zug wird aus Mißverständniß von den Soldaten mit Flintenschüssen empfangen, und das ganze Bataillon zieht sich eilig ohne Verlust zurück. Inzwischen begann das berannte Zeughausthor zu weichen, in dem Augenblicke aber krachte ein Kartätschenschuß von Innen und streckte mehrere Todte und Schwerverwundete zu Boden. Ein alter Mann, der sofort getödtet war, wurde auf einem zweiräderigen Karren in den Straßen umhergefahren, Männer rannten daneben her, zeigten die Wunde und schrieen Rache, ließen zuletzt den Karren vor dem Georgenthore unter den Fenstern des Königs stehen. Aber auch die Truppen hatten empfindliche Verluste bei diesem abgeschlagenen

Angriffe durch die Schüsse aus den anliegenden Häusern erlitten; es fielen der Lieutnant Krug von Nidda und mehrere von der Mannschaft. Unterdeß wurde der Kampf am Zeughause, aber auch nur da, fortgesetzt. Das ununterbrochene Knattern der Gewehrsalven, das Krachen der Kartätschenschüsse, das Geheul der Sturmglocken, das Wirbeln der Trommeln, das Poltern beim Aufrichten der Barrikaden, das Geschrei der Männer, das Jammern der Frauen machten einen Eindruck, der Schrecken und Verwirrung in allen Kreisen verbreitete.

Während der Zeit hatten sich Stadtrath und Stadtverordnete zu einer außerordentlichen Sitzung versammelt, worin der vorgeschlagene Landesvertheidigungsausschuß abgelehnt, dagegen, was in der Befugniß lag, einen Sicherheitsausschuß zu wählen und eine nochmalige Deputation an den König zu senden, beschlossen wurde.

Die Deputation, durch Vertrauensmänner der Communalgarde verstärkt, begab sich in's Schloß. Die Truppen hatten Weisung, nicht anzugreifen, sondern lediglich die Waffen zu brauchen, wenn sie angegriffen würden. Die Aufrührer, einsehend, daß sie zu schwach seien, da die Bataillone der Communalgarde am Kampfe nicht, sondern nur einzelne Gardisten theilnahmen und die zugelaufenen Leute weder mit Waffen noch Schießbedarf versehen waren, hatten die Angriffe auf's Zeughaus eingestellt und so war von selbst gegen 7 Uhr eine Waffenruhe eingetreten. Alles harrte der Antwort vom König.

Die provisorische Regierung, welche erst am folgenden Tage festlich ausgerufen wurde, war nunmehr schon in Thätigkeit auf dem Altstädter Rathhause. Tzschirner, als der Verwegenste, wurde vorausgestellt und schien vor der Hand die Seele des Aufruhrs. Wie sein großer Meister Robert Blum trat er heraus auf den Balcon des Altstädter Rathhauses, aber der „gesetzliche Boden", mit dem sein Meister 1845 vom Balcon des Leipziger Rathhauses herab einen so großen Applaus davongetragen, war in den Kammern von den Würmern zerfressen worden und Tzschirner befaßte sich nicht mit solchen „Sonderlichkeiten". Er feuert die Menge an, Barrikaden zu bauen. „Heilig ist das Eigenthum!" wird mit Kreide an die Läden geschrieben und in demselben Augenblicke Waffen- und Eisenhandlungen erbrochen und vollständig ausgeräumt; — „heilig ist das Eigenthum!" und die große Modewaarenhandlung des Commandanten Lenz wird erbrochen, Alles fortgetragen, vernichtet, zerstört, die kostbarsten Gegenstände des Hausrathes zur Verrammlung der Straßen verwendet, — „heilig ist das Eigenthum!" und in die Wohnungen wird eingedrungen, die Wände durchgeschlagen, die Bewohner verjagt, Alles zerstört. Herrliche Barrikaden, stockhoch und fest, zum Theil von ehrenwerthen Fremden angelegt! Eins nimmt Wunder, daß man schon jetzt nirgends mehr von der deutschen Reichsverfassung reden

hört. Von der Republik wird gesprochen. Oben auf den Barrikaden weht die schwarz-roth-goldne Fahne, noch öfter die rothe Fahne, und daneben hängt das Bild des Volksheiligen Robert Blum. Die größten Barrikaden standen am Ausgange der Wilsdruffer Gasse auf dem Postplatz bei Engels Wirthschaft und auf der Schloßgasse an der Rosmarin- und Brüdergasse, aber es waren nicht die stärksten. Einige waren mit der größten Kriegskunst erfahrener und geschickter Ingenieurs so gebaut, daß die nahestehenden Thürme und Gebäude, wenn sie vom Freunde besetzt waren, von allen Seiten deckten und die Stellung uneinnehmbar machten. Auch aus vielen Häusern wehte die republikanische rothe Fahne der Franzosen.

Der neue Commandant Heinz schien an diesem Treiben wenig Wohlgefallen zu finden und die Commission — so nannte sich am ersten Tage die provisorische Regierung — setzte daher an seine Stelle den Abgeordneten Heinze und bestellte zu seinem Adjutanten den Rechtscandidaten v. Zychlinski. Commandant Lenz war nebst seinem Adjutanten gefangen genommen und verhaftet worden, rettete sich jedoch in der Nacht mit demselben durch die Flucht.

Heinze war noch in den zwanziger Jahren als sächsischer Lieutenant in griechische Dienste getreten, — Capo d'Istria hatte ihn von der Revolution, — die Regentschaft von Capo d'Istria, König Otto von der Regentschaft ererbt und die Griechen hatten ihn mit den übrigen Deutschen 1843 des Dienstes entlassen. Von seiner kriegerischen Tüchtigkeit wußte man in Griechenland nicht viel zu erzählen. Er war in den Jahren eben so wie im Range vorgerückt. Er hatte sich der griechischen Revolution in die Arme geworfen, er gedachte sich der deutschen in die Arme zu werfen.

Da nach sieben Uhr tritt die sogenannte Commission auf den Balkon des Rathhauses auf dem Altmarkte. Unten steht die Menge in banger Erwartung, der Antwort vom Schloß gewärtig, wenige Communalgardisten, die Turnerwaffenschar, die Künstlerwaffenschar, einige Pikenmänner und Sensenmänner, der große Haufen ohne Waffen. Tzschirner macht den Mitbürgern bekannt, daß der Oberstleutnant Heinze, Mitglied der ersten Kammer und bekannt aus den griechischen Feldzügen, an die Stelle des Commandanten Adv. Heinz getreten ist. Der neue Commandant bittet um Gehorsam und verspricht, Gelegenheit zu geben, das begangene Verbrechen zu sühnen. Einige verstehen darunter das Verbrechen des Commandanten Lenz und rufen Bravo, Andere fühlen sich als Aufrührer betroffen und fangen an zu murren. Tzschirner gab befriedigende Aufklärung und theilte zugleich die Antwort mit, welche die Deputation vom Schlosse zurückbrachte.

Der König, durch die Ereignisse tief erschüttert, hatte die Deputation eine Zeit lang warten lassen, um Fassung zu gewin-

nen, sie empfangen zu können. Sichtlich ergriffen von den Worten des Sprechers der Deputation, zog er sich in ein Seitenzimmer zurück, allein als er wiederkehrte, konnte er doch nicht anders, als auf seiner früheren Antwort beharren.

Es tritt eine erbitterte Stimmung bei der Masse, bei Einigen Muthlosigkeit ein; die Bürgerwehr verschwindet immer mehr. Wo bleiben die versprochenen Zuzüge von außen? wo sind Waffen? wo der Schießbedarf? In diesem Augenblicke fällt ein Schuß beim Balkon. Gleich darauf wird der Drechslermeister Ledderhus, ein Mann, auf dessen Gesicht allerdings keine Hinneigung zum Aufruhr ausgeprägt ist, durch den Arm geschossen. Die Menge schreit, es sei ein Schwarzgelber und er habe nach Tzschirnern geschossen, welcher Nichts davon bemerkt hat. Nun beruhigte Tzschirner die Menge mit dem Versprechen, daß für Waffen und Schießbedarf gesorgt werden solle. Wer dergleichen besitze, müsse selbst kämpfen oder sie hergeben; wer sie nicht gutwillig gäbe, müsse gezwungen werden. Man werde Entschädigung geben. Uebrigens stehe die Revolution gut. Die sächsischen Truppen seien zu schwach, höchstens viertausend Mann, obwol vom Gebirge die Cavallerie Nachmittags eingetroffen sei. Allein die Cavallerie könne in den Straßen Nichts helfen; die Artillerie werde übergehen, sie habe sich schon geweigert zu schießen, und vom Lande würden heute noch befreundete Zuzüge erwartet. Preußische Truppen würden nicht kommen, denn erstens seien die Eisenbahnen zerstört und dann brauche der preußische König seine Truppen selbst. Glaube wirklich außer den blinden Schwarzgelben Jemand im Ernste daran, daß Berlin, Breslau, der Rhein ruhig bleiben würden, wenn der König von Preußen allen Fürsten, die sich gegen die Reichsverfassung auflehnten, seine Truppen zu Gebote stellen wolle? Die preußische Note sei gut gemeint, aber sie komme zu spät.

Es gelang, den bereits gesunkenen Muth wieder aufzufrischen.

Abends verbreitete sich das Gerücht, der König sei bereits von Dresden abgereis't. Die Möglichkeit lag vor; denn die Truppen hatten das Schloß, den ganzen Schloßplatz, die Brücke und die Neustadt inne und beherrschten die auf den Schloßplatz ausmündenden Straßen.

Bei Einbruch der Nacht sah man vom Kreuzthurme Racketen steigen und bald loderten auf den nahe gelegenen Anhöhen nach Pesterwitz, Tharandt und Freiberg zu helle Feuerzeichen empor, die eine ziemliche Weile brannten.

Um zehn Uhr hörte man wieder einselne Schüsse. Die reitende Artillerie von Radeberg rückte in Neustadt ein und zwei Stück besetzten die Brücke auf der Neustädter Seite. Dann war wieder Alles ruhig.

Die Truppen hatten sich an diesem Tage dem Fahneneide und der beschworenen Verfassung allen Verlockungen zum Trotz

treu und brav bewährt. Sie hatten das rechte Elbufer mit der Verbindung nach Berlin, Leipzig und Görlitz ganz und ohne Anfechtung inne; ferner die Elbbrücke, das Zeughaus, den Schloßplatz und den Kern der Altstadt, das königliche Schloß, von wo aus sie durch das Schloßthor (oder Georgenthor) die Schloßgasse beherrschten, ferner alle die weitläufigen, damit zusammenhängenden Gebäude, das Kriegsministerium, das Schloß des Prinzen Johann, welches die Gegend nach dem Zwinger beherrscht, und endlich die Klepperställe, von wo aus der Neumarkt beschossen werden kann. Auch die Vorstadt in der Nähe des Zeughauses, die Ziegelgasse und äußere Rampische Gasse sind immer in der Gewalt der bewaffneten Macht gewesen. Am wichtigsten war das Schloß; es ist der Schlüssel zur ganzen Altstadt.

Dagegen hatten die Aufrührer den übrigen Theil der Altstadt und es waren da die festesten Punkte der Postplatz, der von allen Seiten verbarrikadirt war, und in der Post selbst, dem Thurmhaus, dem danebenstehenden Haus, der Spiegelfabrik, dem Engelschen Haus eben so viel Bastionen hatte, — ferner den Altmarkt, das Gewandhaus und die Kreuzkirche; alle Vorstädte nach Plauen, Dippoldiswalda, Freiberg und Wilsdruff waren in der Gewalt der Aufständischen, inwendig barrikadirt, nach außen zum Zuzug offen; eben so war die Friedrichstadt in ihren Händen. In der Stadt war beim Zeughaus das Cosel'sche Palais und die klinische Anstalt von ihnen besetzt, von wo der Zeughof von ihnen beschossen werden konnte.

Folgender Auszug aus einem Bülletin vom 3. Mai der Dresdner Zeitung wird ihre Lage am beßten zeichnen. Es heißt da:

„Während der Nacht. Völliger Mangel an Organisation; die Proletarier erhalten nun Sensen und Piken, Bons auf Lebensmittel (von Tzschirnern) werden ausgetheilt für die äußerst schwache Barrikadenmannschaft, da ein großer Theil Bürgerwehr nach und nach heimgeht. Da erschallt freudiger Jubelruf auf dem Markte, die Tharander Bürgerwehr, etwa 200 Mann stark, rückt auf den Platz — aber die Freude ist kurz. Sie wollen sich zugleich der Stadt und der Regierung zur Disposition stellen, und da dies unmöglich ist, zieht der Zuzug wieder ab. Auch von Wilsdruff kommen einzelne Wehrmänner bewaffnet, eben so aus dem Plauenschen Grunde. Weitere bedeutende Verstärkungen durch die ländliche Bürgerwehr von Potschappel und Umgegend, von Lockwitz, Loschwitz stehen in sicherer Aussicht, einzelne Boten verlangen den schriftlichen Befehl von der städtischen Behörde. Fortwährend fallen in der Nacht einzelne Schüsse vom Militair auf die Barrikaden oder von diesen nach den in den Statsgebäuden postirten Soldaten."

Die städtischen Behörden waren schon Nachmittags aus dem eigentlichen Rathhaus verdrängt und in das dazu gehörige Nebengebäude verwiesen worden, wo sie in kleinen Ge-

mächern Tag und Nacht gewissermaßen gefangen gehalten und gezwungen wurden, die Befehle der provisorischen Regierung zu vollziehen. Die Rathszimmer wurden von der provisorischen Regierung und ihren Freunden aus allen Weltgegenden und namentlich von dem Russen Bakunin in Beschlag genommen, der ganz die Rolle eines geheimen Obern spielte.

VII.

Früh um drei Uhr (Freitags den 4. Mai) stiegen wieder Racketen vom Kreuzthurm und sogleich wurde wieder Sturm geläutet, weil man einen Angriff von Seiten der Truppen fürchtete. Man wechselte einige Schüsse und setzte die Waffenruhe fort, als von keiner Seite angegriffen wurde.

Nach vier Uhr begab sich der König mit der Königin zu Fuß, begleitet von den Ministern Zschinsky, Rabenhorst und v. Beust, über die Brücke nach Neustadt bis in die Gegend von Cosels Garten, wo ein stark mit Militair besetztes Dampfschiff das königliche Paar mit den Ministern aufnahm und nach der Festung Königstein brachte. Die übrigen Mitglieder des königlichen Hauses, welche bereits den Tag vorher nach Weesenstein abgereist waren, trafen später ebenfalls auf dem Königstein ein.

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der ganzen Stadt und war um sechs Uhr schon in den Vorstädten bekannt. Das Bülletin der Dresdner Zeitung schreibt:

„4. Mai, Morgens 7 Uhr. Der König ist fort, wahrscheinlich nach der Festung Königstein; wenigstens fuhr heute sehr früh ein Dampfschiff stromaufwärts, das stark mit Militair besetzt war.“

Die Aufrührer mußten sehr schnell davon Kenntniß erhalten haben, denn die provisorische Regierung baute auf den Umstand, daß man auf der sächsisch-böhmischen Bahn schneller nach Pirna kommen kann, als auf dem Dampfschiffe, den Plan, das königliche Haus in Pirna gefangen zu nehmen, und wie die Verschworenen von Anfang an die Gewohnheit gehabt haben, was sie auszuführen vorhatten, als bereits geschehen in Umlauf zu setzen; so hörte man bereits in den ersten Vormittagsstunden, der König sei in Pirna gefangen genommen worden. Gewiß ist, daß von Verschwornen in Pirna der Versuch gemacht worden ist, das Dampfschiff mit dem königl. Hause anzuhalten.

An demselben Morgen erschien ein von Blöde und Tzschirner unterzeichnetes Plakat, worin die in Dresden gebliebenen Abgeordneten zu einer Berathung über die Lage des Vaterlandes auf dem Rathhause aufgefordert wurden.

Der Reichscommissar und Weimarsche Statsminister von Watzdorf erklärt nach dem Vorgefallenen seine Sendung für beendigt und verläßt die Stadt.

Nachdem die Aufrührer die traurige Erfahrung gemacht hatten, „daß der größere Theil der Communalgarde trotz alles Generalmarschschlagens und Stürmens nicht mehr aus den Häusern zu bringen war", wie die Dresdner Zeitung sagt, verließ man sich nur noch auf die Bewaffnung der ärmeren Volksklassen, auf fremden Zuzug, auf das Uebergehen der Truppen und auf die öffentliche Einsetzung einer provisorischen Regierung. In dem Bülletin der Dresdener Zeitung (Nr. 107) heißt es:

„4. Mai. Gegen 10 Uhr Morgens. 3000 Sensen sind herbeigeschafft, die Proletarier bewaffnen sich damit. Das Bürgerschießhaus ist vom Volke überfallen worden, die darin befindlichen Böller, Büchsen und Munitionsvorräthe werden vertheilt. Endlich verläßt man den abgeschmackten gesetzlichen Boden und erkennt den revolutionären als den allein gesetzlichen an. — — Desgleichen fürchten die Führer der Truppen Zuzug aus Leipzig und überhaupt einen Angriff von der Neustädter Seite. — Allem Anscheine nach gehen wir nach den Worten Heinze's: „„Eine Regierung bestehe nicht, man werde sie in allen Winkeln suchen und wenn man sie nicht finde, darin sitzen lassen, aber jedenfalls auf den Barrikaden bleiben"", einer provisorischen Regierung entgegen."

An die Ecken, zu welchen hin die Soldaten sehen konnten, wurden Papierstreifen geklebt, worauf in großen Buchstaben zu lesen stand: Seid Ihr mit uns gegen fremde Truppen?

In der That begab sich Commandant Heinze in Begleitung zweier Stadträthe und eines Stadtverordneten mit einem Trompeter nach dem Schlosse, angeblich um die Regierung zu suchen, von da nach der Neustadt in die Kreisdirection, und als die Regierung auch da nicht zu finden war, verfügte er sich in die neustädter Hauptwache (das sogenannte Blockhaus), das Hauptquartier der Truppen mit der Erklärung: Da eine Regierung nicht da sei, so wolle man mit dem Stadtcommandanten Generalmajor v. Schulz parlamentiren. Dieser ging nach einigem Zögern darauf ein, und es wurde, um eine Vermittelung anzubahnen, ein Waffenstillstand bis 4 Uhr Nachmittags abgeschlossen, nach welchem der Schloßplatz bis zum Georgenthor und die Verbindung mit dem Zeughause für neutral erklärt wurde, sonst aber beide Theile im Besitz ihrer Stellung blieben. Während der Zeit wurden die Geschütze in die Neustadt zurückgefahren und ein Theil der Mannschaften marschirte in die Kaserne ab. Der abgetretene Minister v. Ehrenstein kam als Parlamentär auf's Rathhaus der Altstadt. Viele Bürger gaben sich der Hoffnung hin, der Streit werde sich noch auf friedlichem Wege ausgleichen.

Von beiden Seiten wurden jedoch während der Zeit neue Streitkräfte herbeigezogen. Der Zwingerwall war früh schwach mit Communalgarde besetzt worden, um die benachbarten Sammlungen zu schützen, — von außen kamen Zuzüge an, die auf dem linken Elbufer durch den Löbdauer, Freiberger und Plauen'schen

Schlag einzogen. Auf dem hohen Schieferdache des Hospitals am Freiberger Schlage standen während der ganzen Kampftage zwei bis drei Männer, welche schon in der Ferne die Zuzüge nach der Stadt hinein signalisirten, wo sie dann mit tausendfachem Lebehoch bewillkommnet wurden. Eine Freischar von 200 Mann langte bereits am Freitag aus Leipzig an. Wie aus der Erde gewachsen sah man eine ziemliche Menge fremder Democraten und Roth-Republikaner aus Berlin und Anhalt, aber auch Polen, welche den Waffenstillstand zur Vervollkommnung der Barrikaden benutzen halfen, so daß wahre Meisterwerke dieser Art zu Stande kamen. Aber auch die Truppen erhielten Verstärkung, indem Mittags anderthalb Bataillone Schützen aus Leipzig ankamen.

Mittags 12 Uhr fand auch die ausgeschriebene Versammlung der in Dresden anwesenden Abgeordneten statt und es wurde der städtische Sicherheitsausschuß zugezogen. Die Dresdner Zeitung sagt darüber: „So eben ein Viertel auf 2 Uhr wird die durch den Sicherheitsausschuß und die anwesenden Volksvertreter erfolgte Wahl der provisorischen Regierung bekannt, es sind die Abgg. Tzschirner, Heubner, Todt.“

Allgemeines Glockengeläute machte diese Ernennung der Stadt bekannt. Die Aufrührer jubelten: Nun sei der König abgesetzt und die Republik fertig! Zugleich erschienen folgende Kundmachungen:

Mitbürger!

Der König und die Minister sind entflohen. Das Land ist ohne Regierung, sich selbst überlassen worden. Die Reichsverfassung ist verleugnet.

Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist nothwendig geworden, eine provisorische Regierung zu bilden. Der Sicherheitsausschuß zu Dresden und die Abgeordneten des Volks haben nun unterzeichnete Mitbürger zur provisorischen Regierung ernannt.

Die Stadt Dresden ist dem Vaterlande mit dem rühmlichsten Beispiele vorangegangen und hat geschworen mit der Reichsverfassung zu leben und zu sterben.

Wir stellen Sachsen unter den Schutz der Regierungen Deutschlands, welche die Reichsverfassung anerkannt haben.

Zuzug von allen Ortschaften des Vaterlandes ist angeordnet und wird hiermit angeordnet.

Wir fordern den strengsten Gehorsam für die Befehle der provisorischen Regierung und des Obercommandanten Oberstleutnant Heinze!

Wir werden Parlamentäre an die Truppen senden und sie auffordern, den Befehlen der provisorischen Regierung gleichfalls Gehorsam zu leisten. Auch sie bindet keine andere Pflicht, als die für die bestehende Regierung, für die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes!

Mitbürger, die große Stunde der Entscheidung ist gekommen! Jetzt oder nie! Freiheit oder Sklaverei! Wählt!

Wir stehen zu Euch, steht Ihr zu uns!

Dresden, den 4. Mai 1849.

Die provisorische Regierung.

Tzschirner. Heubner. Todt.

Soldaten!

Brüder! Die provisorische Regierung, welche nach der Flucht des Königs und der Minister in der Stadt Dresden niedergesetzt worden ist, ruft Euch zu, das Land gemeinschaftlich mit ihr zu schützen, dem Volke die Bruderhand zu reichen, und Euch zur Verfügung der Landes- und Reichsverfassung zu stellen. Folgt dem Beispiele anderer braver Soldaten, vergeßt nicht, daß ihr vereidete Staatsbürger seid, und daß Ihr für Aufrechthaltung der Rechte und Freiheiten des Volkes zu wachen habt. Ihr seid erwählt, dem Volke zu zeigen, daß Ihr mit ihm geht, nicht gegen dasselbe seid.

Soldaten! Auf denn, haltet zu uns, die provisorische Regierung hat die Pflicht, in der jetzigen Zeit die Gefahr des Vaterlandes abzuwenden, und braucht Eure Kräfte.

Dresden, den 4. Mai.

Die provisorische Regierung.

Tzschirner. Heubner. Todt.

Gegen halb 2 Uhr begab sich Heinze, der Commandant der Aufrührer, mit diesem Aufrufe an die Soldaten in Begleitung eines Tambours und eines Communalgardisten, der auf dem Bajonette einen weißen Vorhang als Parlamentsfahne aufgesteckt hatte, in's Hauptquartier der Truppen, beauftragt, wie er sagte, die Truppen zur Anerkennung der provisorischen Regierung aufzufordern, und ging sodann unverrichteter Dinge wieder in die Altstadt zurück.

Fast um dieselbe Zeit erschien ein Hauptmann von den im Zeughaus liegenden Truppen mit einem Trompeter auf dem Rathhause, welcher erklärte, daß sie die gestrigen Vorfälle bedauerten und eine Vereinigung abschloß, wonach die Communalgarde zum Schutz des öffentlichen Eigenthums die äußeren Theile des Zeughauses besetzte, die innern Theile dagegen mit sämmtlichen Vorräthen in den Händen der Truppen blieben. Tzschirner verkündete vom Balkon des Rathhauses: Die Truppen im Zeughause seien übergegangen und die andern würden bald nachfolgen. Zugleich erschien folgende Kundmachung:

Sachsen!

Das brave sächsische Militair hat dem Gebote der Pflicht gegen die heiligen Interessen des Vaterlandes Genüge geleistet. Das Zeughaus ist von Militair und Bürgerwehr gemeinschaftlich als Nationaleigenthum besetzt. Deutschland ist dem sächsischen Militair zum Danke verpflichtet.

Sachsen! steht auf wie ein Mann! Das Volk, das ganze Volk ist eins! Es gilt nur dem äußern Feinde entgegen zu treten. An Euch ist es, Deutschland einig, frei zu machen. Das Vaterland, die provisorische Regierung rechnet auf Euch!

Dresden, den 4. Mai 1849.

Die provisorische Regierung von Sachsen.

Tzschirner. Heubner. Todt.

Diese Auffassung war irrig; indeß sandte die provisorische Regierung den Truppen erwünschte Lebensmittel in's Zeughaus.

Schon um drei Uhr wurde von Seiten der Aufrührer wieder geschossen und um vier Uhr nahmen die Truppen wieder ihre vorige Stellung ein. Die Schützen besetzten die Brühl'sche Terrasse, stiegen von da in's Zeughaus hinab und verdrängten die Communalgarde wieder daraus. Indeß begnügte sich das Militär mit der Terrasse, dem Zeughause, dem Schlosse und dem Schloßplatze, ohne anzugreifen; ein eigentlicher Kampf fand nicht statt.

Gegen Abend waren die Minister Rabenhorst und v. Beust nach Dresden zurückgekehrt, D. Zschinsky aber beim König geblieben.

Abends gegen 10 Uhr kam das Leibinfanterieregiment auf der Eisenbahn an und wurde von einer Deputation der neustädter Communalgarde begrüßt. Auch in der Nacht wurde nicht gekämpft.

Hatten schon am 3. und 4. viele fremde Familien die Stadt verlassen, so geschah dies nun noch mehr am 5. Sonnabends. Dagegen bewegten sich schon am 5. in aller Frühe die Bataillons der Truppen mit dreimaligem Lebehoch auf den König über die Brücke, um ihre Stellungen zum Angriff einzunehmen. Die Aufrührer läuteten deshalb schon um 7 Uhr früh Sturm, allein dies hatte so wenig Wirkung auf die Communalgarde, daß folgendes Placat erschien:

Aufforderung.

Der gerechte Unwille des Volkes und der gutwilligen Bürgerwehr über die Theilnahmlosigkeit und Pflichtvergessenheit des größten Theiles der hiesigen Communalgarde wächst von Stunde zu Stunde. Alle Communalgardisten werden daher auf das Ernstlichste aufgefordert sich sofort auf ihre Sammelplätze zu verfügen. Ein jeder Communalgardist, welcher binnen einer Stunde nicht auf dem Sammelplatze seines Bataillons erscheint, wird durch die gesetzlichen Zwangsmaßregeln mit entschiedner Strenge dazu angehalten werden.

Das Wohl des Vaterlandes, die Ehre der Stadt stehen auf dem Spiele. Mitbürger! Erfüllt Eure Bürgerpflichten aus Liebe zum Vaterlande freiwillig. Bewahret Eure eigne Ehre, bewahret die Ehre der

Stadt vor dem Schimpfe, daß Dresdens Bürger mit Zwang unter die Waffen getrieben werden mußten.

Dresden, den 5. Mai 1849.

Die provisorische Regierung von Sachsen.
Tzschirner. Heubner. Todt.

Das Commando über sämmtliche in und um Dresden versammelten Truppen wurde Vormittags 10 Uhr dem Generalleutnant von Schirnding übertragen.

Ehe jedoch die Truppen zum Angriff schritten, sollte nach dem Willen des Königs nochmals der Weg der Güte versucht werden. In einer öffentlichen Kundmachung sprachen die Minister Rabenhorst und v. Beust nochmals die Hoffnung aus: daß das sächsische Volk dem Rufe des Gesetzes, den Pflichten der Treue und den Mahnungen der Besonnenheit folgen werde, und ließen zugleich folgende Proclamation des Königs gegen Mittag vertheilen und verbreiten:

Die meinem Herzen wahrhaft schmerzlichen Ereignisse des gestrigen und heutigen Tages, welche zuletzt in gewaltsame Angriffe auf das Zeughaus und selbst auf mein Schloß ausarteten, während ein großer Theil der Communalgarde seiner Pflicht, für Erhaltung und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken, nicht nachkam, nöthigen mich, Dresden einstweilen zu verlassen und mich auf die Festung Königstein zu begeben. —

Wenn ich den von vielen Seiten an mich gestellten Anträgen, die von der Nationalversammlung zu Frankfurt verkündete deutsche Reichsverfassung sofort anzuerkennen, zu willfahren Bedenken trug, so bin ich dabei nur der innersten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer einstweiligen Beanstandung dieser Maßregel gefolgt, und habe dabei nur das wahre Wohl des gemeinsamen Vaterlandes im Auge gehabt, sowie ich auch durch diesen meinen Entschluß die Grenzen des mir unzweifelhaft zustehenden Rechts auf keine Weise überschritten habe.

Ich hoffe von dem früher so oft bewährten Sinne meiner geliebten Sachsen für Recht und Gesetzlichkeit, daß es weitern ernsten Einschreitens nicht bedürfen soll, und daß ich deshalb auch in kürzester Zeit in meine theure Residenzstadt wieder zurückzukehren im Stande sein werde.

Uebrigens ist Fürsorge getroffen worden, daß durch meine Abwesenheit von hier, die Regierungsgeschäfte nicht unterbrochen werden.

Dresden, den 4. Mai 1849.

Friedrich August. Dr. Ferdinand Zschinsky.

Da aber diese Mahnung nicht berücksichtigt wurde, so folgte nunmehr von Seiten der Truppen der Angriff um zwei Uhr Nachmittags und erst von da an begann der eigentliche Kampf.

Die Truppen ließen sich auf einen Straßenkampf um Barrikaden nicht ein. Alles ist vergänglich, auch die Barrikade; Cavaignac hat sie der Geschichte überliefert. Der Kriegsplan war vielmehr dieser: von dem Mittelpunkt (dem Schloß und den

dazu gehörigen Gebäuden) aus mit dem rechten Flügel den Zwinger, die Ostraallee und von da aus den Postplatz zu nehmen und mit dem linken Flügel von der Terrasse und dem Zeughause aus auf den Neumarkt durch die pirnaische Gasse und Moritzstraße bis zum Gewandhause und endlich zu der Kreuzkirche vorzudringen, um auf diese Weise die Aufrührer auf dem Altmarkte und in dem Rathhause einzuschließen. Die Truppen vertheidigten daher nur in der Mitte das Schloß und griffen auf beiden Flügeln an, während die Aufrührer im Gegentheil die ganze Kraft ihres Angriffs nur gegen das Schloß richteten und gegen die Angriffe auf beiden Flügeln sich auf die Vertheidigung beschränkten. Außerdem verfuhr das Militär mit möglichster Schonung, da die schweren und zerstörenden Geschütze fast gar nicht, sondern meistens Kartätschen und Sechspfünder angewendet worden sind.

Es ist von beiden Seiten außerordentlich tapfer gefochten worden und es haben am ersten Tage nur Sachsen einander gegenübergestanden, denn die Fremden, welche auf Seiten der Aufrührer fochten, waren an Zahl verhältnißmäßig zu gering, auch waren es hauptsächlich die Turner, die sich durch Tapferkeit auszeichneten. Indeß hat der Kampf doch viel mörderischer, namentlich vor der Stadt, geklungen, als er wirklich gewesen ist. Die meisten Opfer sind erst am letzten Tage gefallen. Die Aufrührer hatten die Mauern in den Häusern durchbrochen, um den Rückzug zu decken und fortwährend vor dem Schuß sichere Verbindung mit dem Rathhause unterhalten zu können. Ebenso drangen die Soldaten in den Häusern vor. Auch sonst suchten beide Theile gedeckte Stellungen einzunehmen.

Während des Kampfes bekamen die Aufrührer sehr bedeutenden Zuzug von Chemnitz und aus dem Plauen'schen Grunde. Es waren die Arbeiter einer chemnitzer Maschinenfabrik und ein mehrere Hundert starkes Corps Bergleute aus den Kohlenwerken des Herrn v. Burgk, welcher gezwungen worden war, fünf Stück Vierpfünder, die er besaß, den Zuzügern mitzugeben. In Ermangelung von Kugeln luden diese Leute Stücke von Eisenstangen und schossen damit so gut von dem Thurmhause aus, daß die Truppen den Zwingerwall, den sie den Communalgardisten abgenommen hatten, eine Zeit lang wieder räumen mußten, bis das Feuer aus dem Thurmhause zum Schweigen gebracht wurde.

So dauerte der Kampf unter fortwährendem Sturmgeläute, Kanonendonner und Rottengeprassel bis zur Nacht. Abends erschien eine Deputation von dem Stadtrath und den Stadtverordneten mit der Bitte das Feuer einzustellen, beim Ministerium, welches der Deputation folgende Bedingungen stellte: 1) Gestellung der Anstifter des Aufruhrs und insbesondere der Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung, 2) Ablieferung der Waffen, 3) Wegräumung der Barrikaden, 4) Wiederherstellung der Stra-

ßen, 5) Schadenersatz durch die Stadt. Das Feuern sollte erst am folgenden Nachmittag 2 Uhr wiederbeginnen, wenn bis dahin eine endgiltige Vereinbarung nicht getroffen wäre. Die Regierung erhielt keine Antwort, vielmehr wurden die Truppen, wenige Stunden darauf, wieder angegriffen.

Gegen 7 Uhr Abends kam endlich das Füselierbataillon des preußischen Garderegimentes Alexander in der Neustadt an, mit Jubel aufgenommen und in der Neustadt einquartirt.

Sofort erschien folgender Aufruf:

An unsere Mitbürger!

Der König von Sachsen hat Preußisches Militair herbeikommen lassen, um seinen Eigenwillen dem Willen des Volks gegenüber durchzusetzen. Das Sächsische Volk, welches seine besten Söhne auf die Barrikaden gesandt hat, um für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu kämpfen und Sachsen insbesondere vor den unwürdigen Fesseln eines verrätherischen Sonderbündnisses zu bewahren, wird diese Kunde mit einem Schrei der Entrüstung aufnehmen. Es ist heute mit seltenem Muthe gekämpft worden. Gegen die von außen herbeigeführten Streitkräfte wird der Kampf mit verdoppeltem Muthe fortgesetzt werden. Dank Euch, Ihr Helden der Freiheit! Der Tod für die Freiheit ist schön und der Sieg ist Euer im Leben und Sterben.

Kämpft fort wie Ihr gekämpft habt. Du aber, Sächsisches Volk, stehe wie bisher fest zur Sache die wir führen. Wir wollen die Reichsverfassung und durch die Reichsverfassung die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, das Heil Sachsens, und für das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode.

Dresden, den 5. Mai 1849 Abends 8 Uhr.

Die provisorische Regierung.

Tzschirner. Todt. Heubner.

Das Feuer schwieg, aber die Bewohner der Altstadt wurden durch den Anblick von Leuten in Unruhe versetzt, die fortwährend ganze Massen von Pechfackeln trugen, um das Schloß anzuzünden. Man versuchte zuerst auf den Befehl der prov. Reg. in der kleinen Brüdergasse durchzubrechen und Fackeln in das Palais des Prinzen Johann zu werfen, allein der Hausbesitzer widersetzte sich, es ist aber später sein eigenes Haus in Brand gesteckt worden. Es wurden ferner Bergleute angestellt, welche Tag und Nacht an einem Stollen nach dem Schlosse zu arbeiten mußten, um das Schloß in die Luft zu sprengen. Dieser Plan ist auch nicht sogleich aufgegeben worden, da das Schloß, als Kampfstellung, um jeden Preis genommen werden sollte. Allein die Bergleute stießen zuletzt auf das unübersteigliche Hinderniß, daß die Pionierer im Schlosse die in die Elbe mündende Hauptschleuße gedämmt und so den Stollen ersäuft hatten. Man hat einen Bericht der Bergleute an die prov. Regierung gefunden, worin die Bergleute melden, der eingetriebene Stollen sei verschroten.

Außerdem spritzte man das Schloß mit Terpentinöl an, um es von einer andern Seite in Brand zu stecken.

An demselben Tage hatten die Aufrührer die Pulvermühle bei der Weiseritz überfallen und darin 20 Centner Pulver und etliche Artilleristen gefunden; sie brachten Beides in's altst. Rathhaus.

Alles dies hatte ihren Muth außerordentlich gesteigert und man beschloß am folgenden Tage Sonntags den 6. Mai den Hauptschlag auszuführen. Zugleich war das Gerücht ausgesprengt worden, daß der englische und französische Gesandte gegen die preußische Hilfe Einsprache erhoben hätten, ja daß Frankreich bereits Krieg gegen Preußen erklärt hätte.

Schon um vier Uhr früh begann der Angriff auf die Truppen unter dem Heulen der Sturmglocken, aber vom Zwingerwalle donnerten die Sechspfünder gegen das Thurmhaus, in welchem die Scharfschützen der Empörer sich festgesetzt hatten. Plötzlich gegen sieben Uhr erhoben sich in der Nähe des Schlosses schwarze Dampfwolken und bald steigen thurmhohe Feuersäulen empor. Es ist das alte Opernhaus. Allein der Himmel machte einen Strich durch die Rechnung; statt daß der Wind die Flammen nach dem mit Oel bespritzten Schlosse trieb, wandte er sich nach der entgegengesetzten Seite; nur ein Theil des Zwingers brannte mit ab, aber im Theater die unersetzliche Garderobe des Hoftheaters, viele Decorationen, zusammen im Werthe von 70 — 80,000 Thlr., im Zwinger Sammlungen, unter anderen eine Naturaliensammlung vom Hofrath Reichenbach, die er in seiner eigenen Wohnung nicht für sicher gehalten. Bei diesem Anblick ruhte der Kampf eine kurze Zeit, wurde aber bald lebhafter fortgesetzt. Hier fochten schon die Preußen mit. Das Thurmhaus wurde auf der einen Seite zerlöchert und mußte von den Aufrührern verlassen werden. Auf dem linken Flügel nahmen die Truppen den Neumarkt und Abends vom pirnaischen Thore her noch die beiden Amthäuser und das Landhaus, worin noch viele Tage nachher vertrocknete Blutlachen von zwei gefallenen fremden Communalgardisten zu sehen waren.

Waren die Empörer auf beiden Flügeln geschlagen worden, so waren sie auch im Centrum mit ihren Angriffen nicht glücklicher gewesen, obwol sie auch noch das bereits oben erwähnte Haus auf der kleinen Brüdergasse in der Nähe des Schlosses angezündet hatten. Jedoch wurde Nachmittags General Homilius durch einen Prellschuß aus einer Burgker Kanone tödtlich verwundet und starb daran, Oberstlieutenant v. Kirchbach erhielt dabei nur eine leichte Quetschung. Im Laufe des Tages war folgende Bekanntmachung erschienen.

Die Regierung des Königs besteht. Lasset Euch Sachsen! nicht irre leiten durch die, welche nach Art. 81 u. f. des Criminalgesetzbuches sich eines Hochverrathes schuldig machten.

Nochmals ermahnt Euch die Regierung seiner Majestät des Königs. Lasset ab von Euerem ungesetzlichen Beginnen! Kehret zurück zu Euerer Pflicht. Es handelt sich jetzt um Abwendung des fürchterlichsten Unglückes. Bedenkt Euer und Euerer Kinder Wohl! Bedenkt die Ehre des Vaterlandes.

Fest entschlossen ist des Königs Regierung, sich gegen das Beginnen der ihm feindlichen Kräfte zu behaupten, und alle Mittel anzuwenden, die Gesetz und Umstände erheischen zur Sicherung des Thrones, der Personen und des Eigenthumes.

Dresden, den 6. Mai 1849.

Gesammt-Ministerium.

v. Beust. Rabenhorst.

Am Sonntage hatte sich die Gestalt des Aufruhrs wesentlich geändert. Die Communalgarde hatte sich gänzlich zurückgezogen und außer gutgekleideten Fremden, die mitkämpften, war eine große Menge verdächtiges Gesindel herbeigekommen, dem man Alles zutrauen konnte. Pikenmänner zogen herum und sollten die Communalgardisten aus den Wohnungen zu den Barrikaden schleppen. So anständig sich die Turner und ihres Gleichen gegen Gleichgesinnte immer, und gegen Mißliebige mit Ausnahmen benommen haben, so wahr ist es, daß Plünderungen und Erpressungen vorgekommen sind an Orten, wo Niemand als Aufrührer hinkamen. Eine Menge Zuzüger zogen durch die Mord- und Brandscenen erschreckt wieder ab. Wie mißlich die Sachen standen, ging auch aus den Zügen von Flüchtenden hervor, die nicht abrissen. Nachmittags zeigte sich auch schon leichte Reiterei vor dem Löbdauer, Freiberger und Falkenschlage, um den Zuzug abzuschneiden.

Montags den 7. früh raunten sich die Leute ins Ohr, es stehe sehr schlecht in der Stadt und mit der prov. Regierung. Der Commandant Heinze sei in der Nacht gefangen worden und Todt geflohen. Todt hatte sich als Gesandter nach Frankfurt schicken lassen, um Reichstruppen zur Hilfe herbeizuholen und wenn man den Aufständischen glaubte, so waren die Hilfstruppen schon an der Gränze. Heinze war am hellen Morgen auf einer Straße, die Abends die Truppen besetzt hatten, gegangen. Von dem Augenblicke herrschte der Russe Bakunin auf dem Rathhause, dem Tzschirner und Heubner noch zu mild waren. Er stellte den Barrikadenkommandanten Erlaubnißscheine aus, jedes Haus niederzubrennen, wenn man die Soldaten nicht anders daraus vertreiben könne. Im Rathhause, wo eine Masse Pulver lag und Patronen gemacht wurden, ließ er Pech sieden, um Pechkränze und Pechfackeln zu machen und nur den ernstesten Vorstellungen gelang es, daß diese Fabrik in ein benachbartes Haus verlegt wurde.

Das Feuern begann mit der größten Lebhaftigkeit schon nach vier Uhr. Es wurde von Preußen und Sachsen gemeinschaftlich

mit der größten Tapferkeit und Hingebung gekämpft. An diesem Vormittag 10 Uhr traf ein zweites preuß. Gardebataillon ein. Hotel de Saxe und Stadt Rom, das Gewandhaus, die pirnaische Gasse, ein Theil der Moritzstraße auf dem linken Flügel und auf dem rechten die Ostra-Allee, das Thurmhaus, die Spiegelfabrik und die Sophienkirche wurden theils erstürmt, theils besetzt. Preußen und Sachsen fochten stets zusammen. Auf dem rechten Flügel hatten schon am Morgen gegen das Thurmhaus, die benachbarte Barrikade und die Spiegelfabrik vier Geschütze gearbeitet, darunter zwei Zwölfpfünder, die einzigen welche überhaupt während des ganzen Kampfes gebraucht worden sind.

Es erschien folgende Ansprache:

Von Sr. Majestät dem Könige in diesem Augenblicke an die Spitze des Ministerii des Innern berufen, halte ich es für meine heilige Pflicht, allen Behörden und dem gesammten sächsischen Volke gegenüber die Gründe öffentlich auszusprechen, die mich veranlaßt haben, diesem Rufe mich nicht zu entziehen.

Sachsen! der Kampf, der in diesem Augenblicke in den Straßen der Hauptstadt wüthet, ist ein Kampf der Monarchie mit der Republik, der Freiheit und Ordnung mit der Anarchie!

Laßt Euch nicht täuschen, Mitbürger, dadurch, daß die Empörer unter der Fahne der Reichsverfassung kämpfen. Dieselben Männer, die bis vor Kurzem Alles thaten, um das Zustandekommen der Verfassung zu verhindern, dieselben Männer, die bis vor Kurzem einen integrirenden Theil dieser Verfassung, das erbliche Kaiserthum, nicht nur bekämpft, nein! mit allen Waffen des Spottes und des Hohnes herabgezogen, dieselben Männer sollten heute das Panier der blutigsten Empörung für diese Verfassung, für dieses Kaiserthum erheben? Das kann keine Wahrheit sein!

Ich weiß wohl, daß die große Mehrheit von Euch begeistert ist für die Idee der Einheit unseres großen Vaterlandes, ich weiß wohl, daß Euere Herzen warm schlagen für deutsche Ehre, Freiheit und Größe!

Aber Ihr wollt diese Güter in Wahrheit, und Ihr wißt, daß sie nicht erobert werden im Kampfe der wildesten Leidenschaft, Ihr wißt, daß sie nur von Bestand sein können, wenn sie erlangt werden durch das freie Einverständniß der deutschen Fürsten und Völker.

Se. Majestät der König theilt Eure Liebe für unser großes Vaterland, Eure Hingebung für deutsche Ehre, Größe und Freiheit. Wenn der König in Seinem Gewissen Sich für verpflichtet erachtet hat, der Reichsverfassung, wie sie nun als Ganzes vorliegt, für jetzt noch Seine Genehmigung zu verweigern, so hat Er einen Schritt gethan, zu welchem Er nach der bestehenden sächsischen Verfassung und den wiederholt gefaßten Beschlüssen der Volksvertretung, die mit der Regierung darüber einig war, daß die Reichsverfassung nur im Wege der freien Vereinbarung ins Leben treten könne, unzweifelhaft berechtigt war. Er konnte, nachdem Preußen die Verfassung, wie sie aus den Berathungen der Nationalversammlung hervorgegangen war, nicht anerkannt hatte, nachdem also feststand, daß diese Verfassung in Deutschland nicht

ins Leben treten konnte, nicht anders handeln, weil unter diesen Umständen jede Anerkennung Seiten Sachsens ein leeres, der Erhabenheit der Sache unwürdiges Spiel gewesen wäre.

Se. Majestät der König und die Männer, die heute Seine Regierung bilden, werden darum nicht aufhören in ihren Bemühungen für die Einheit, Freiheit und Größe des deutschen Volks.

Fürchtet keine Reaction, keine Verletzung der Verfassung, keine Beschränkung der Freiheit, wir gehen zu demselben Ziele der festen Begründung einer deutschen Verfassung. Wir werden sie nur erreichen, wenn wir den Weg des unerschütterlichen unbeugsamen Rechts nicht verlassen.

Ihr alle, Mitbürger, die Ihr in einer deutschen Verfassung etwas anders sehet, als ein Compromiß der Parteien, das jede nur so lange anerkennt, bis sie Kräfte gesammelt hat, es zu brechen, Ihr alle, die Ihr nicht Herrschaft einer Parthei sondern gleiche Freiheit Aller wollt, scharet Euch muthig um Eueren König, den Ihr seit 18 Jahren aus Seinem Wirken, Seiner Liebe zu Euch kennt, scharet Euch um die Männer, die Seinen Rath bilden, verlaßt Euch auf sie, sie werden festhalten, unerschütterlich festhalten an dem heiligen Eide, den sie dem Könige, den sie der Verfassung geschworen haben.

Dresden, den 7. Mai 1849.

Der Minister des Innern.
Richard von Friesen.

Abends bemerkte man, daß ansehnliche Züge von Empörern unter dem Vorwande, die Cavalerie einzufangen, sich aus der Stadt machten.

Im Laufe des Tages waren neun Gardereiter bei Wilsdruff gefangen genommen und nach Dresden abgeliefert worden, die Anführer der herumziehenden Banden hatten sich aber mit den Pferden beritten gemacht. Sendboten, mit schriftlichen Befehlen der provisorischen Regierung versehen, predigten auf dem Lande Sieg und boten, wie sie sagten, den Landsturm auf.

Zugleich wurde das Gerücht in der Stadt und außerhalb ausgesprengt: Das ganze Gebirge sei in Aufstand und eile bewaffnet der provisorischen Regierung zu Hilfe.

Am Dienstag den 8ten war durch gegenseitige Ermüdung Waffenruhe eingetreten. Früh um fünf Uhr traf ein Bataillon vom preußischen 24. Infant.-Reg. ein. Die Truppen drangen bis an die Kreuzkirche und die mittlere Frauengasse vor.

Zugleich waren an diesem Tage um die Stadt herum auf dem linken Elbufer nach Plauen und Freiberg hin neun Schwadronen Reiterei gelegt worden, um nach dem Falle der Stadt die Flüchtigen gefangen zu nehmen.

Früh zwei Uhr des 9ten Mai's erstürmten endlich Preußen und ein Bataillon Prinz Albert den Postplatz, das Postgebäude, Engels Wirthschaft und die große Barrikade daran. Hier floß noch viel Blut.

Bei dieser Nachricht flüchteten die Aufrührer, Tzschirner, Heubner, Bakunin an der Spitze, auf dem einzigen Wege, der ihnen noch offen stand, über den Dippoldiswaldaer Platz und die Plauensche Straße nach Freiberg und in's Gebirg in hellen Haufen. Viele wollten lieber sterben als fliehen und fanden den Tod. Manche fielen auf der Flucht, Viele wurden gefangen, die Meisten retteten sich in wilder Eile. Man hörte immer noch einselne Schüsse. Drei Häuser auf der Zwingerstraße wurden in fruchtloser Wuth noch am Morgen auf Grund eines Bakuninschen Brandscheines angezündet, um die Truppen daraus zu vertreiben, und die Trümmer rauchten noch mehrere Tage.

Endlich erscheint die Bekanntmachung:

Dresden, am 9. Mai 1849. Seit halb zehn Uhr Morgens schweigt das Feuern. Die ganze Altstadt ist in der Gewalt der Truppen. Die Rebellen fliehen nach allen Seiten.

Ministerium des Innern. Richard v. Friesen.

Schon am Tage vorher hatte das Gesammtministerium die Residenz Dresden und deren Umgebung im Kreise von drei Meilen vom 9. Mai Abends 6 Uhr ab in Kriegsstand erklärt.

Verzeichniß der bei Unterdrückung des Dresdner Aufstandes gebliebenen Königl. Preuß. und Königl. Sächs. Soldaten, so weit solche bis jetzt bekannt sind.

a) Preußen. 2 Leutnants v. Kuylenstjerna und v. Liebeherr, 1 Füßelier Schlesiger der 9. Comp. und 1 Füßelier Staß der 10. Comp. vom Garde-Grenadier-Regiment Kaiser Alexander; 2 Füßeliere Pagel und Sparmann der 9. und 2 Füßeliere Wegner und Roquette der 11. Comp. vom 24. Infant.-Regim. Zus. 8 Mann.

b) Sachsen. 1 Generalmajor Homilius, Commandant des Artillerie-Corps, 1 Leutnant Krug v. Nidda, vom 1. Linien-Infanterie-Regimente, 1 Leutnant Kritz, 1 Oberkanonier Schubert der 7., 1 Zimmermann Schubert der 4. und 1 Kanonier Schott der 2. Comp. vom Fuß-Artillerie-Regimente; 4 Soldaten Storl der 2., Kretzschmar der 3., Möbius der 10. und Hühnlich der 12. Comp. vom Leib-Infanterie-Regimente; 1 Sergeant Thieme der 8., 1 Tambour Gebhardt der 3., 5 Soldaten Herrmann I. und Hennig der 3., Heller der 4., Mißbach der 8. und Seifert der 10. Comp. vom 1. Linien-Infanterie-Regim.; 3 Schützen Jacob der 1., Selig und Höppner der 2. Comp. und 1 Schütze (dessen Name noch nicht ermittelt) vom 1. Schützen-Bataillon; 1 Vice-Corporal und 1 Schütze vom 2. Schützen-Bataillon, deren Namen noch nicht zu ermitteln gewesen. Zus. 23 Mann.

Dresden, gedruckt bei C. H. Gärtner.

Nachtrag I.

zu der Schrift:

„Der Aufruhr in Dresden."

Von Dr. Carl Krause.

Von demselben Verfasser.

Die Zahl der Todten und Verwundeten der Aufständischen ist noch nicht ganz genau bekannt. Nach dem Kampfe am Zeughaus am 3. Mai lagen am 4. in der Klinik beim Zeughause vierzehn Todte und sechszehn Verwundete der Aufrührer. Es hieß, mehrere lägen noch in Privatgebäuden.

Nach Beendigung des Kampfes ergaben sich, soweit man es ermitteln konnte, auf Seiten der Truppen 31 Mann Todte, 8 Preußen und 23 Sachsen, und 96 Verwundete, 34 Preußen und 62 Sachsen. Leutnant Kritz vom sächs. Fußartillerieregiment tödtete sich durch einen Schuß aus gekränktem Ehrgefühl am Freitag den 4. Mai.

Außer dem Militär waren im Kampfe oder sonst getödtet worden 178, 70 Bekannte und 108 Unbekannte. Von den Führern der Verschwörung ist nur der Adv. Böttcher aus Chemnitz und Dr. Haußner aus Pirna unter den Todten; Ersterer wurde am 5 Mai in einem Hause am Jüdenhofe von einer Flintenkugel am Hinterkopfe tödtlich verletzt und verschied zwei Tage darauf unter fürchterlichen Leiden; Letzterer wurde in der meißner Gegend todt in der Elbe gefunden. Mechanikus Ernst Grimmer von Dresden wurde in der Elbe bei Brießnitz mit einem Schuß durch den Rücken gefunden. Von den Unbekannten sind 32 auf dem Annenkirchhofe und 76 auf dem weiten Kirchhofe beerdigt worden. Alle stimmen überein, daß die Mienen der allermeisten Gebliebenen auch im Tode noch Rohheit und Grimm ausdrückten; Einer, der auf dem Annenkirchhofe lag, hatte noch einen Pechkranz in der Faust. Verwundete waren noch am 20. Mai 122: 92 im friedrichstädter Krankenhause, 26 in dem altstädter, 1 in der Klinik und 3 in der Diaconissenanstalt.

Zur Errichtung und Vervollständigung der Barrikaden bestand auf dem Rathhause eine eigene Barrikadencommission, und es ist gewiß, daß auch Polen dabei, wie bei den übrigen militärischen Angelegenheiten, betheiligt gewesen sind. Ein Barrikadenplan war da, jede Barrikade hatte ihre Commandanten. So befehligte z. B. die Barrikade auf der großen Brüdergasse ein gewisser Carl Friedrich Krauße aus Coßwig, früher wegen Diebstahls Züchtling und zuletzt in der auf der großen Brüdergasse befindlichen Expedition der Dresdener Zeitung angestellt, wo er sich Carl Krause oder auch Dr. Carl Krause nannte und unterzeichnete. Es sollen gegen 120 Barrikaden gewesen sein, viele darunter waren jedoch nur Werke der Laune oder des Zufalls, daher auch nicht besetzt und vertheidigt.

Wie groß die Zahl der in Dresden eingerückten Aufrührer gewesen, läßt sich auch nicht wohl angeben. An verschiedenen Orten Dresdens hatten sich Sicherheitswachen gebildet, die durchaus nicht an dem Aufruhre theilnahmen, so daß ein großer Theil der Bewaffneten in Abzug kommen muß. Den Kern der Kämpfenden bildeten die hiesigen und die zu Hülfe gezogenen Turnerwaffenscharen, eine Freischar aus Leipzig, eine andere aus Chemnitz und sonst kleinere, sowie einzelne Scharfschützen. Die am Sonnabend von Potschappel hereingezogenen Bergleute sind zum Theil zu Erdarbeiten gegen das Schloß verwendet worden, haben aber auch anfänglich lebhaft mitgekämpft. Schon am Sonnabend zogen fortwährend Freischaren zu, aber auch wieder ab. Ganze Züge verließen Montags die Stadt und streiften in der Umgegend nach Plauen und Freiberg gegen die Cavallerie. Nach ihren Angaben waren 12000 bis 20000 Freischaren beisammen!

Von unserem Militair haben am Kampfe theilgenommen das Leibinfanterieregiment, das erste Regiment von der Linie Prinz Albert, anderthalb Bataillone Schützen, ein Fußartillerieregiment und die reitende Artillerie von Radeberg. Neun Schwadronen Cavallerie lagen in den letzten Tagen auf dem linken Elbufer außerhalb der Stadt. Von preußischen Truppen haben mitgefochten ein Füselierbataillon des preußischen Garderegiments Alexander, ein zweites preußisches Gardebataillon und ein Bataillon vom preußischen 24. Infanterieregiment. Nach Beendigung des Kampfes sind noch preußische Truppen verschiedener Gattung in Dresden angekommen, aber mehrentheils weitergezogen.

Nach Angabe des Dresdener Journals sind während der Herrschaft der provisorischen Regierung größtentheils als Spione verhaftet worden: a) Im Polizeihause: Der pens. Leutnant Kraus von hier, Arbeiter Herzog aus Trachau, Nadler Rappitz a. Wilsdruff, der Lohndiener Kummer v. h., der Handarbeiter Kaiser a. Altenburg, der Handarb. Lindner v. h., der Hüttenarb. Kleinstück a. Potschappel, die unverehelichte Schröder a. Niedermeißen, der Sattlergeselle Steinberg a. Ulmnütz, der Handarb. Richter v. h., der Thierarzt Uschner a. Löbau (wegen Führung grober Reden gegen die Bürger), der Kanonier Roll v. d. 6. Comp., der Gutsbesitzer Petzold a. Laubegast, der Calcul. Berger a. Ebersbach, der Adv. Frenzel a. Löbau, der Markthelfer Rasch a. Königswartha, der Schriftsetzer Pflück a. Dresden, der Handarb. Oehlschlägel a. Lichtenberg, der Tagarb. Koch v. h., die Köchin Kirchhöfer v. h., Tischlermeister Kanft a. Wilsdruff, Schuhmachergeselle Lehmann dahier, Geh. Justizrath Lenz a. Altstettin, Fechtmeister Gubner v. h., Steindruckereibes. Brückner v. h., der Schneidermstr. Leykauf v. h., der Pulvermacher Werner a. Stegengrün, Handarb. Barthel a. Roth-Neußlitz, Handarbeiterin Clemens v. h, der vormal. Gutsbes. Preußer a. Lockwitz, Handarb. Leibnitz v. h., Handarb. Mierisch v. h., Colporteur Müller v h., Schlossergeselle Schwieder a Ohle, Handarb. Hanitzsch v. h., Zimmergeselle Ahnert a Crimmitzschau, Hofmann a. Meißen, Maurer Herbach a Neudorf, Partic. Werner v. h., Handarb. Otto v. h., Agent Sigismund a. Bautzen, Handarb. Curth a. Ostrau, Oberzollrath v. Zeschau v. h., Adv. v. Metzsch v. h., Wagner Krause a. Räcknitz, Maurer Eisrich v. h., Schneidergef. Rockstroh a. Jöhstadt, Handarb. Wachs a. Hirschstein, Gutsbesitzer Carlelieri aus Plauen, Handarbeiterin Mittag a. Bitterfeld, Barbier Mücke a. Breslau, Sattler Mann a. Possendorf, unverehel. Reichel a. Dippoldiswalde, Kammermus. Fürstenau v. h., Dienstmagd Hennig a. Lommatzsch, Kaufm. Müller a. Frankenberg, Schuhmachergeselle Janicke a. Döbeln, Bote Petermann a. Ortrand (hatte bloß dem Gastwirth Müller, bei dem er ausspannt, Etwas in's Ohr gesagt), Gastwirth Lehmann v. h. (von einem Barrikadenmann verhaftet, um dann dessen Weinkeller zu plündern, was auch geschehen), der Reiter Friedrich (war gestürzt und gefangen worden), Bergbeamter Otto a. Waldenburg in Schlesien, verabsch. Soldat Kuscher a. Meißen, Schuhmacher u Dichter Hofmann a. Lohmen, Handarbeiter Spranger a. Klingenthal, Mühlführer Rostock a. Radeburg und Schuhmacher Schiroscheck v h — b) In der Frohnfeste: Kaufm Mangelsdorf v. h., v. Gablenz a. Oelsnitz, Lithograph Hanfstängl a. München, Dr. Wagner a. Räcknitz, Schlossergesell Knoll a. Chemnitz, der pens. Major Wehlemann v. h., Arbeiter Seckel a Königshain, Hausmann Rößger v. h., Friedrich Krahl v h., Chaisenträger Schmidt a. Langebrück, der Prinz von Anhalt-Dessau unter dem Namen Graf v. Stolzenberg, zusammen 74.

Wegen der noch schwebenden Untersuchung sind von uns so wenig Namen als möglich genannt worden, nicht angegeben, aus welchen Personen die oder jene aufrührerische Versammlung oder Behörde bestanden hat, ebensowenig, wer geflüchtet oder gefangen sei, da häufig Irrthum unterläuft. Bis zum 23. Mai waren 579 wegen Theilnahme am Aufruhr verhaftet gewesen, 176 aber wieder entlassen worden, davon 58 auf Handgelöbniß. Das Erkenntniß wird vom Appellationsgericht ohne Beiziehung der Geschwornen nach dem gesetzlichen Gerichtsgang erfolgen; die Untersuchung wird vom Stadtrichter Burckhardt und den Stadtgerichtsräthen Dr. Mannsfeld und Dr. Flemming geführt mit Beiziehung einer großen Anzahl von Actuarien.

Die Verwüstungen in der Stadt sind groß, sie haben aber doch für den Nichtsachverständigen viel schrecklicher ausgesehen, als sie wirklich sind. Die zerbrochenen Fensterscheiben, die ganz leer stehenden Fensterlöcher, durch die man in die Wohnungen sieht, die von Hunderten von Flintenkugeln zerlöcherten äußeren Wände der Häuser, welche von Truppen oder Aufrührern beschossen worden sind, die vom Geschütz aus den Mauern herausgerissenen Backsteine und Quadern, die zerschossenen steinernen Säulen und Verzierungen der Ecken und Läden, die zerschossenen und zerlöcherten Dächer, die auf den Straßen herumliegenden Dachziegel, die zersplitterten Läden und hölzernen Bekleidungen und Verzierungen der Kaufläden, das aufgerissene Pflaster, die offenstehenden Schleußen, die von Flintenkugeln und dem Geschütz zerrissenen schönen Bäume auf den Spaziergängen, von denen einige zu Verhauen umgesägt worden sind, die hie und da in die Augen fallenden Blutspuren, die halbweggeräumten Barrikaden, die Brandstätten und die noch rauchenden Trümmer oder brennenden Gebäude und dabei der Anblick der Truppen, welche auf Straßen und Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und bei Kirchen ihr hartes Strohlager aufgeschlagen hatten, das Einbringen der Gefangenen zu Fuß und in Wagen: alle diese und ähnliche Erscheinungen boten dem Auge am 9. und 10. Mai ein großartiges Bild der Zerstö-

rung und des Krieges. Die Baugewerke haben jedoch erklärt, daß die Wiederherstellung der beschädigten Gebäude nicht so kostspielig sein werde, als man befürchtete, nicht einmal die des Gasthofes zur Stadt Rom auf dem Neumarkte, der sehr gelitten hat. Die Gebäude am Postplatze und das Thurmhaus, so wie die in der Nähe liegenden Gebäude sind wol am meisten vom Geschütz bestrichen worden, weil da der Widerstand am hartnäckigsten gewesen ist. Auch der Cholerabrunnen auf dem Postplatze ist beschädigt. Hier sind große Löcher nicht in den Wänden, sondern in den Mauern, Erker, die den Einsturz drohen, gähnende Fensterlöcher. Niedergebrannt oder wenigstens ausgebrannt sind das alte Opernhaus, zwei Zwingerpavillons, drei große neue Häuser auf der Zwingerstraße, drei Häuser auf der kleinen Brüdergasse. Der Verlust, den der Stat, die Stadt und die einzelnen Privaten erleiden, läßt sich jetzt noch gar nicht ermessen, namentlich auch deshalb; weil in den Wohnungen außerordentlich viel zerstört worden ist und kostbare Stücke zu Barrikaden verwendet wurden. Die Zuzüger und Kämpfenden wollten leben, in den letzten Tagen waren auch eine Menge da, die Mangel an Allem litten und die Gelegenheit benutzten, diesen Mangel zu befriedigen. Dies geschah durch sogenannte Bons oder Lieferscheine, welche die provisorische Regierung ausstellte. Diese Lieferscheine waren zum Theil auf Lebensmittel, zum Theil allgemein auf alle Bedürfnisse der Kämpfenden ausgestellt und wo sie vorgezeigt wurden, mußten Gastwirthe, Handwerker und andere Gewerbtreibende freiwillig gezwungen hergeben, was verlangt wurde. Die Lieferscheine blieben aber meist in den Händen der Fordernden. Einige nennen dies plündern, Andere sind höchlich entrüstet über diesen Ausdruck. So viel ist gewiß, daß Einzelne, welche auf diese Weise Nahrungsmittel, Hüte, Schuhe, Stiefeln, Sensen, Hacken, Waffen, Pulver und Blei und was sonst gebraucht und genommen wurde, gegen Vorzeigung der Bons geliefert haben, viele Hundert Thaler Schaden haben, ohne irgend einen Ersatz. Daß außerdem Dresden nicht frei von Diebsgesindel ist, daß während der Unruhen noch manches dergleichen herbeigeeilt ist, und daß diese Leute die Gelegenheit benutzten, ihr Gewerbe zu üben und reichliche Beute zu machen, liegt wol auf der Hand; auch daß der Aufruhr die Veranlassung gewesen ist, daß diese gemeinen Verbrechen in größerem Maßstabe haben verübt werden können, wird sich nicht wegstreiten lassen.

— In dem auf S. 64 befindlichen Todtenverzeichniß sind die damals noch nicht ermittelten Namen nachzutragen. Es sind: Vicecorporal Rost 4. Comp., Jäger Stumpf 3. Comp. und Schütze Schubert 4. Comp., sämmtlich vom 2. Bataillon (nicht, wie S. 64 angegeben ist, daß einer vom ersten Bataillon sei).

An den Wunden gestorben sind bis zum 3. Juni: ein preußischer Sergeant Dombrolsky 9. Comp 24. Infant.Reg., und von den sächsischen Truppen: Soldat Grunewald 4. Comp. 1. Lin.Inf Reg., Soldat Pöschel 9. Comp. 2. Linien-Inf.Reg., Schütze Graupner 2. Comp. 1. Schützenbat.

In der Behandlung sind am 3. Juni noch gewesen: 51 Mann im Militairhospital, 10 Mann im Kadettenhause und 3 Mann im Klinikum, zusammen 64, wovon 23 Preußen und 41 Sachsen.

In den ersten Tagen nach Beendigung des Aufruhrs ist aus Verstecke nach Schildwachen wirklich geschossen worden, es sind jedoch in Folge dessen weder Verwundungen noch Tödtungen vorgekommen. Am 25. Mai hat sich ein Schütze selbst durch Versehen beim Einsteigen in den Wagen auf der Eisenbahn durch den Leib geschossen und ist daran gestorben, was vielleicht zu mancherlei Gerüchten Veranlassung gegeben hat.

Dies ist der wahre Thatbestand in Betreff des bei dem Aufruhr in Dresden gefallenen Militairs. Wird nun in Fortsetzung früherer Bestrebungen, um den Gegner wo möglich todtzulügen, ausgesprengt, daß von unseren Truppen 1200—1400 gefallen seien; so wäre nur zu wünschen, daß die wahrheitliebenden Männer, welche in Besitz so sicherer Nachrichten sind, es über sich gewinnen könnten, auch nur einen einzigen Namen eines wirklich Gebliebenen vom Militair zu nennen, außer den hier Genannten. Sie würden damit der Oeffentlichkeit und den Militairbehörden, welche nicht den Verlust eines Tschacko's, weit weniger eines Mannes verschweigen können und dürfen, einen großen Dienst erweisen. Geschieht dies nicht, so wird es wol wahr sein und bleiben, daß der Verlust der sächsischen und preußischen Truppen nicht mehr als 35 Mann (nämlich mit den vier später verstorbenen Verwundeten) im Kampfe gegen die Aufrührer vom 4. — 9. Mai bis jetzt beträgt, und nicht mehr.

— Am 5. Mai, Sonnabends früh, ist von Seilen der sog. prov. Regierung auf den Barrikaden bekannt gemacht worden, daß jeder, der von einer Uebergabe oder Kapitulation mit dem Militair spreche, sofort standrechtlich erschossen werden würde. Es

ist dies wahrscheinlich blos ein geschriebener Befehl gewesen, denn etwas Gedrucktes hat darüber nicht aufgefunden werden können.

— Am Dienstag den 8. Mai Abends hatten sich 14 Mann der Aufrührer, Sensenmänner und Büchsenschützen (es sind 8 Gewehre bei ihnen gefunden worden), von der Friesengasse aus nach der Badergasse durchgeschlagen und sich im Hause Nr. 8. auf der Badergasse festgesetzt. Nachdem sie von da einen preußischen Soldaten erschossen hatten, wurde das Haus von den Truppen erstürmt und sämmtliche 14 Mann standrechtlich erschossen, nämlich 2 auf dem Boden, 2 im vierten Stockwerk, Einer auf der Treppe des zweiten Stocks und Einer in dem ersten Stock. Diese sechs sind auf die Straße hinuntergeworfen, die übrigen acht zu ebener Erde erschossen worden. Es scheint namentlich dieser Kampf zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben zu haben, als seien Lebendige von den Truppen aus den obern Stockwerken auf die Straße geworfen worden.

— Es ist bereits in den öffentlichen Blättern mitgetheilt worden, daß ein großes Statssiegel mit der Inschrift: Provisorische Regierung von Sachsen, gefunden worden ist (nicht das kleine, mit dem die Passirkarten gesiegelt worden sind), an welchem nach eidlicher Angabe der Sachverständigen mindestens 14 Tage gearbeitet werden mußte. Es ist dies Thatsache. (Vgl. Der Aufstand in Dresden. Von einem sächsischen Offizier und Augenzeugen. Leipzig, Hinrichs'sche Buchhandlung. 1849. S. 10.)

— Von den verschiedenen zahlreichen Barrikadenplänen, welche veröffentlicht sind, ist jetzt der bei Gottschalck und Ellezinguer erschienene mit besonderem Fleiße und besonderer Genauigkeit gearbeitet.

Nachträglich füge ich noch folgende Proclamation bei:

An das sächsische Volk.

Sachsen! schwere Gefahr droht unserm schönen Vaterlande! Eine Anzahl theils Uebelgesinnter, theils Verführter, in Verbindung mit fremden Bösewichtern, sind bemüht, das Band zu lockern, welches seit Jahrhunderten Sachsens Volk mit seinen Fürsten verbunden hat. Sie drohen Thron und Verfassung umzustoßen, Recht und Ordnung aufzuheben, Glück und Wohlstand nach allen Seiten hin zu vernichten; sie verschmähen es nicht, die verwerflichsten Mittel anzuwenden zu Erreichung ihrer verbrecherischen Zwecke. Wir nähern uns dem Abgrunde des Verderbens, wenn nicht die bewährte sächsische Treue, der gesunde Sinn einer an moralischer und geistiger Bildung so hoch stehenden Bevölkerung die Oberhand gewinnt.

Sachsen! blickt zurück auf die Zeiten des Friedens und der Eintracht, wo Glück und Segen über unsern blühenden Gefilden schweben. Vergleicht damit die gegenwärtigen Zustände und fragt Euch, die Hand auf's Herz, ob sie besser sind, als die frühern, ob Ihr glücklicher seid, als damals, ob Euer Wohlstand im Zunehmen oder Abnehmen begriffen ist Fragt Euch mit Ernst und Gewissenhaftigkeit, was sicherer zum Heile des Ganzen und Einzelnen führt, wenn Fürst und Volk, mit gegenseitigem Vertrauen, Hand in Hand gehen, oder wenn Ihr feindlich Euerm König gegenübertretet, der, ich rufe Gott zum Zeugen an, kein anderes Streben kennt, keinen innigern Wunsch hegt, als das Glück, das Wohl seines Volkes?

Sachsen! könnt Ihr zweifelhaft sein? — Denkt an Euere Väter und Mütter, an Euere Frauen und Kinder, an Alle, die Euch theuer sind, an die folgenden Geschlechter, die Eurer fluchen oder Euch segnen werden! Denkt an die Verantwortung, die auf Euch ruht, an die Pflichten, die Euch mahnen! Kehrt zurück, die Ihr verführt oder verirrt seid, verschließt Euer Ohr den Einflüssen Fremder, welche Euch mißbrauchen, einzelner Ehrgeizigen und Habsüchtigen, die nur ihren eigenen Vortheil wollen. Vereinigt Euch Alle auf dem Wege der Pflicht, schart Euch um Euern König, unterstützt ihn und die rechtmäßigen Landesbehörden mit Kraft und Muth, damit Gesetz und Ordnung erhalten, die Verfassung geschützt, das theuere Vaterland gerettet werde!

Vereinigt Euch mit mir zum innigen Danke gegen die tapfern Soldaten der vaterländischen Armee und die, auf gesetzlichem Wege herbeigerufenen, braven Königl. Preußischen Krieger, welche sieben Tage lang gekämpft, gekämpft haben für die gerechte Sache, mit einer Hingebung und Ausdauer, die über alles Lob erhaben ist.

Fürchtet Nichts für die gemeinsame deutsche Sache. Auch in meiner Brust schlägt ein deutsches Herz, auch ich will Deutschlands Größe und Glanz. Ich will aber,

daß so erhabenes Ziel auf gesetzmäßigem Wege erreicht werde. Ich gab Euch mein Wort, mitzuwirken für Deutschlands Einheit. Ich habe es bis jetzt redlich gehalten und werde stets ihm treu bleiben. Die Annahme der von der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. berathenen deutschen Verfassung habe ich nie unbedingt versagt; ich habe nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung mit den größern Nachbarstaten in dieser hochwichtigen Angelegenheit vorschreiten wollen. Daß in dieser Hinsicht etwas Anderes nicht geschehen konnte, wird jeder Unbefangene bei ruhiger Prüfung selbst ermessen.

Was bis jetzt hat angeordnet werden müssen, um durch außerordentliche Maßregeln Ruhe und Ordnung herzustellen, die Verfassung aufrecht zu erhalten, dem Gesetze Geltung zu verschaffen, war unvermeidlich, war hervorgerufen durch offenen Aufruhr, durch Gewaltthätigkeiten, ausgeführt mit den Waffen in der Hand. Ich mache mir darüber keinen Vorwurf; ich war in meinem Rechte, ich folgte dem Gebote der Pflicht und wahrlich nicht der leichtesten. Es wird auch ferner mit aller Kraft und Energie den Feinden des Vaterlandes entgegengetreten werden, aber unendlich wohl wird es meinem Herzen thun, wenn Ruhe und Ordnung wiederkehren, ohne daß Strenge angewendet zu werden braucht.

Festung Königstein, den 9. Mai 1849.

Friedrich August.

Dr. Ferdinand Zschinsky.

Ich theile zur Ergänzung die Erklärung mit, welche die Mitglieder der Linken nach Auflösung des Landtags haben anschlagen lassen:

An unsre Mitbürger!

Die von den Ministern „an das sächsische Volk" bei Auflösung der Kammern gerichtete Ansprache legt ein vollgültiges Zeugniß gegen die Minister ab. Die Staatsminister haben dem Könige gerathen, die Kammern aufzulösen. Das aus der Schreibstube und der diplomatischen Schule hervorgegangene Ministerium Held wagt es, das erste Mal im Königreich Sachsen die Kammern aufzulösen, zu einer Zeit, wo Sachsens und Deutschlands Schicksal und des Volkes Wohl vielleicht für Jahrhunderte entschieden werden soll. Die Minister haben, wie sie sagen, es gethan, weil sie nicht glauben könnten, daß die Handlungsweise der Kammern den wahren Bedürfnissen des Landes und der wirklichen Meinung des sächsischen Volkes entsprochen habe. Die Volksvertretung ist berufen, über die Handlungsweise der Minister zu urtheilen, das neue Ministerium macht es umgekehrt, es stellt sich über die Volksvertretung, und weil diese in inniger Auffassung der Zeitverhältnisse und der Wünsche des Volks, sowie einer heiligen Pflichterfüllung sich bewußt, die Handlungsweise des Ministeriums mit dem Wohle und der Ehre des Landes unverträglich erachtete, sagt das Ministerium: „**diese**" Kammern sind nicht der wahre Ausdruck des Volkswillens.

Die Minister führen zu ihrer Rechtfertigung an: daß es sich nicht um **einzelne** Fragen der Politik und Gesetzgebung, sondern um das **gesammte** Auftreten der Kammern während der drei Monate ihres Zusammenseins handle. Ganz recht, die Kammern konnten sich nicht mit der **bloßen Publikation der Grundrechte** begnügen, nachdem sie selbst diese mit dem Rücktritte eines Ministerium **Braun-Oberländer** erst erzwingen konnten, sie **mußten**, wenn sie dem Volke wahrhaft nützen wollten, mit Zugrundelegung derselben eine **allseitige** Umgestaltung der Gesetzgebung und Verwaltung anstreben.

Nicht durch Versprechungen gefesselt, sondern von dem heißen Verlangen durchglüht, daß endlich einmal Einfachheit und Sparsamkeit in den Staatshaushalt eingeführt, daß das sächsische Volk in den Vollgenuß der Freiheit gesetzt werde und zu einem beglückenden Wohlstand gelange, durften die Kammern den in tausend Zuschriften ausgesprochenen Willen des Volks nur als den Leitstern ihres Pfades betrachten.

Das Volk wird es nicht mißbilligen, daß die Kammern die Finanzfragen mit größter, gegen die Minister gebotener, Vorsicht erfaßten und der reiflichsten und der sorgfältigsten Erwägung unterwarfen; daß sie, ehe sie sich zu weit erstreckenden, in der Verfassung nicht einmal begründeten, Bewilligungen verstanden, die Gesinnung und Thaten der neuen Minister erst kennen wollten; daß sie auf Gewährung der verfassungsmäßigen Vorlagen drangen, um nicht gerechte Vorwürfe der Betheiligung an einem verfassungswidrigen Gebahren auf sich zu laden.

Die Rechtsverhältnisse der Regierung zu den Steuerpflichtigen in Bezug auf Er-

hebung und Entrichtung von Steuern werden in einer besondern Schrift von Mitgliedern der Kammermehrheit auseinandergesetzt werden.

Unbequem mag es den Ministern erschienen sein, daß die Volksvertreter die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe streng, gewissenhaft und mit größter Freimüthigkeit beurtheilten; die Minister haben aber, wie die Verhandlungen nachweisen, von ihrer Unbefangenheit, Sachkenntniß und ihrem Verstande keinen glänzenden Beweis geliefert, sonst würden sie in freier Diskussion oder, wenn sie von der freien Rede nicht den erforderlichen Gebrauch machen konnten, in Schriften die Einwürfe und Anträge der Kammern **widerlegt** haben. Leichter läßt es sich freilich ohne lästige Anfragen über das eingeschlagene oder einzuschlagende Verfahren der Statsverwaltung regieren, aber eine Regierung, welche nach festen und klaren Grundsätzen verfährt, wird sich nicht scheuen, dem Volke Rechenschaft von ihren Handlungen zu geben.

Die Minister können unmöglich einem nach Fortschritt, Verbesserung und Erleichterung strebenden Volke, wie dem sächsischen, große Hoffnungen erwecken, wenn sie die von den Kammern gestellten Anträge, welche doch nur auf die Verwirklichung dieses Zieles gerichtet waren, schon als maßlos bezeichnen. Die Uebelstände, welchen in der bürgerlichen Gesellschaft gesteuert werden soll, sind sehr groß und tief in das Mark des Volkes dringend; kleine Abhülfen reichen nicht mehr aus. Mit allem Ernste und aller Kraft muß an die Verbesserung der Zustände Hand gelegt werden, wenn wir nicht einer ganz trüben Zukunft entgegen gehen wollen. Ein Ministerium Könneritz oder Held vermag die Bedürfnisse unserer Zeit nicht mehr zu befriedigen.

Die Minister sind nicht zurückgetreten, weil sie **nicht** glauben können, daß das sächsische Volk so vertreten sein wolle. Und doch waren diese Kammern die ersten aus der **freien** Wahl des Volkes hervorgegangenen, und doch zeigte das Volk durch **solche** Wahlen, daß es **so** vertreten sein wollte.

Wie unvollständig das Ministerium — den Wünschen des Volkes gegenüber — seine Aufgabe nach Innen aufgefaßt hat, zeigen die unerledigten Anträge und unbefriedigt beantworteten Anfragen.

Wäre es den Ministern Ernst und Gebot inneren Dranges gewesen, Deutschlands Einheit und Freiheit zu begründen, so wären sie den Kammern, welche übereinstimmend in der **deutschen Frage** für ihre deutsche Gesinnung zeugende Anträge stellten, mit Vorlagen entgegen gekommen, während sie bisher vermieden, eine bestimmte, faßliche und klare Zusage zu geben. Sie haben ihren Aufruf erlassen, ehe sie noch die Ueberzeugung gewannen, daß auch eine Landtagsschrift in der deutschen Frage an sie gelangen würde.

Wohl kann man über die Art, wie die Aufgaben des Staates zu lösen sind, verschiedener Ansicht sein; aber das Volk sieht mit aller Entschiedenheit der Verwirklichung seines Willens entgegen und verlangt von der Regierung Grundsätze, Gesinnung und Thaten, welche es zu der Hoffnung gewissenhafter Ausführung seiner gerechten Wünsche berechtigen.

Mit dem Bewußtsein, unsern Auftrag in dem Sinne der Mehrzahl des Volkes, so weit es uns verstattet war, erfüllt zu haben, und frei von dem Bestreben, den Verdächtigungen der Minister mit Anklagen gegen dieselben zu antworten, auch unbekümmert um die Nachreden derselben, der Reaktionäre und der Statsbevorzugten, treten wir in den Kreis unsrer Mitbürger zurück.

Dresden, am 30. April 1849.

Ahnert. Arndt. Auerswald. Benseler. Berthold. Bertling. Birnbaum. Bitterlich. Blöde. Böhme. Böricke. Clauß aus Zennewitz. **Dammann. Du Chesne. Elßner. Eymann. Fincke. Floß. Fritzsche. Garbe. Gautsch. Gruner. Günther. Haase. Haberkorn. Haden. Haustein. Haußner. Heinze. Hensel. Herz. Heubner. Hitzschold** aus Dresden. **Hitzschold** aus Wolkenstein. **Hohlfeld** aus Löbau. **Jacob. Jahn. Joseph. Jungnickel. Kaiser. Kaltofen. Kell** aus Dresden. **Müller I.** aus Taura. **Müller II.** aus Taura. **Müller** aus Friedbach. **Oehmichen** aus Nerchau. **Päßler. Reimmann. Rewitzer. Riedel. Seguitz. Schaffrath. Schmidt. Schneider. Schwerdtner. Steinmüller. Theile. Tzschucke. Unger. Voigt** aus Penig. **Ziesch. Zschweigert.**

Folgende Aktenstücke, die mir zum Theil erst nach Vollendung des Drucks der Schrift zugekommen sind, liefern unter Anderem auch den Beweis, daß die Verschwö-

rung und der Aufruhr mit der allgemeindeutschen Democratenverschwörung in Verbindung stand.

Aufforderung. (Angeschlagen am 4. Mai.)

Alle noch anwesenden ehemaligen Mitglieder der sächsischen Volkskammern werden hiermit aufgefordert, sich auf dem Rathhause zu versammeln.

Todt. Tzschirner Herz. Berthold. Böricke. H. Köchly. Blöde. Rewitzer. Gautsch. Dörstling. Theile. Kell aus Dresden. Heubner Benseler. Reimmann. Klette Helbig. Feldner. Oppe. Meyer.

Schreiben.

An die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

Die sächsische Nation hat gestern in entschiedener Weise durch Abgeordnete aus allen Theilen des Landes die Anerkennung der Reichsverfassung vom Könige verlangt, derselbe hat alle Bitten des Volkes zurückgewiesen.

Nachdem gestern ernste revolutionäre Auftritte hier in Dresden stattgefunden, ist der König heute Morgen mit seinen Ministern aus Dresden geflüchtet.

Für Abwehr der Anarchie, sowie zur Aufrechthaltung der vom deutschen Volke anerkannten deutschen Reichsverfassung ist eine provisorische Regierung in den Personen der Unterzeichneten eingesetzt worden.

Der deutschen Nationalversammlung zeigen wir dies hiermit an und stellen unser Wirken der provisorischen Regierung unter deren Schutz.

Dresden, am 4. Mai 1849.

Die provisorische Regierung von Sachsen.
Tzschirner. Heubner. Todt.

Rundschreiben. An den Stadtrath . . . . . .
Gemeinderath . . . .

Nach der Flucht des Königs und des Ministeriums hat sich eine provisorische Regierung in Sachsen gebildet. Das beifolgende Proclama werden Sie sofort an dem Orte Ihrer Wirksamkeit bekannt machen. Wir fordern Sie auf, den Verfügungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten.

Dresden, am 4. Mai 1849.

Die provisorische Regierung von Sachsen.
Tzschirner. Heubner. Todt.

Barrikaden-Ordnung.

1. Den Oberbefehl über die Barrikaden hat der Obercommandant der Dresdner Communalgarden Oberstleutnant Heinze, Stellvertreter ist der Bataillonscommandant Vollsack.

2. Das Hauptquartier ist auf dem Altmarkte im Rathhause.

3. Für jede Barrikade übernehmen abwechselnd 3 Führer je 6 Stunden den Befehl und ernennen für jede Wache einen Unterführer, der die Namen der Wachenden aufschreibt.

4. Fällt nichts Außerordentliches vor, so bringt der Barrikadenführer nach Ablösung der 3. Wache diese Namenliste nebst dem Führerzettel auf's Hauptquartier.

5. Bei jeder Barrikade wird in dem nächsten und passendsten Hause zu ebener Erde eine Wachtstube eingerichtet.

6. Gegen Vorzeigung des Führerzettels kann auf Rechnung des Obercommando's an jede Barrikade das nöthige Bier, Brod, Pulver und Blei vertheilt werden.

7. Barrikadenführer sind an der Barrikade Nr.

für die 1. Wache	von	Uhr	bis	Uhr	— —
" " 2. "	"	"	"	"	— —
" " 3. "	"	"	"	"	— —

Dresden, am 5. Mai 1849.

Die provisorische Regierung von Sachsen.
Tzschirner. Heubner. Todt.

Proclamation (von Bakunin?).

Mitbürger!

Die absolute Fürstengewalt, williger Diener des russischen Czaaren, hat die freiheitsmörderische Hand an den letzten Rest Eurer im vorigen Frühjahre blutig errungenen Freiheit gelegt, um Euch auf's Neue zu knechten und zu Werkzeugen ihrer nur zum Vortheil der eigenen Familien führenden diplomatischen Kunststücke zu benutzen

Die Nationalversammlung in Frankfurt hat Deutschland eine Verfassung gegeben, welcher entgegen zu treten von Seiten der deutschen Fürsten Rebellion gegen den Volkswillen ist.

Kann auch diese Verfassung mit ihrem beabsichtigten preußischen Erbkaiserthume den Bedürfnissen und Anforderungen des deutschen Volkes nicht genügen, den Fürsten steht keinenfalls ein Widerspruch gegen dieselbe zu.

Darum auf, Bürger Thüringens und Sachsens!

schützt mit bewaffneter Hand Eure Freiheit gegen die rohe Fürstengewalt; der Preis, eine des deutschen Volkes würdige Verfassung, wird Euch nicht entgehen.

Schon erhebt sich der Sturm, schon donnern die Kanonen in der Hauptstadt Sachsens. Eilet, eilet, erhebt Euch in Masse mit dem Rufe:

Es lebe ein einiges, freies, democratisches Deutschland!

Das Centralcomité
zum bewaffneten Schutze deutscher Volksfreiheit.

An unsere Mitbürger!

Nach sechstägigem Barrikadenkampfe gegen ein doppeltes, mit allen Mitteln wohl ausgerüstetes Kriegsheer stehen unsere tapferen Freiheitsscharen noch ebenso unerschüttert, frisch und freudig auf ihren Positionen, wie am ersten Tage. Wir sind durch Zuzüge aus vielen Theilen des Landes stark geworden, und der glücklichste Erfolg hat unser Werk gekrönt Der Feind wird bald vernichtet und wäre es schon lange, wenn nicht viele herbeigekommene Hilfsscharen den lügenhaften Verläumdungen unserer Gegner Glauben gebend und persönlichen Muthes bar, anstatt mit uns in die Mitte des Kampfes zu eilen, schmachvoll zurückgezogen wären.

Wir erwarten, daß Dies von diesem Augenblicke an anders werde.

Es ergeht hiermit an alle Communalgarden des Landes kraft dieses öffentlichen Ausschreibens, das als förmliche Verordnung zu betrachten ist, der Befehl, sofort anderweit zum Kampfe für die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes herbeizueilen.

Diese heiligen Güter müssen jetzt errungen werden, sei es im städtischen Barrikadenkampfe, sei es in offener Feldschlacht, oder sie werden nie erobert werden.

In diesem Kampfe darf kein deutscher Mann, der noch irgend zum Dienste tauglich ist, fehlen.

Viele Behörden im Lande haben uns bereits anerkannt. Diejenigen, welche uns binnen 24 Stunden, vom Abdrucke gegenwärtiger Bekanntmachung in der Leipziger Zeitung oder in dem am Orte gelesenen Localblatte an noch nicht anerkannt haben werden, muß das Volk dazu zwingen.

Mitbürger, handelt, wie es sich für Männer gebührt, und die gerechte Sache wird siegen.

Dresden, den 8. Mai 1849.

Die provisorische Regierung von Sachsen.
Tzschirner. Heubner.

Verlag von Adler u. Dietze und gedruckt bei C. H. Gärtner in Dresden.

Lith. v. C. W. Arldt.

Druck u. Verlag v. Adler u. Dietze i. Dresden.

Die grosse Barricade a. Eingange d. Wilsdruffer Gasse b. Engel's Restauration.

Lith. v. C. W. Arldt.

Druck u. Verlag v. Adler u. Dietze i. Dresden.

Brandruinen des großen Opernhauses und der beiden Zwinger-Pavillons.

Lith. v. Steckmest.

Druck u. Verlag v. Adler u. Dietze i. Dresden.

Eingang in die Scheffelgasse von der Wallstrasse aus.

Lith. v. C. W. Arldt.

Druck u. Verlag v. Adler u. Dietze i. Dresden.

Das Thurmhaus an der Ecke der Zwingerstrafse.

Lith. v. C. W. Arldt.

Druck u. Verlag v. Adler u. Dietze i. Dresden

Brandruinen der Zwingerstrafse.

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Krause, Carl

Der Aufruhr in Dresden am 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Mai 1849 nach amtlichen Quellen

Dresden 1849

Bamberg, Staatsbibliothek -- MvO.Misc.Rev.37#10
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11751916-7